

Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen

Eine empirische Untersuchung
mit Handlungsempfehlungen
an die Parteien

Helga Lukoschat / Renate Köcher



Diversity in
Leadership

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

Impressum

Herausgeber

EAF Berlin. Diversity in Leadership
Schumannstraße 5, 10117 Berlin
Tel. +49 30 30 877 60-0
info@eaf-berlin.de, www.eaf-berlin.de

Autorinnen

Dr. Helga Lukoschat, Prof. Dr. Renate Köcher

Redaktionelle Mitarbeit

Stefanie Lohaus, Sarah Friedrich

Lektorat

Dr. Katja Furthmann

Design und Layout

[I like Berlin](#)

1. Auflage
Oktober 2021

Gefördert vom:

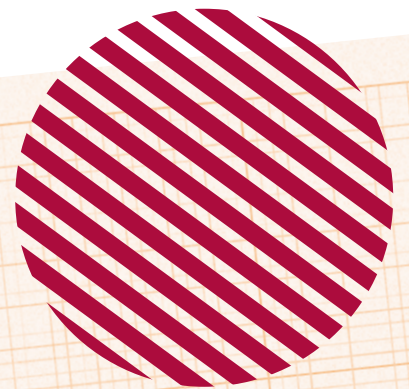
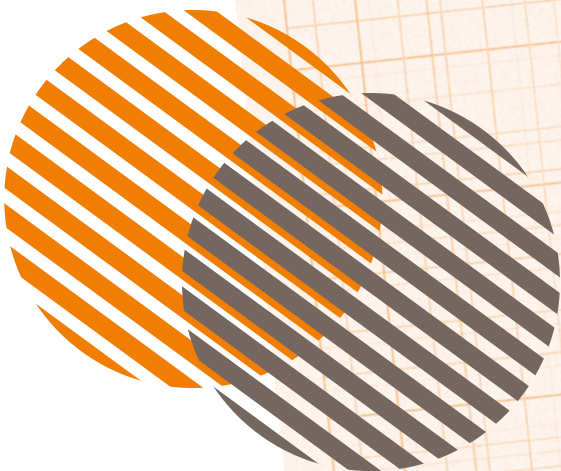


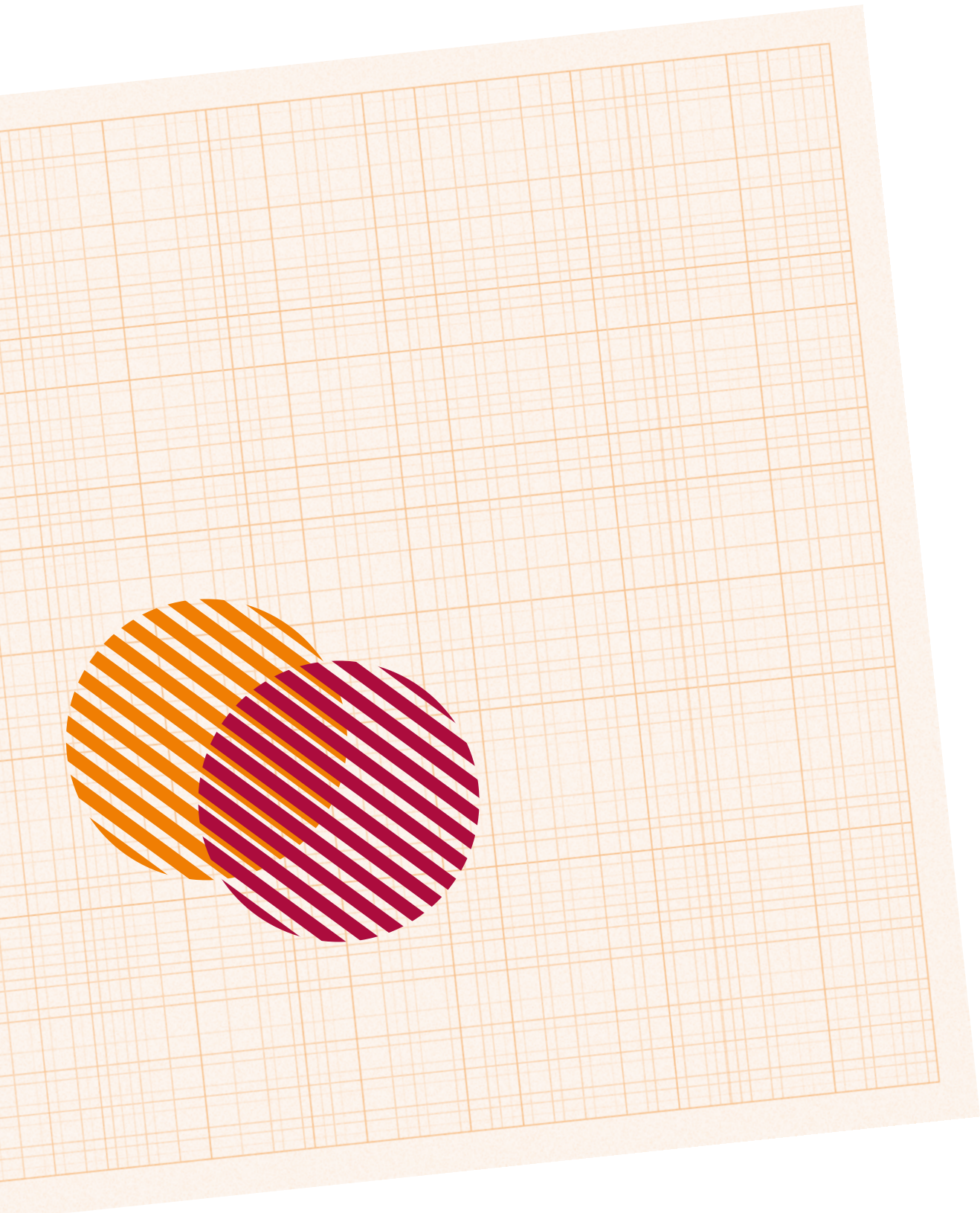
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen

Eine empirische Untersuchung
mit Handlungsempfehlungen
an die Parteien

Helga Lukoschat / Renate Köcher

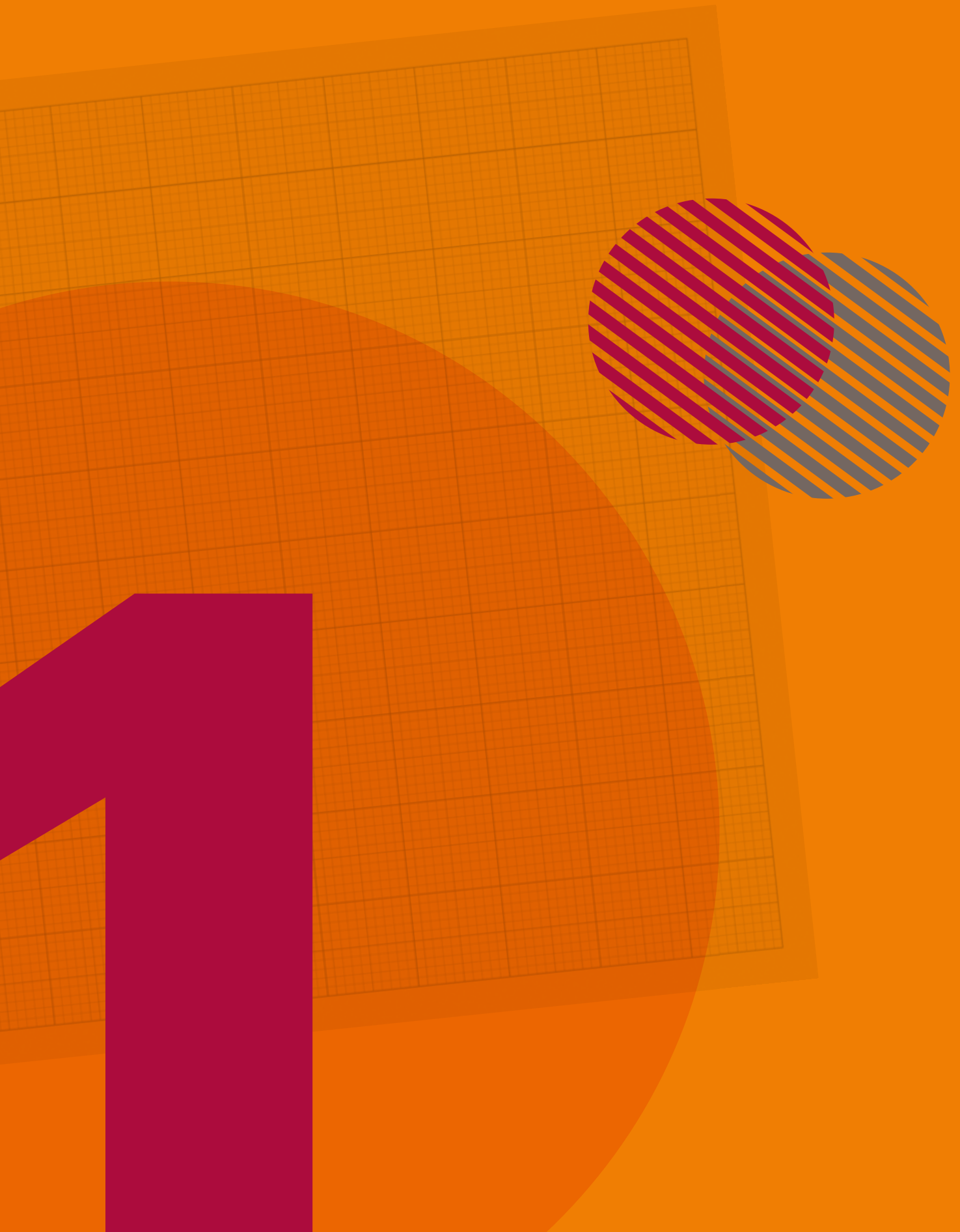




Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	6
2	Konzeptionelle Grundlagen und Forschungsmethodik	12
3	Motivation von Politiker*innen, Einstieg in die Politik und „Willkommenskultur“ der Parteien	15
4	Auf dem Prüfstand: Erwartungen an Politikerinnen	22
5	Einfluss gewinnen: Die Rolle von Netzwerken	27
6	Negative Erfahrungen und Barrieren	34
7	Sexuelle Belästigung	42
8	Das politische Klima: Anfeindungen in den sozialen Netzwerken	47
9	Chancengleichheit erreicht? Der Gendergap	54
10	Einschätzungen zu Maßnahmen, Quoten und Parität	63
11	Die Weichen stellen: Handlungsfelder und Optionen	70
12	Parteikulturen und alltäglicher Sexismus: Fazit und zentrale Ergebnisse	78
13	Abbildungen, Quellen und Untersuchungsdaten	82

Einführung



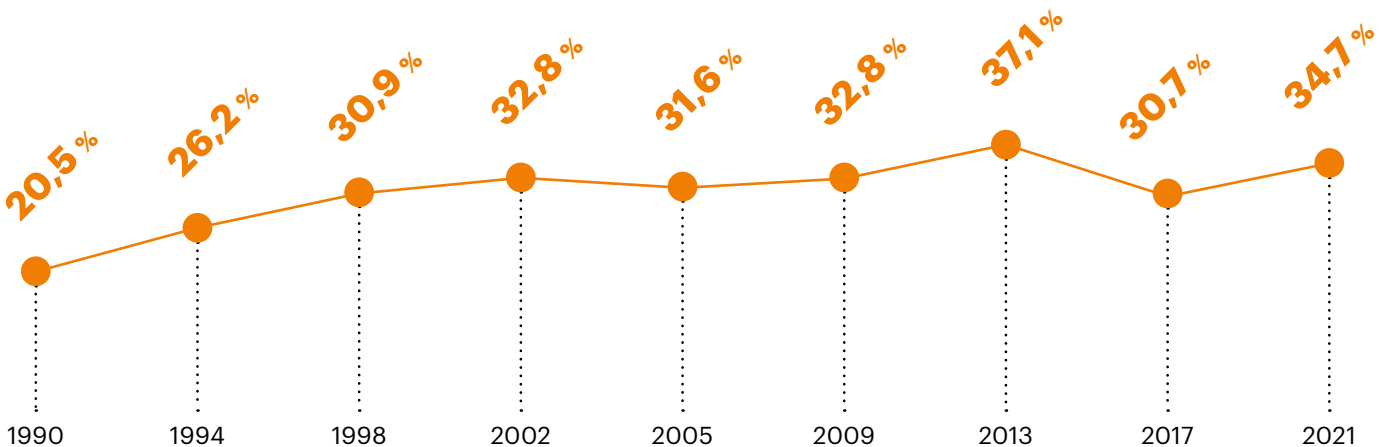
Eine tatsächlich gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik und in den Parlamenten stellt sich nicht von selbst ein – wie in früheren Jahren vielleicht noch erhofft. Frauen haben in Deutschland zwar in vielerlei Beziehung aufgeholt: bei den Bildungsabschlüssen, am Arbeitsmarkt, in Wissenschaft, Kultur und Medien. Auch in der Politik bekleiden sie hohe und höchste Positionen. Doch weiterhin haben Männer rund 70 Prozent der Mandate in Bund, Ländern und Kommunen inne. In den Parteien, den wichtigsten Akteuren der politischen Willensbildung, sind Männer gleichfalls deutlich in der Mehrheit.

Auch die jüngste Wahl 2021 zum 20. Bundestag zeigt: Fortschritte erfolgen allenfalls im Schneckentempo. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten stieg um rund 3 Prozent auf 34,7 Prozent, liegt damit jedoch immer noch unter dem bisherigen Höchststand von 37,3 Prozent am Ende der 18. Wahlperiode. Bei der Wahl 2017 zur 19. Wahlperiode war sogar ein deutlicher Rückgang erfolgt.

Doch im Unterschied zu früheren Zeiten wird die Situation von Frauen in der Politik in der Öffentlichkeit deutlich stärker wahrgenommen und kritisch kommentiert. Die Medien berichten kontinuierlich; Filme über die Politikerinnen der westdeutschen „Bonner Republik“, die als Pionierinnen im damals ganz und gar männlich dominierten Politikbetrieb mit offenem Chauvinismus konfrontiert waren, finden ein breites Publikum.

Sicherlich: Die Berliner Republik ist nicht mehr die Bonner Republik. Seit 31 Jahren ist Deutschland wiedervereintigt; 16 Jahre war eine Frau aus Ostdeutschland an der Spitze der Regierung. Doch so wichtig und symbolträchtig Angela Merkels Kanzlerschaft auch war, eines wurde deutlich: Eine einzelne Frau in einer Spitzenposition vermag die Aufstiegs-, Handlungs- und Einflussmöglichkeiten von Frauen in der Politik bzw. in den Parteien nicht nachhaltig zu verbessern. Dazu bedarf es, so unsere These, zusätzlich zu strukturellen Maßnahmen auch tiefergehender Veränderungen der (partei)politischen Kulturen.

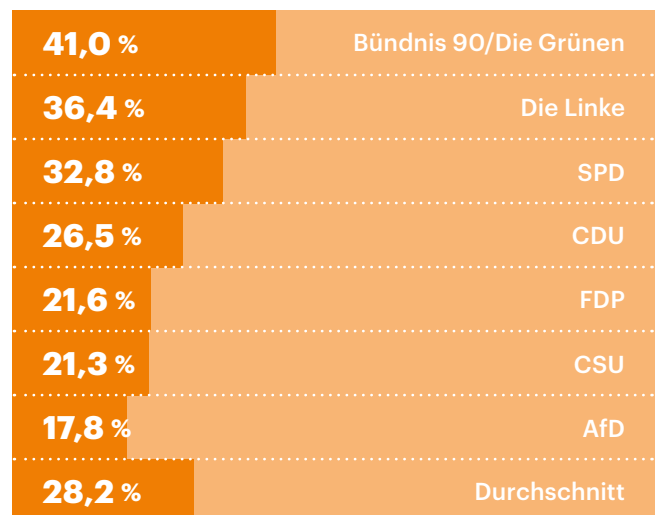
Abb. 1: Entwicklung der Frauenanteile im Bundestag im Zeitverlauf



Nach wie vor sind deutlich mehr Männer als Frauen Mitglied einer Partei. Bei allen Parteien besteht Handlungsbedarf, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. So reichen die Anteile der weiblichen Mitglieder von knapp 18 Prozent in der AfD bis zu 41 Prozent bei den Grünen (vgl. Abb. 2).

Bei den vergangenen Landtagswahlen gingen die Frauenanteile in der Regel gleichfalls zurück. Auf kommunaler Ebene steigert sich der Anteil nur langsam und liegt durchschnittlich bei 27,7 Prozent. Zudem zeigen sich große Unterschiede zwischen Großstädten und ländlichen Regionen. Die kommunalen Spitzenpositionen werden weiterhin zu rund 90 Prozent von Männern eingenommen.

Abb. 2: Frauenanteile in Parteimitgliedschaften¹



1 Niedermayer 2020, S. 23.

**Abb. 3: Frauenanteile in den Parlamenten:
Bund, Länder, Kommunen**



Denn der Handlungsdruck auf die Parteien bezüglich der Geschlechterparität – wie auch einer größeren Diversität insgesamt² – wächst und wird nicht nachlassen, solange keine deutlichen Fortschritte erzielt werden. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung belegt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung sich für mehr Frauen in den Entscheidungspositionen der Politik ausspricht.³

Vor dem gesellschaftlichen Erwartungsdruck sind auch die Debatten über Wahlrechtsreformen bzw. die Einführung von Paritätsgesetzen zu sehen. 2019 wurden zum ersten Mal in zwei Bundesländern – Brandenburg und Thüringen – solche Gesetze verabschiedet. Sie schrieben den Parteien die alternierende Besetzung ihrer Wahllisten mit Frauen und Männern vor. Beide Gesetze wurden zwischenzeitlich von den zuständigen Landesverfassungsgerichten für nichtig erklärt. Voraussichtlich wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das letzte Wort zur Ausgestaltung von Paritätsgesetzen sprechen. Dies aber wird Zeit in Anspruch nehmen.

Umso dringender stellt sich die Frage, was die Parteien jetzt tun können. Darauf will die vorliegende Untersuchung erste Antworten geben.

Fragestellungen und Kontext

Für die Untersuchung wurden über 800 Amts- oder Mandatsträger*innen⁴ aus Bund, Ländern und Kommunen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt sowie 34 qualitative Interviews mit Politikerinnen und Politikern geführt. Wie lassen sich die Integration und die Förderung von Frauen verbessern? Wie beurteilen Frauen und Männer jeweils den Stand der Chancengleichheit innerhalb ihrer Parteien? Nehmen sie einen „alltäglichen Sexismus“ im politischen Betrieb wahr und wenn ja, wie gehen sie damit um? Wie verhält es sich mit Anfeindungen und Bedrohungen, unter anderem in den sozialen Netzwerken?

Eine wichtige Fragestellung unserer Untersuchung richtet sich somit darauf, in welchen offenen oder subtilen Kommunikations- und Umgangsformen sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen in der Politik bzw. in den Parteien anzutreffen sind. Erstmals für den deutschsprachigen Raum sind wir auch auf umfangreicher empirischer Basis der Frage der sexuellen Belästigung von Politikerinnen nachgegangen.

Soziostrukturelle Faktoren, wie insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik oder die Frage von Quoten in den Parteien, wurden einbezogen, stehen jedoch nicht im Mittelpunkt der Untersuchung. Denn wir gehen davon aus, dass kulturelle Veränderungsprozesse begleitend und verstärkend stattfinden müssen, damit strukturelle Maßnahmen ihre Wirkung besser und schneller entfalten.

Es geht uns nicht nur um eine kritische Zustandsbeschreibung oder darum, den Parteien den Puls zu fühlen, sondern auch um Empfehlungen und praktische Maßnahmen. Daher haben wir die Politiker*innen auch nach ihren Ideen, Anregungen und Vorschlägen befragt.

Die Untersuchung entstand im Rahmen des parteiübergreifenden Helene Weber Kollegs und wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Das Helene Weber Kolleg dient als bundesweite Plattform zur Vernetzung und Unterstützung von politisch interessierten und politisch aktiven Frauen mit dem Schwerpunkt Kommunalpolitik. Die EAF Berlin als unabhängige und gemeinnützige Beratungs- und Forschungseinrichtung koordiniert seit 2011 das Kolleg. Sie ist gleichfalls für die Konzeption und Durchführung der vorliegenden Untersuchung verantwortlich. Für die Onlinebefragung kooperierte die EAF Berlin mit dem Institut für Demoskopie Allensbach.

² Zum Beispiel setzen sich Initiativen wie „Brand New Bundestag“ dafür ein, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Bundestag vertreten sind. Laut einer Recherche des Mediendienstes Integration haben mindestens 11,3 Prozent der Abgeordneten im 20. Bundestag einen Migrationshintergrund – ungefähr 3 Prozentpunkte mehr als nach der vorangegangenen Bundestagswahl. Vgl. Mediendienst Integration 2021.

³ Vgl. Neu/Henry-Huthmacher 2019.

⁴ Im Zusammenhang mit der quantitativen Befragung verwenden wir das Gendersternchen für einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch, um anzuzeigen, dass neben Frauen und Männern ebenfalls Personen mit anderen Geschlechtsidentitäten gemeint sind. In der Onlinebefragung gab eine Person bei der Abfrage des Geschlechts „divers“ an.

Aufbau der Studie

Nach einem Exkurs mit der Analyse der Bundestagswahl 2021 werden in Kapitel 2 zunächst die konzeptionellen Grundlagen und das Forschungsdesign überblicksartig erläutert. In den Kapiteln 3 bis 10 werden die Ergebnisse der quantitativen Befragung in Themengruppen vorgestellt, anhand von Grafiken verdeutlicht und vom Institut für Demoskopie Allensbach erläutert. Jeweils im Anschluss werden wesentliche Ergebnisse aus den Interviews zur Ergänzung, Vertiefung oder Veranschaulichung einzelner Aspekte dargestellt und mit zahlreichen Zitaten belegt. Informationskästen und Schlaglichter beleuchten einzelne Aspekte nochmals gesondert.

Die Handlungsempfehlungen, die sich aus den Interviews ableiten, werden ausführlich in Kapitel 11 dargestellt. Daran schließen sich ergänzende Einschätzungen und Empfehlungen der EAF Berlin an.

Das Fazit fasst wesentliche Erkenntnisse der Studie zusammen und benennt die Herausforderungen für eine künftige Kultur der Gleichberechtigung.

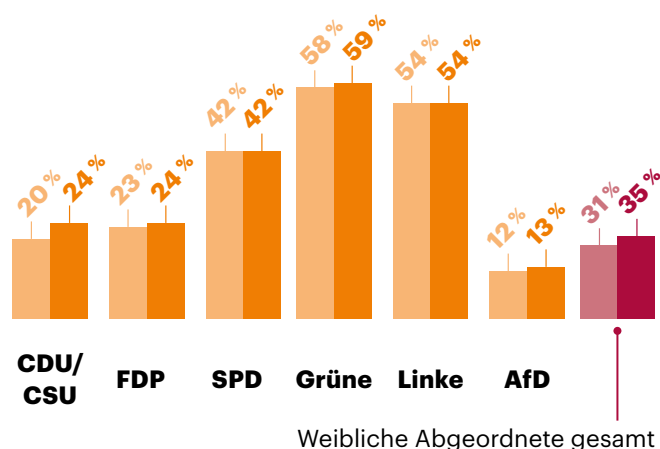
Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik sprechen nicht nur grundlegende Werte wie Fairness und Gleichberechtigung. Mit strukturellen und kulturellen Veränderungen in den Parteien, die sich in erster Linie, aber nicht nur zugunsten von Frauen auswirken würden, verbindet sich darüber hinaus die Hoffnung auf eine positive Weiterentwicklung der (Parteien-)Demokratie und auf eine größere Perspektivenvielfalt und Diversität in den Parlamenten.

Exkurs: Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021

Auch der 20. Bundestag bleibt ein Parlament, das zu rund zwei Dritteln von Männern besetzt ist. Mit einem Anteil von 34,7 Prozent Frauen⁵ nimmt Deutschland im europäischen Vergleich lediglich den zwölften Rang der 27 EU-Mitgliedsstaaten ein.⁶ Deutschland ist von Werten, wie sie in den skandinavischen Ländern erzielt werden, weit entfernt.

Ein Charakteristikum der deutschen Situation bleibt der deutliche Unterschied zwischen den Parteien. Die folgende Grafik veranschaulicht, wie sich die Anteile der weiblichen Abgeordneten nach Partei im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 darstellen.

Abb. 4: Frauenanteile im Bundestag nach Parteien
(linke Balken: 2017, rechte Balken: 2021)



Die **SPD** als nun größte Fraktion im neu gewählten Bundestag kann sich bezüglich ihres Frauenanteils nicht verbessern, erzielt jedoch immerhin 42 Prozent. **CDU/CSU** steigert sich um 4 Prozentpunkte, aber erreicht dennoch einen Frauenanteil von nur 24 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der **FDP**. Die Liberalen verbessern sich nur geringfügig um 1 Prozent und erreichen damit das gleiche Niveau wie die Union.

Die **AfD** präsentiert sich weiterhin als stark von Männern dominiert: Hier liegt der Frauenanteil bei lediglich 13 Prozent und hat sich gegenüber 2017 nur um einen Prozentpunkt verbessert.

Die höchsten Werte erzielen erneut **Bündnis 90/Die Grünen**. Sie verzeichnen aktuell einen Frauenanteil von 59 Prozent, 2017 waren es 58 Prozent. Bei der **Linken** sind, wie bereits 2017, mit einem Anteil von 54 Prozent gleichfalls mehr Frauen als Männer im Bundestag vertreten.

⁵ Vgl. Bundeswahlleiter 2021.

⁶ Vgl. European Institute for Gender Equality 2021.

Die Listenplätze: Kandidaturen und gewählte Frauen

Aufschlussreich ist der Vergleich der Frauenanteile zwischen den Kandidaturen und den tatsächlich gewählten Frauen. Wurden weniger Frauen gewählt als auf der Liste kandidierten, liegt es nahe, dass Frauen eher auf Plätzen aufgestellt wurden, deren Erfolgchancen gering(er) waren.

Dies zeigt sich vor allem für die **CDU/CSU**. Zwischen dem Anteil Frauen an den Kandidierenden und den Gewählten liegen 9 Prozentpunkte (45 zu 36 Prozent). Über die erstmals paritätisch besetzte Landesliste der CSU ist, wie bereits erwartet, kein Mandat generiert worden.

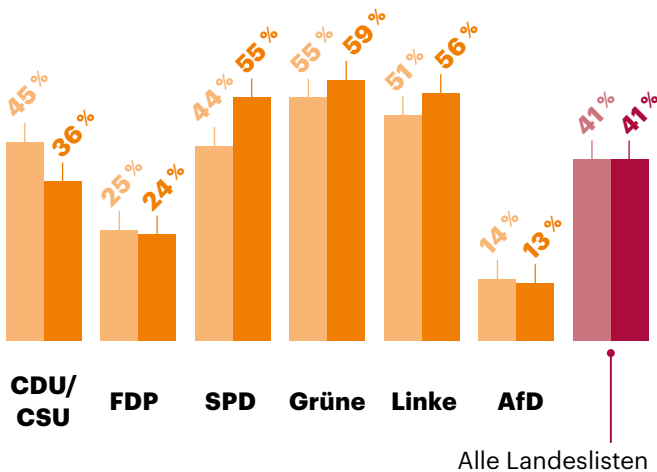
Die **FDP** hat 25 Prozent Frauen auf ihren Landeslisten aufgestellt, gewählt wurden 24 Prozent.

Die **AfD** hat auf ihren Landeslisten 14 Prozent Frauen aufgestellt, und unter den Gewählten liegt der Frauenanteil bei 13 Prozent.

Fällt der Vergleich zwischen Kandidaturen und den tatsächlich gewählten Frauen dagegen positiv aus, so lässt dies umgekehrt darauf schließen, dass Frauen auf aussichtsreichen Plätzen aufgestellt wurden. Dieser Fall tritt bei der **SPD**, den **Grünen** und der **Linke** ein, bei denen der Anteil der Frauen, die über die Landesliste in den Bundestag einziehen, über dem Anteil der Kandidaturen von Frauen liegt.

Besonders hoch ist dieser Unterschied bei der **SPD**. Hier liegen 11 Prozent zwischen dem Frauenanteil der Kandidierenden und den gewählten Frauen, bei der **Linke** sind es 5 Prozent und bei den **Grünen** 4 Prozent.

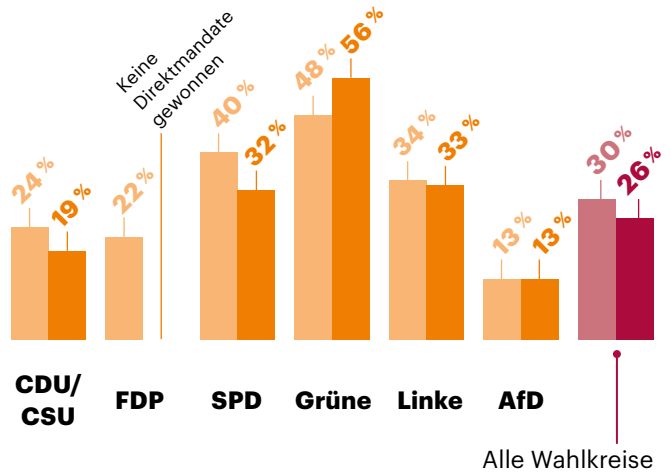
Abb. 5: Frauenanteile in Landeslisten: Kandidatinnen (linke Balken) vs. gewählte Frauen (rechte Balken)



Blick auf die Direktmandate

Bei den Direktmandaten ist auffällig, dass Frauen im Durchschnitt insgesamt prozentual deutlich weniger in den Wahlkreisen als auf den Landeslisten aufgestellt wurden. Trotz eines leichten Anstiegs gegenüber 2017 lag der Anteil der Kandidatinnen bei durchschnittlich nur 30 Prozent.

Abb. 6: Frauenanteile in Direktkandidaturen: Kandidatinnen (linke Balken) vs. gewählte Frauen (rechte Balken)



Wie sieht es nach der Wahl aus? Auch hier lohnt sich ein differenzierter Blick auf die Parteien.

Die **CSU** hatte in Bayern in den Wahlkreisen dieses Mal zwei Frauen mehr aufgestellt und erreichte damit einen Anteil von 21,7 Prozent. Die CSU war bis auf einen Wahlkreis in allen anderen 45 Wahlkreisen erfolgreich; die zehn nominierten Frauen gewannen die Direktmandate. Erneut kam die zum ersten Mal quotiert aufgestellte Landesliste der CSU nicht zum Zuge, da die CSU aufgrund der Direktmandate zahlreiche Überhangmandate generierte.

Bei der **CDU** waren Frauen bei den Direktmandaten gleichfalls unterrepräsentiert, allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den Landesverbänden. Es gab zwar mehr Frauen als noch 2017, doch zeigen die Ergebnisse, dass die Frauen in für die CDU weniger aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt wurden. Der Unterschied zwischen Kandidatinnen und gewählten Frauen beträgt 9 Prozent.

Auch bei der **SPD** zeigt sich eine deutliche Diskrepanz: Es wurden zwar 40 Prozent Frauen in den Wahlkreisen aufgestellt, doch nur 32 Prozent waren erfolgreich.

Besonders aufschlussreich ist ein Blick auf **Bündnis 90/ Die Grünen**. Zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl haben die Grünen nicht nur ein Direktmandat erzielt, sondern gingen in 16 Wahlkreisen als Sieger hervor. Bereits bei der Aufstellung wurde nahezu Parität erreicht; vor allem aber waren die Frauen gut platziert. Der Anteil gewählter Frauen liegt bei 55 Prozent und damit über dem Anteil der Kandidatinnen.

Die Linke hatte 33 Prozent Frauen in den Wahlkreisen nominiert; tatsächlich ging auch eines der drei erreichten Direktmandate an eine Frau. Die drei Direktmandate sicherten der Linken zudem den Einzug in den Bundestag, weil der Anteil bei Zweitstimmen nur 4,9 Prozent erreichte.

Die **FDP** gewann kein Direktmandat.

Wahlpräferenzen

Wie unterscheiden sich Frauen und Männer bezüglich ihres Wahlverhaltens? Welche Parteien werden stärker von Frauen, welche stärker von Männern gewählt?⁷

Bei der Wahl zum 19. Bundestag 2017 wurden die Unionsparteien und Bündnis 90/Die Grünen stärker von Frauen gewählt; die Union vor allem von Frauen aus der älteren, die Grünen vor allem von Frauen aus der jüngeren Generation. Die SPD wies ein ausgewogenes Verhältnis von Wählerinnen und Wählern auf. Die FDP, die Linke und vor allem die AfD wurden von mehr Männern gewählt.

Bei der aktuellen Wahl zeigen sich bemerkenswerte Verschiebungen zu den Befunden von 2017. Insgesamt haben Frauen und Männer weiterhin durchaus unterschiedliche Präferenzen.

Bei den **Unionsparteien** sind die Veränderungen am deutlichsten ausgeprägt. Zwar wählten 24 Prozent der Frauen und 24 Prozent der Männer die Union. Aber während der Anteil bei den Männern um 6 Prozentpunkte zurückging, waren es bei den Frauen erhebliche 12 Prozent.

Bei der **SPD** wiederum zeigt sich im Unterschied zur Wahl 2017, dass sich dieses Mal mehr Frauen als Männer für diese Partei entschieden haben (27 vs. 25 Prozent). Im Ver-

gleich zu 2017 stieg der Anteil bei den Frauen um 6 Prozentpunkte und bei den Männern um 5 Prozentpunkte an.

Bei **Bündnis 90/Die Grünen** bestätigt sich die Tendenz, dass sie stärker von Frauen – vor allem aus der jüngeren Generation – gewählt werden; erneut liegen die Frauen mit 16 Prozent 2 Prozentpunkte vorn. Im Vergleich zu 2017 stiegen die Anteile sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern jeweils um 6 Prozentpunkte an.

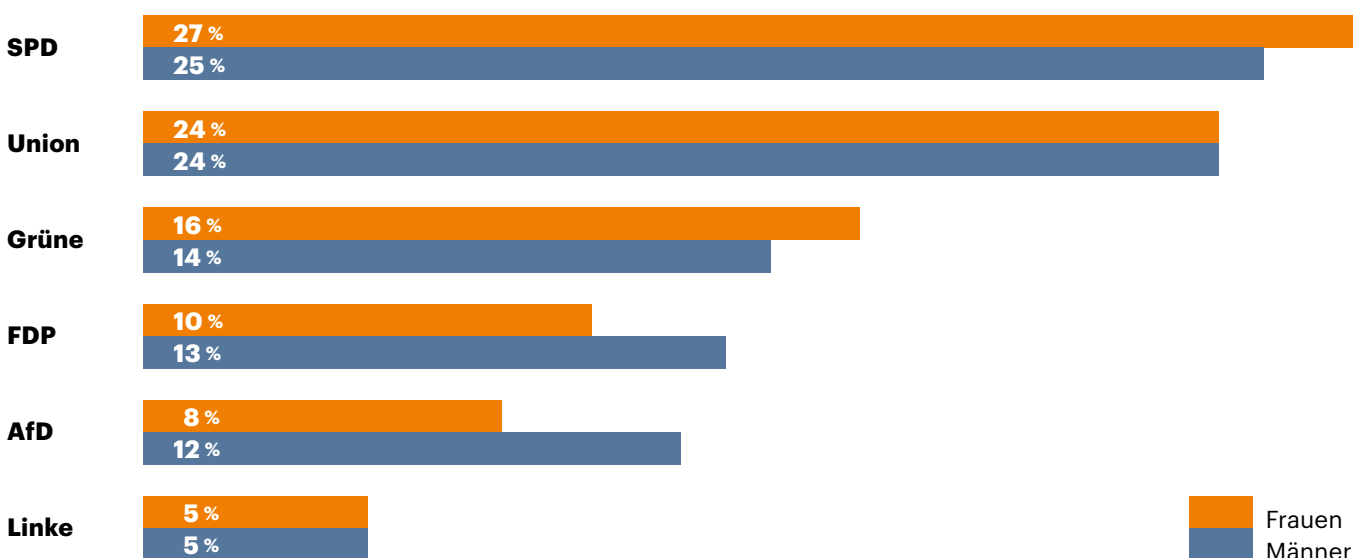
Die Linke wurde dieses Mal gleichermaßen von Frauen wie von Männern gewählt (jeweils 5 Prozent); die Rückgänge betragen bei beiden Geschlechtern gleichermaßen 4 Prozentpunkte.

Zwei Parteien wurden erneut stärker von Männern gewählt.

Bei der **FDP** hat sich der Unterschied noch leicht verstärkt und beträgt nun 3 Prozentpunkte. 10 Prozent der Frauen und 13 Prozent der Männer wählten die FDP. Dieser Zuwachs ist vor allem auf männliche Wähler aus der jüngeren Generation zurückzuführen. 2017 entschieden sich noch 12 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen für die FDP.

Von allen im Bundestag vertretenen Parteien wird die **AfD** von deutlich mehr Männern als Frauen gewählt; der Unterschied liegt bei 4 Prozentpunkten (12 versus 8 Prozent). Allerdings sind bei den Männern mit 3 Prozentpunkten stärkere Rückgänge zu verzeichnen, während der Anteil der Frauen, die sich für die AfD entschieden haben, nur um 1 Prozentpunkt gesunken ist.

Abb. 7: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl nach Geschlecht



⁷ Vgl. Infratest dimap für die SPD 2021.

Konzeptionelle Grundlagen und Forschungs- methodik



Uns interessiert in erster Linie der (Innen-)Blick auf die Parteien und ihre Kulturen, also auf die Kommunikations- und Umgangsformen, die Erwartungen und Rollenbilder, die informellen Spielregeln und Netzwerke und ihre Auswirkungen auf die Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen.

Dass Überlegungen zur Veränderung von Parteikulturen unter Geschlechteraspekten an Bedeutung gewinnen, zeigt unter anderem die Publikation von Hanna Haag und Raj Kollmorgen, auf die hier Bezug genommen wird.⁸ Politische Kultur umfasst in diesem Verständnis die historisch gewachsenen Bedeutungsstrukturen und ihre symbolische Vermittlung. Die Praktiken der bewussten wie unbewussten Herstellung und Wiederherstellung von Kultur schlagen sich unter anderem in der Sprache und den Bildern der Politik, in ihren Ritualen und ihrer Diskussionskultur nieder. Auch Parteien bilden demnach ihre jeweilige spezifische Kultur aus, „die sich als Ganzheit geteilter Normen, Denkmuster und Spielregeln bestimmen lässt“⁹. Politische Kultur ist jedoch nicht jenseits struktureller und institutioneller Rahmenbedingungen zu sehen, diese beeinflussen sich vielmehr gegenseitig.

Für die Einschätzung und Interpretation der erzielten Untersuchungsergebnisse wurden ferner die theoretischen Konzepte und Forschungen zur politischen Partizipation von Frauen aus der sozial- und politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung herangezogen. Einen weiteren Bezugspunkt bilden die Forschungen der EAF Berlin zur Situation von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik.¹⁰

Auf dieser Grundlage können im Wesentlichen folgende Faktoren für die Unterrepräsentanz von Frauen in Parteien und Parlamenten verantwortlich gemacht werden:

1. Trotz aller rechtlich und sozial erzielten Fortschritte in der Gleichberechtigung erweisen sich soziostrukturelle Faktoren wie die Aufgaben- und Zeitverteilung zwischen den Geschlechtern als Hemmnis, wenn es zum Beispiel um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und zeitaufwendigem parteipolitischen Engagement geht.
2. Auch spielen die jeweiligen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, wie etwa die Ausgestaltung des Wahlrechts, eine Rolle. So ist international belegt, dass im Verhältniswahlrecht mit der Möglichkeit, Vorgaben für die Wahllisten der Parteien zu machen, ein deutlich höherer Frauenanteil erzielt wird als im reinen Mehrheitswahlrecht oder in Mischsystemen wie dem personalisierten Verhältniswahlrecht in Deutschland.¹¹

8 Vgl. Haag/Kollmorgen 2020.

9 Vgl. ebd., S. 8.

10 Vgl. Kletzing/Lukoschat 2010; Lukoschat/Belschner 2014.

11 Vgl. Lukoschat/Belschner 2019.

12 Vgl. Pateman 1988; Kreisky/Sauer 1995; Phillips 2004; Lovenduski 2014.

13 Vgl. Lovenduski 2014.

14 Vgl. Wippermann 2020.

15 Der Europarat hat jüngst Empfehlungen zur Bekämpfung von Sexismus veröffentlicht: Council of Europe 2019.

16 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz fasst darunter unter anderem unerwünschte, sexuell bestimmte Bemerkungen und Berührungen. Sexuelle Belästigung kann arbeits-, dienst- und strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

3. Die repräsentative Demokratie und das moderne Parteiensystem westlichen Zuschnitts entstanden explizit unter dem Ausschluss von Frauen (sowie zunächst auch der männlichen Arbeiterschaft und – in den USA – der schwarzen Bevölkerung). Diese historische Weichenstellung beeinflusst bis heute unsere Vorstellungen von Politik. Doch nicht nur die symbolische Ebene, sondern auch die Verfahrensweisen sowie die formellen und informellen Spielregeln der Politik sind männlich geprägt.¹²

4. Frauen sind zwar nicht mehr vom politischen System ausgeschlossen, bilden jedoch weiterhin das zahlenmäßig wie habituell „marginalisierte Geschlecht“, das keinen die Kultur prägenden Einfluss nimmt. Daher spricht die britische Politikwissenschaftlerin Joni Lovenduski von einem dem politischen System inhärenten Sexismus.¹³ Hierauf soll im folgenden Abschnitt näher eingegangen werden.

Alltagssexismus in der Politik

Aus einer feministischen Perspektive ist das Handlungsfeld der Politik und der Parteien bis in seine Verästelungen hinein männlich geprägt und von männlichen Codes dominiert. Diese betreffen unter anderem militärisch geprägte Begriffe wie „Kampf“, mit denen politische Konflikte beschrieben werden, oder die Bildsprache, in der sich die „starken Männer“ medial inszenieren. Aber auch im Alltag der Parteipolitik orientieren sich zum Beispiel Sitzungszeiten und -orte in der Regel immer noch stark an der Lebenssituation von Männern. Aus dieser Perspektive erleben Frauen in vielfacher Hinsicht subtile oder offene Diskriminierung.

Im Alltagsverständnis wird Sexismus jedoch häufig mit sexueller Belästigung gleichgesetzt.¹⁴ Daher sei hier kurz eine begriffliche Klärung zum Verständnis unserer Fragestellung gegeben:

Sexismus bezeichnet zunächst in umfassender Weise die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Sexismus kann sich in strukturellen und institutionellen Formen, in symbolisch-kulturellen Diskursen (Sprache, Bilder, mediale Darstellungen) und in individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen äußern, die auf der Vorstellung der Minderwertigkeit eines Geschlechts beruhen.¹⁵ Sexuelle Belästigung stellt demnach eine besonders deutliche bzw. sichtbare Ausprägung von Sexismus dar.¹⁶ Zu Recht steht die historisch und kulturell tief verwurzelte Abwertung des weiblichen Geschlechts in der Auseinandersetzung um Sexismus im Vordergrund, dennoch können auch Männer diskriminierendes Verhalten aufgrund des Geschlechts erfahren, zum Beispiel wenn sie stereotypen Vorstellungen von Männlichkeit nicht entsprechen.

Zunehmend findet der Begriff des Alltagssexismus im Sprachgebrauch Verwendung. Im Unterschied zu sexueller Belästigung umschreibt Alltagssexismus ein Bündel an Verhaltensweisen, die oft als scheinbar harmlos oder „nett gemeint“ daherkommen.¹⁷ Es sind kleinere und größere Grenzüberschreitungen, die in der Summe jedoch ein Klima erzeugen, in dem die betroffenen Personen den Eindruck gewinnen (müssen), nicht als voll- und gleichwertige Mitglieder anerkannt und einbezogen zu sein. Das Spektrum reicht vom „Überhören“ der Wortbeiträge von Frauen über Bemerkungen zum Aussehen bis hin zu einem „wohlwollenden“ Sexismus. Dieser äußert sich häufig in paternalistischen Verhaltensweisen, beispielsweise indem Frauen mit kleinen Kindern vor dem „harten“ Geschäft der Politik geschützt werden sollen. Alltagssexismus vermag individuelles Verhalten ebenso wie Gruppenverhalten und schließlich die gesamte Kultur einer Organisation zu prägen.

Im historisch und kulturell stark männlich geprägten politischen Raum ist gerade dieser subtile, alltägliche Sexismus, so unsere These, ein Phänomen, das es zu überwinden gilt, wenn sich Parteikulturen im positiven Sinne für Frauen verändern sollen.

Forschungsdesign und Methodik

Die Studie kombiniert quantitative und qualitative Methoden der Sozialforschung. Sie basiert auf einer im Herbst 2020 erfolgten Befragung von 818 Politiker*innen: 525 Personen davon waren weiblich, 292 männlich und eine divers. Die Befragung wurde vom Institut für Demoskopie Allensbach unter der Leitung von Prof. Renate Köcher durchgeführt. Da die Erfahrungen von Politikerinnen im Mittelpunkt der Untersuchung standen, wurden Frauen in der Stichprobe überproportional berücksichtigt. Befragt wurden Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente sowie Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte, Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister*innen sowie Bezirks- und Stadtverordnete der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Die Auswertung erfolgte untergliedert nach Geschlecht, Migrationshintergrund, Altersgruppe, politischer Ebene und Parteizugehörigkeit.¹⁸

Die Grundlage für den Fragenkatalog der quantitativen Befragung bildeten im Frühsommer 2020 durchgeführte persönliche Intensivinterviews mit 27 Politikerinnen und 7 Politikern. Bei der Auswahl der Gesprächspersonen wurde darauf geachtet, sowohl unterschiedliche Generationen als auch unterschiedliche politische Erfahrungen einzubeziehen. Mehrere Interviewte kommen aus der kommunalpolitischen ehrenamtlichen Arbeit, es sind Abgeordnete aus Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament vertreten. Einige wenige sind hauptamtlich für ihre jeweilige Partei tätig. Ferner haben einige der Interviewten eine Migrationsbiografie. Bis auf die AfD, die sich trotz Anfrage nicht an den Interviews beteiligte, sind alle im Bundestag vertretenen Parteien in die qualitativen Interviews einbezogen. Die Interviews wurden anhand eines teilstrukturierten Leitfadens durchgeführt und nach inhaltsanalytischen Kriterien ausgewertet.

17 Vgl. Swim et al. 2001; Becker 2014.

18 Die Untersuchungsdaten und -methoden sind im Anhang ausgeführt.

Motivation von
Politiker*innen,
Einstieg in die
Politik und
„Willkommens-
kultur“
der Parteien



Welche Motive und Impulse haben die Politiker*innen, die heute in den Parteien und Parlamenten aktiv sind, bewegt, in die Politik zu gehen? Wie haben sie den Einstieg erlebt und welche positiven Erlebnisse verbinden sie mit ihrem Engagement? Wie verlief ihre Integration in die Partei und wann erfolgte die Übernahme erster Ämter? Während in den folgenden Kapiteln vorwiegend die kritischen Erfahrungen beleuchtet werden, stehen hier die positiven und bestärkenden Erfahrungen im Vordergrund. Um das Interesse an parteipolitischer Partizipation zu wecken, ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Unterrepräsentanz und Skepsis von Frauen das Sichtbarmachen der mit dem Engagement verbundenen Gratifikationen ein wichtiger Ansatzpunkt.

Im Anschluss an die Ergebnisse der Befragung werden aus den persönlichen Interviews folgende Aspekte ergänzt oder vertieft: Wie schätzen die Interviewten die „Willkommenskultur“ ihrer Partei ein – also die Fähigkeit, neue Mitglieder adäquat zu begleiten und zu integrieren? Werden Unterschiede zwischen Frauen und Männern wahrgenommen und bedarf es differenzierter Vorgehensweisen oder Instrumente? Was lässt sich daraus für die Ansprache und Gewinnung von Frauen für die Parteien ableiten?

Motive und Impulse

Für alle Befragten ist die Perspektive, etwas in der Gesellschaft bewegen zu können, das wichtigste Motiv für ihr politisches Engagement, gefolgt von dem Wunsch, sich für ein bestimmtes Thema zu engagieren. Für 79 Prozent der befragten Politiker*innen hat der Wunsch, etwas zu bewegen, eine große Rolle gespielt, für 46 Prozent auch der Wunsch, sich für ein bestimmtes Thema zu engagieren.

Darüber hinaus spielen vor allem Impulse aus dem persönlichen Umfeld eine Rolle – ein politisch interessiertes Elternhaus, persönliche Ansprache oder politisch engagierte Freund*innen. Ein Drittel der befragten Politiker*innen ist in einem politisch interessierten Elternhaus aufgewachsen, ähnlich viele wurden direkt angesprochen, ob sie sich nicht engagieren wollen. Ein wichtiger Befund: Frauen berichten überdurchschnittlich oft davon, dass sie direkt angesprochen worden seien. Vor allem auf kommunaler Ebene spielt die direkte Ansprache und Bitte, sich politisch zu engagieren, eine wichtige Rolle.

Die Hoffnung auf lohnende Kontakte und ein gutes Netzwerk oder auch auf eine Optimierung beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und Entwicklungschancen spielt dagegen bei Männern wie Frauen als Auslöser für das eigene politische Engagement eine untergeordnete Rolle.

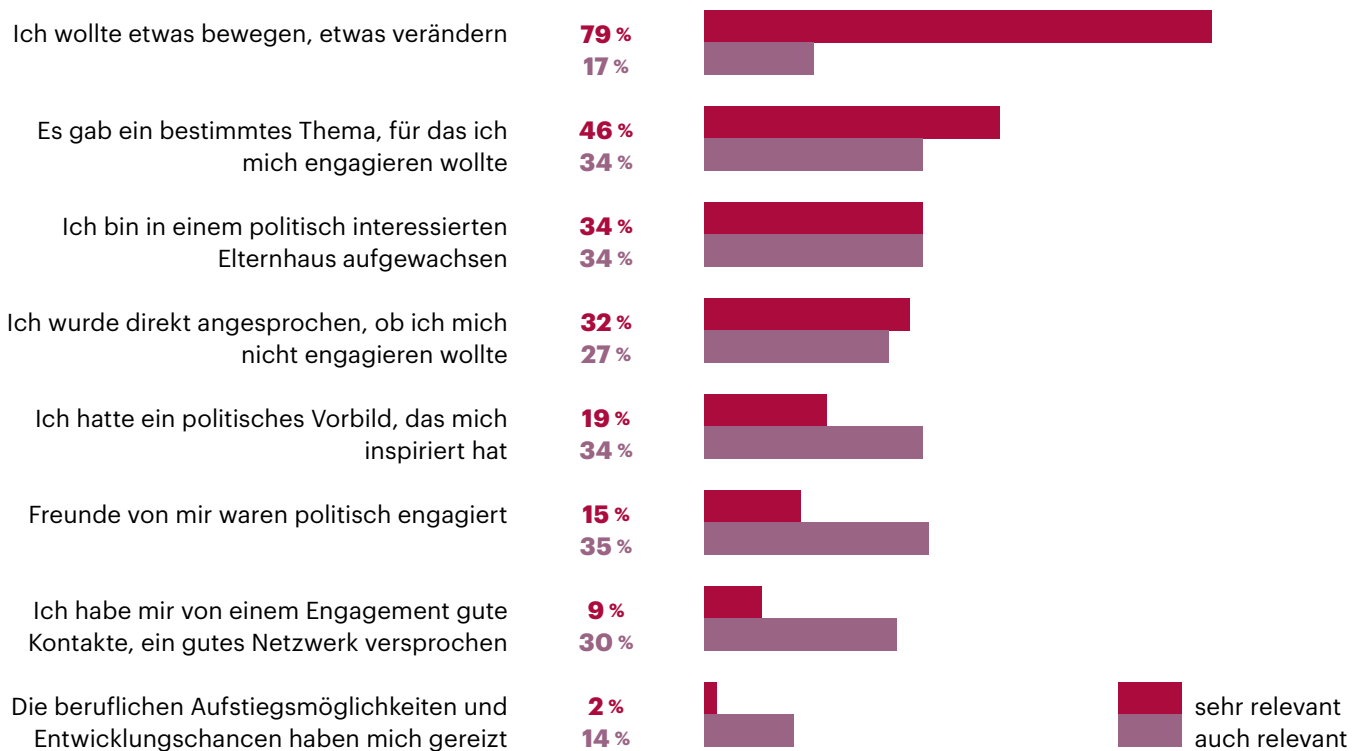
Unterschiede zwischen den Frauen nach Parteizugehörigkeit

Aufschlussreich ist, dass sich die Motivlagen von Politikerinnen durchaus unterscheiden. So spielen bestimmte Themen und politische Ziele als Auslöser für politisches Engagement vor allem bei Politikerinnen der Grünen eine besonders große Rolle, gefolgt von Politikerinnen der SPD und der Linken. Politikerinnen aus CDU/CSU und vor allem FDP benennen dies weit weniger oft als Auslöser für ihr Engagement.

Bei Politikerinnen der CDU/CSU, der SPD und der Freien Wähler führt dagegen die direkte Ansprache überdurchschnittlich häufig zu politischem Engagement, bei Politikerinnen der FDP eine Sozialisierung in einem politisch interessierten Elternhaus. Karriereerwartungen spielen bei Politikerinnen aller Parteien eine völlig untergeordnete Rolle.

Abb. 8: Motive und Auslöser für das eigene politische Engagement

Was hat Sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren? Was hat für Ihr Engagement eine große Rolle gespielt, was hat auch noch eine Rolle gespielt?


Abb. 9: Unterschiede in der Motivation nach Parteizugehörigkeit der Politikerinnen

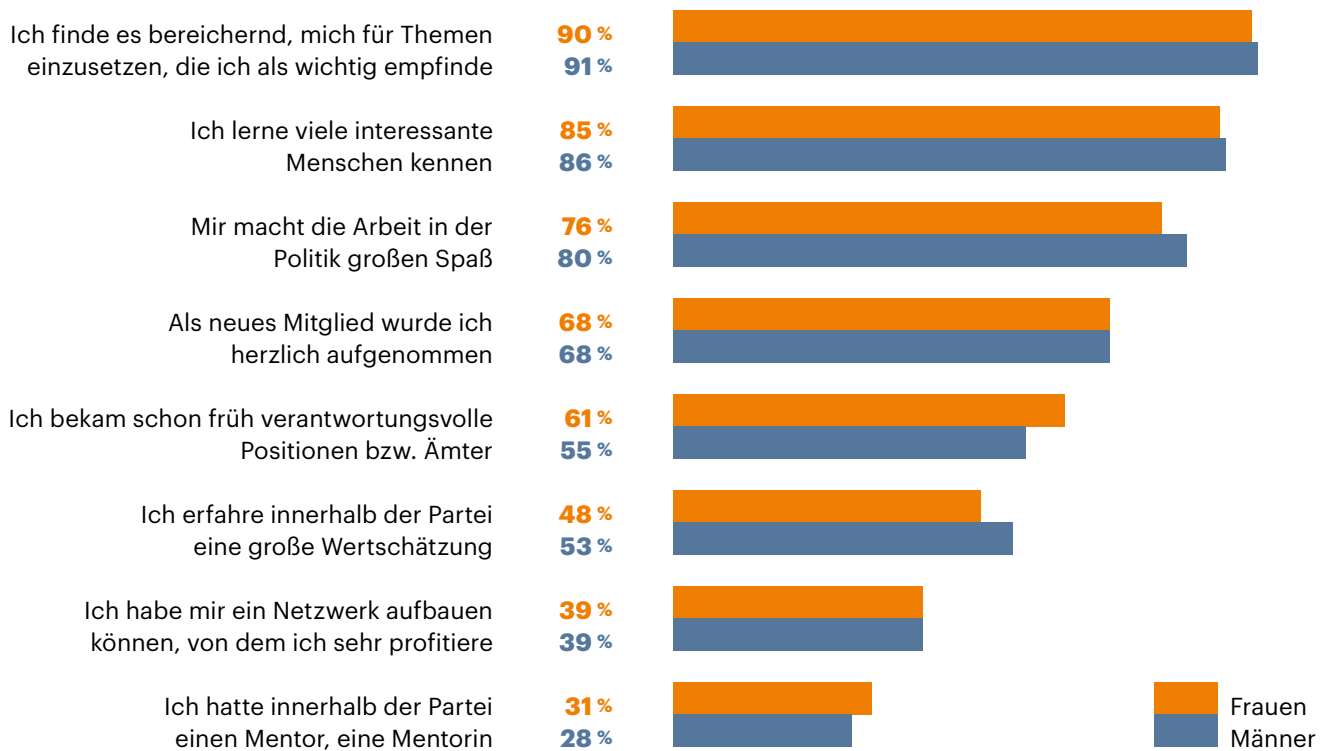
Was hat Sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren? Was hat für Ihr Engagement eine große Rolle gespielt, was hat auch noch eine Rolle gespielt, und was hat für Sie keine Rolle gespielt oder trifft nicht auf Sie zu? Das hat eine große Rolle gespielt (Auszug):

	CDU/ CSU*	SPD*	FDP*	Grüne*	Die Linke*	AfD*	Freie Wähler/ Parteilose*
Ich wollte etwas bewegen, etwas verändern	67	77	74	85	87	85	85
Es gab ein bestimmtes Thema, für das ich mich engagieren wollte	32	53	11	64	55	45	46
Ich bin in einem politisch interessierten Elternhaus aufgewachsen	36	39	52	25	32	40	17
Ich wurde direkt angesprochen, ob ich mich nicht engagieren wollte	46	40	19	25	25	25	54
Ich hatte ein politisches Vorbild, das mich inspiriert hat	16	20	15	16	13	20	17
Freunde von mir waren politisch engagiert	17	20	19	16	17	10	12
Die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und Entwicklungschancen haben mich gereizt	4	4	—	1	—	—	2

* Politikerinnen, die in der jeweiligen Partei aktiv sind. Angaben in Prozent.

Abb. 10: Positive Erfahrungen in der Politik

Welche positiven Erfahrungen haben Sie in der Politik gemacht? Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen, was haben auch Sie erlebt?

**Abb. 11: Zeitpunkt des ersten politischen Amtes/Mandats**

Wann hatten Sie Ihr erstes politisches Amt oder Mandat? Wie lange, nachdem Sie begonnen haben, sich parteipolitisch zu engagieren?

	Frauen	Männer
Innerhalb der ersten zwei, drei Jahre	60 %	58 %
Nach drei bis fünf Jahren	18 %	19 %
Nach fünf bis zehn Jahren	11 %	11 %
Nach mehr als zehn Jahren	9 %	11 %
Keine Angabe	2 %	1 %

Positive Erfahrungen

Die überwältigende Mehrheit der Befragten empfindet es als bereichernd, sich für Themen einzusetzen, die man als wichtig empfindet und bei denen man etwas bewegen möchte. Über 80 Prozent sehen es positiv, über die Politik interessante Menschen kennenzulernen. Und 76 Prozent der Politikerinnen und 80 Prozent der Politiker macht die Arbeit in der Politik großen Spaß.

Rund zwei Drittel haben die Erfahrung gemacht, dass sie als neues Mitglied in ihrer Partei herzlich aufgenommen wurden und bereits früh verantwortungsvolle Positionen und Ämter bekamen. Immerhin rund die Hälfte der Befragten gab an, innerhalb der Partei eine große Wertschätzung zu erfahren. Insgesamt unterscheiden sich die positiven Erfahrungen von Männern und Frauen kaum: Männer berichten tendenziell mehr über eine große Wertschätzung in der eigenen Partei, Frauen dagegen, dass sie schon früh verantwortungsvolle Positionen und Ämter bekamen.

Die Angaben zum Zeitpunkt des ersten politischen Amtes bestätigen die Aussagen der Befragten: Die meisten Politiker*innen übernahmen innerhalb der ersten zwei, drei Jahre das erste politische Amt oder Mandat, ein weiteres Fünftel nach drei bis fünf Jahren, nur ein Fünftel erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Dieser Zeitpunkt variiert leicht auf den verschiedenen politischen Ebenen. Auf Bundesebene werden politische Ämter und Mandate tendenziell später übertragen als auf Landes- und kommunaler Ebene. Während Männer wie Frauen den Zeitpunkt, zu dem das erste Amt oder Mandat übernommen wurde, ähnlich beschreiben, berichten Männer häufiger von Enttäuschungen und gescheiterten Ambitionen. 71 Prozent der befragten Politiker und 61 Prozent der Politikerinnen haben bereits die Erfahrung gemacht, dass sie bei angestrebten Ämtern und Aufgaben nicht zum Zuge kamen. Jeder vierte Politiker und knapp jede fünfte Politikerin haben dies schon wiederholt erlebt.

Luft nach oben – Willkommenskultur in den Parteien

In den qualitativen Interviews, deren Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden, bestätigt die große Mehrzahl der Politikerinnen die Erfahrung einer offenen oder herzlichen Aufnahme. Sie erlebten „eine sehr offene Partei, die sich gefreut hat, dass man kommt“, so das Zitat einer SPD-Politikerin, das hier stellvertretend für viele steht.

Vor allem Frauen der jüngeren Generation¹⁹ berichten, dass ihr Eintritt ausgesprochen begrüßt und positiv registriert worden sei. Neue jüngere und weibliche Mitglieder sind in den Parteien begehrt; sie sind, wie es ein CSU-Politiker ausdrückt, „ein rares Gut“. Auf einem anderen Blatt steht jedoch, wie sich die Wertschätzung tatsächlich manifestiert – darauf wird später noch eingegangen.

Trotz der überwiegend positiven eigenen Erfahrungen beim unmittelbaren Einstieg wird großes Potenzial gesehen, die parteiinterne „Willkommenskultur“ und insbesondere die Integration von Frauen zu verbessern. Nahezu einhellig sind die Interviewpartnerinnen und -partner der Meinung, dass in diesem wichtigen Bereich deutlich Luft nach oben besteht. Auf einer Skala von eins bis zehn wird der Integrationsfähigkeit – außer vonseiten der Grünen – selten eine Note im oberen Drittel bescheinigt. Sehr viel häufiger bekommen die Parteien bei dieser Frage ein Zeugnis im unteren Drittel der Skala ausgestellt.

Gefragt nach dem konkreten Verbesserungspotenzial der „Willkommenskultur“ ihrer Partei, wurden folgende Probleme deutlich:

Wie gut neue Mitglieder integriert werden, hängt stark – und dies wird parteiübergreifend bestätigt – von regionalen und lokalen Gegebenheiten des jeweiligen Ortsvereins ab. Verbindliche Standards fehlen. Zur gelungenen Integration gehören beispielsweise so grundlegende Dinge wie ein Anruf oder Gespräch mit dem oder der Vorsitzenden zur Begrüßung statt einer unpersönlichen E-Mail aus der Parteizentrale. Auch Treffen für Neumitglieder sowie die Bildung von Tandems, wie vor allem von den Grünen praktiziert, werden als gute Instrumente eingeschätzt. Vielfach wird erwähnt, wie wichtig es ist, dass eine vertrauenswürdige Person dem neuen Mitglied zur Seite steht, es in die internen Gepflogenheiten einführt und Orientierung gibt.

Als problematisch beschreiben vor allem jüngere Frauen, dass ihnen mit einem „altväterlichen“ oder „oberlehrerhaften Ton“ begegnet worden sei; vielfach wurde die Erfahrung gemacht, dass „die älteren Männer einem die Welt erklären wollen“, wie es eine jüngere SPD-Politikerin ausdrückt. Die Jusos sind hier bereits dazu übergegangen, dass in erster Linie Frauen die neuen weiblichen Mitglieder ansprechen und betreuen.

19 Als jüngere Generation werden in den qualitativen Interviews Politiker*innen unter 35 Jahren bezeichnet; als mittlere Generation Politiker*innen zwischen 35 und 55 Jahren und als eher ältere oder ältere Generation Politiker*innen über 55 Jahren.

Doch all die Vorschläge müssen vor Ort gelebt und umgesetzt werden. Eine der Herausforderungen sei die oft zu „*dünne Ehrenamtsdecke*“, die eine gute Integration neuer Parteimitglieder erschwere. Eine ostdeutsche Landespolitikerin der Grünen konstatiert hier vor allem ein Stadt-Land-Gefälle: Während es in den Städten und Großstädten bei den Grünen bereits viele gute Praktiken zur Integration von Neumitgliedern gebe, sei es schwieriger, diese in den ländlichen Regionen zu etablieren. Eine These, die parteiübergreifend von anderen Interviewten bestätigt wird. In eine vergleichbare Richtung zielen die Überlegungen eines jüngeren Politikers der Linken: Zum einen müssten sich die Vorstände auf Bundes- und Landesebene kontinuierlich in dieser Frage engagieren und sehr viel mehr in puncto Aufbau von Strukturen bzw. Vernetzungsmöglichkeiten für Neumitglieder vor Ort tun. Zum anderen könnten neue digitale Möglichkeiten, zum Beispiel ansprechende Mitglieder-Apps, noch viel stärker dafür genutzt werden.

Frauen – schmerzlich vermisst

Auf die Frage, ob sie beim Einstieg etwas vermisst hätten, antworten viele der Politikerinnen, dass ihnen neben einer besseren Einführung in die parteiinternen Codes vor allem andere Frauen gefehlt hätten. Die Situation in den Orts- und Kreisverbänden wird häufig als männerlastig charakterisiert.

Eine Politikerin der Linken wundert sich im Nachhinein nahezu darüber, dabeigeblichen zu sein: *„Wie man sich das schlimmstenfalls vorstellt: Lauter ältere Männer, die endlos reden, die immer dasselbe sagen (...), und wenig Frauen, die durchhalten. Ohne das Frauennetzwerk, das ich schnell gefunden habe, hätte ich vermutlich auch nicht durchgehalten.“*

Eine weitere Politikerin der Linken stellt fest, dass die frisch eingetretenen Frauen häufig schnell wieder fort seien. Aus ihrer Sicht ist dies wenig verwunderlich, und sie findet dafür folgende Erklärung: Männer fänden ihresgleichen vor und könnten sich daher von Anfang an besser mit der Parteiarbeit identifizieren.

Indirekt wird dies von einem CSU-Politiker bestätigt. Er habe bei seinem Einstieg in die Parteiarbeit gleichfalls einen überalterten, männlich dominierten Ortsverein erlebt. Dies sei für den Befragten allerdings deutlich weniger befremdlich gewesen als für viele der interviewten Frauen, er sah das vielmehr *„als Ansporn, dass wir das jetzt verändern“*. Mit „wir“ bezog er sich auf eine Gruppe junger Männer aus der Jungen Union.

Zahlreiche Interviewpartnerinnen berichten von vergleichbaren Erfahrungen. Eine hochrangige SPD-Funktionärin meint im Rückblick: *„Die Männer haben sich schwer damit getan, dass ich jung bin, dass ich eine Frau bin.“* Sie sagt auch, der Umgang sei in den vergangenen Jahren nicht unbedingt besser geworden.

Ein Kommunalpolitiker der Grünen aus Berlin merkt noch einen anderen Punkt kritisch an: Die Partei sei im Vergleich zur Berliner Bevölkerung zu homogen, weiße Frauen und Männer mit akademischem Hintergrund bildeten die große Mehrheit. Auch eine CDU-Politikerin moniert die mangelnde Diversität in ihrer Partei: *„Wir haben ein Riesenmanko: definitiv die Frauenförderung und die Förderung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.“*

Schnell im Amt, aber nicht in Würden

Mehrheitlich teilen die Interviewpartner*innen den Eindruck, dass Frauen schnell mit Aufgaben und Ämtern betraut werden. Dies wird jedoch zwiespältig gesehen, denn nicht immer und automatisch wirke sich dies positiv auf die tatsächlichen Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen aus.

Da gibt es zum einen die „klassische“ Variante, dass Frauen ungeliebte Aufgaben wie das Protokollschreiben übertragen werden: *„Super, wir brauchen noch eine Frau, aber: Wer schreibt das Protokoll? Das ist die neue junge Frau. Das ist Standard. Die hat die schönste Schrift. Ha, ha, ha“*, kritisiert eine Kommunalpolitikerin der Linken.

Eine erfahrene SPD-Politikerin meint daher, man müsse den Frauen beim Einstieg vor allem raten, *„sich nicht mit Aufgaben zumüllen zu lassen“* und sich gut zu überlegen, wo sie sich engagieren wollen.

Unbehagen ruft bei Frauen auch hervor, wenn sie sich nicht mit ihren jeweiligen Interessen oder Kompetenzen wahrgenommen fühlen. Dies gilt im Besonderen für die Parteien mit Quotenregelungen und vor allem für die kommunale, ehrenamtliche Ebene. *„Was viele junge weibliche Neumitglieder erzählen, ist: Erste Ortsvereinssitzung. Ach, super, dass du da bist. Wir brauchen noch eine Frau für den Vorstand“*, so eine Juso-Politikerin. Aber auch in der FDP, die keine Quotenregelung vorsieht, kennen einige der interviewten Politikerinnen dieses Phänomen aus der Parteiarbeit vor Ort: *„Wir kennen dich nicht, aber egal, du musst jetzt hier kandidieren.“*

Rolle der Jugend- und der Frauenorganisationen

Für die Integrationsprozesse spielen die Jugendorganisationen der Parteien eine oftmals entscheidende Rolle. In den Interviews werden sie vielfach genannt – von Frauen, aber vor allem von den Männern. Oftmals ergeben sich aus den früh in den Jugendorganisationen geknüpften Kontakten parteiinterne Netzwerke, worauf in Kapitel 5 noch ausführlich eingegangen wird.

Die Frauenorganisationen spielen dagegen in den Berichten der interviewten Politikerinnen für den Einstieg und die Integration eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Mehrfach wird erwähnt, dass sowohl die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen der SPD als auch die Frauen-Union von CDU/CSU sich über Angebote Gedanken machen sollten, die spezifisch jüngere Frauen adressieren. *„Was ich mir wünsche, ist eine Frauen-Union für Frauen unter 35“*, meint beispielsweise eine Landespolitikerin der CSU.

Wie wichtig die persönliche Ansprache für die Gewinnung von Frauen ist, wird in den Interviews gleichfalls deutlich. Dies gilt insbesondere, wie die quantitative Befragung zeigt, für die beiden mitgliederstarken Parteien CDU/CSU und SPD.²⁰ Eine CSU-Kommunalpolitikerin fasst ihre Eindrücke für die Kommunalpolitik wie folgt zusammen: *„Man muss die Frauen vielleicht auch einfach einzeln ansprechen. Frauen wollen eher gefragt werden als Männer. Männer drängen sich direkt danach. Frauen sind eher zurückhaltend. Sie wollen zwar was verändern, was bewegen. Aber sie finden vielleicht andere, stressfreiere Wege (...)“*. In dem Zitat sind bereits zwei Problematiken angesprochen: Frauen finden nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit in die Politik, und sie wägen stärker ab, wo sie ihre Kräfte einsetzen.

Was Frauen und Männern gleichermaßen Freude macht und sie motiviert, ist der inhaltliche Kern der politischen Arbeit und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit: sich für bestimmte Themen und Anliegen einsetzen zu können, etwas zu bewirken, mit spannenden Leuten zusammenzutreffen. Auch fühlt sich die überwiegende Mehrheit der Interviewten willkommen geheißen. Die Schwierigkeiten beginnen, wenn es um die weitere Bindung und Anerkennung sowie um die parteiinternen Umgangsformen geht.

20 Die SPD ist derzeit die mitgliederstärkste Partei, sie hat 419 340 Mitglieder. Danach folgt die CDU mit 405 816 Mitgliedern. Die CSU zählt 139 130, Bündnis 90/Die Grünen 96 487, die FDP 65 479, Die Linke 60 862 und die AfD 34 751 Mitglieder. Vgl. Niedermayer 2020, S. 6.

Auf dem Prüfstand: Erwartungen an Politikerinnen



Die Erfahrungen und Einschätzungen von Politikerinnen und Politikern decken sich in vielerlei Hinsicht; dies gilt unter anderem für ihre Beweggründe und Impulse für ihr politisches Engagement und dessen motivierende und bestärkende Aspekte. Da die politisch aktiven Frauen und Männer im gleichen sozialen Handlungsraum agieren, ist dies zunächst wenig verwunderlich. Doch wie stark unterscheiden sich Wahrnehmungen und Einschätzungen, wenn es explizit um die Rollenerwartungen an Frauen und Männer geht? Die sozialen Konstruktionen von Geschlecht und damit verbundene Zuschreibungen und Anforderungen an Frauen und Männer bezüglich ihres Verhaltens, ihres Auftretens und ihres privaten Lebenswandels finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen und prägen insbesondere die Politik als die öffentliche Sphäre mit hoher symbolischer Bedeutung.²¹ Sowohl in der quantitativen Befragung als auch in den Interviews galt es daher zu ermitteln, ob Frauen in der Politik mit anderen Erwartungen und Anforderungen konfrontiert sind als Männer.

21 Die Frauen- und Geschlechterforschung hat hierzu eine Fülle von Forschungsliteratur hervorgebracht. Mit Bezug auf Frauen in Führungspositionen in der (Kommunal-)Politik sind unter anderem Kletzing 2017, Kletzing/Lukoschat 2010 und Lukoschat/Belschner 2014 zu nennen.

Erwartungen und Anforderungen

65 Prozent der befragten Politikerinnen sind davon überzeugt, dass an Frauen in der Politik andere Erwartungen gestellt werden als an Männer, dies bejahen wiederum nur 36 Prozent der Politiker.

Unter den Politikerinnen, die von anderen Erwartungen gegenüber Frauen ausgehen, sind 43 Prozent überzeugt, dass Frauen in der Politik überdurchschnittliche Leistungen erbringen müssen, um die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen. 39 Prozent meinen, dass man von Frauen mehr Kompromissbereitschaft und Bemühungen um Ausgleich erwartet. Von Frauen wird mehr als von Männern erwartet, dass sie sich auf „weiblich“ konnotierte Themen wie Integration, Familie, Soziales oder Umwelt spezialisieren – diese Erfahrung haben 37 Prozent gemacht. Darüber hinaus sind 30 Prozent überzeugt, dass die Anforderungen an ihr Erscheinungsbild anders bzw. höher sind als bei den männlichen Kollegen.

Männer in der Politik teilen diese Einschätzung ihrer Parteikolleginnen nicht gleichermaßen: Nur 36 Prozent der befragten Politiker haben den Eindruck, dass Männer und Frauen in der Politik mit unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert sind. Die überwältigende Mehrheit der Politiker ist nicht der Ansicht, dass von Frauen mehr erwartet wird als von Männern oder dass Frauen auf bestimmte Themen festgelegt sind. Auch dass ein attraktives Äußeres für Frauen in der Politik wichtiger sein könnte als für Männer, glauben lediglich knapp 10 Prozent der befragten Politiker.

Abb. 12: Andere Erwartungen an Politikerinnen

Haben Sie den Eindruck, dass an Politikerinnen andere Erwartungen gestellt werden als an Politiker, oder haben Sie nicht diesen Eindruck? Welche Erwartungen sind das in besonderem Maße?

	Politikerinnen	Politiker
An Politikerinnen werden andere Erwartungen gestellt	65 %	36 %
und zwar:		
Dass sie überdurchschnittlich viel leisten	43 %	20 %
Dass sie nicht die Konfrontation suchen, sondern sich um Ausgleich bemühen	39 %	14 %
Dass sie sich auf bestimmte Themen spezialisieren, wie Integration, Familie, Soziales, Umwelt	37 %	14 %
Attraktive Erscheinung	30 %	10 %
Nichts davon	2 %	4 %
Habe nicht diesen Eindruck	35 %	64 %

Unter den Politikerinnen sind es wiederum überdurchschnittlich viele Politikerinnen der jüngeren und mittleren Generation, die bejahen, mit anderen Anforderungen konfrontiert zu sein. Dies wird bestätigt von denjenigen, die auf der Landes- oder Bundesebene aktiv sind. Während politisch aktive Frauen in den Kommunen zu 58 Prozent die Bilanz ziehen, dass sie mit anderen Erwartungen konfrontiert sind als männliche Kollegen, haben 79 Prozent der Politikerinnen auf Bundesebene diesen Eindruck.

Auf dem Prüfstand

Die Aussagen der Interviewpartnerinnen und -partner beschreiben anschaulich und eindrücklich, wie sich unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Erwartungen und Anforderungen im politischen Alltag auf Frauen auswirken. Politikerinnen müssen spezifische Bewältigungsstrategien entwickeln, um die oftmals als „Gratwanderung“ beschriebene Situation zu meistern. Männer können sich unbefangener und mit größerer Selbstverständlichkeit in der Politik bewegen, während Frauen sich sehr viel stärker mit Fragen ihres Auftretens und Aussehens und dem angemessenen Verhalten auseinandersetzen und sich zum Teil widersprechende Erwartungen ausbalancieren müssen.

Eine Kommunalpolitikerin der CSU verwendet das Bild einer Bergbesteigung, um ihre Erfahrungen zu illustrieren: „Ich glaube, gerade am Anfang werden höhere Erwar-

tungen an Frauen gestellt, weil sie viel kritischer beäugt werden. (...) Wir Frauen müssen immer erst diesen steilen Berg erklimmen und uns ganz arg anstrengen. Wenn wir erst einmal die Spitze erreicht haben, dann läuft es manchmal sogar besser als bei den Männern, weil wir uns die Anerkennung erarbeitet haben. Aber bis wir so weit sind, müssen wir mehr leisten.“

Eine FDP-Politikerin weist auf einen weiteren Punkt hin: Männer würden mit einem „Vertrauensvorschuss“ ausgestattet, qua Geschlecht würde man ihnen von vornherein das Potenzial und die Kompetenz zutrauen, während Frauen stärker auf dem Prüfstand stünden.

Dieselbe Politikerin reflektiert, dass die Frauen durch die unterschiedlichen Anforderungen eine Gratwanderung zu vollbringen hätten: „Sie sollen nett sein und auch kompetent. Sie müssen sich dabei mit harten Ellenbogen durchsetzen, dürfen aber bloß nicht als hart oder intrigant wahrgenommen werden. Es ist für Frauen eine schwierige Sache, den Anforderungen gerecht zu werden, weil wir doch mehr auffallen – mit allem Positiven wie allem Negativen.“

An das Auftreten von Frauen und Männern in der Politik werden unterschiedliche Maßstäbe angelegt. Mehrheitlich betonen die Politikerinnen, dass von den Frauen in der Politik eine größere Zurückhaltung und eher moderates Auftreten erwartet würden: „Ein Mann, der vielleicht einmal Emotionen zeigt, bekommt Bewunderung, weil er Emotionen zeigt. Eine Frau, die Emotionen zeigt, ist halt eine weiche Frau. Es wird mit zweierlei Maß gemessen“, beobachtet eine Politikerin der CDU.

Abb. 13: Andere Erwartungen an Politikerinnen (nach Ebene und Alter)

Haben Sie den Eindruck, dass an Politikerinnen andere Erwartungen gestellt werden als an Politiker, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?

An Politikerinnen werden andere Erwartungen gestellt

65 % Politikerinnen insgesamt

Altersgruppen

75 % Politikerinnen unter 45 Jahren

61 % Politikerinnen zwischen 45 und 54 Jahren

61 % Politikerinnen über 55 Jahre

Politische Ebene

79 % Bund

73 % Land

58 % Kommune

Diese Erfahrung bestätigt auch eine Politikerin der FDP: „Wenn ich eine Wutrede halte am Mikrofon, sagen die Leute nicht: Mensch, ist die meinungsstark und energisch. Die denken: Was ist denn das für eine Zicke, für eine Hysterikerin? Mir wurde auch geraten, mit sanfter Stimme zu sprechen.“

Interviewpartnerinnen und -partner der SPD verweisen mehrfach auf das Beispiel von Andrea Nahles: „Die Komponente Frau hat immer mit hineingespielt, weil sie sich nicht so verhalten hat, wie sich viele in der SPD, in der Öffentlichkeit, in den Medien, wo auch immer, Frauen in der Politik wünschen; ein bisschen zurückhaltend, die vermittelnde Rolle. Das hat sie einfach nicht erfüllt“, so eine erfahrene SPD-Politikerin.

Festgelegt auf „weiche“ Themen?

Ein weiterer Komplex der unterschiedlichen Erwartungshaltungen betrifft die politischen Themenfelder. Die Interviews geben hierzu interessante Hinweise. Zum einen wird mehrfach betont, dass sich das Themenspektrum von Politikerinnen, das in früheren Zeiten stark auf die sogenannten weichen Ressorts wie Familie, Soziales, Jugend, Kultur oder Umwelt fokussiert war, in den letzten Jahren deutlich erweitert hat. Zudem kann sich auch die Einschätzung, ob ein Ressort als wichtig bzw. „hart“ oder als weniger wichtig bzw. „weich“ gilt, verändern. So ist Umwelt bei den Grünen ebenso wie beispielsweise Soziales bei der Linken kein „weiches“ Ressort, sondern inhaltlicher Kern des jeweiligen Parteiprogramms.

In der FDP wird berichtet, dass es Erwartungen hinsichtlich der „weichen“ Ressorts gebe, vor allem, dass Frauen sich für die Familienpolitik interessieren sollten. Doch auch hier werden Beispiele genannt, dass Frauen erfolgreich wirtschaftliche und technologische Themen besetzt hätten.

Politikerinnen der CDU/CSU berichten gleichfalls häufig, dass von Frauen im Allgemeinen erwartet werde, sich in den sozialen Themen zu engagieren. Dies scheint vor allem für den kommunalen Bereich zu gelten. Auch die SPD-Politikerinnen und -Politiker geben an, dass Ausschüsse wie Haushalt, Verkehr oder Stadtentwicklung häufig von Männern besetzt seien.

Parteiübergreifend wird von Interviewten häufig betont, dass Frauen von sich aus in die „weichen“ Ressorts streben. Diese Wahl entspreche ihrer intrinsischen Motivation sowie oft der beruflichen Ausbildung oder dem gesellschaftlichen Umfeld, aus dem Frauen kämen, und spiegele damit auch das unterschiedliche Berufs- und Studienwahlverhalten von Männern und Frauen wider.

Übereinstimmend wird betont, dass Frauen sich ein breiteres Spektrum aneignen sollten, um ihr Standing in der Politik und ihre Karriereaussichten zu verbessern. „Ich würde schon sagen, dass diese Felder oft von den Frauen gewählt werden. Das ist das, was ich auch immer gebetsmühlenartig gesagt habe. Geht halt nicht immer nur zu

Soziales, Frauenpolitik oder irgendetwas in der Richtung, sondern geht in den Haushaltsausschuss“, so eine erfolgreiche CSU-Politikerin.

Was aber tun, wenn Frauen hier auf Hindernisse stoßen? Mehrfach wird auf mehr Zutrauen und Hartnäckigkeit sowie ein strategisch kluges Vorgehen verwiesen. Eine FDP-Bundespolitikerin gibt den Rat: „Man muss auch gucken: Wie lange sind die anderen schon dabei? Besteht die Möglichkeit, dass ich nicht alle Ausschüsse bekomme, aber einfach einen, den ich unbedingt haben möchte? Muss ich mich am Anfang, in der ersten Periode, mit dem zufriedengeben und beim nächsten Mal nach mehr streben?“

Die äußere Erscheinung

Mit Ausnahme eines männlichen Politikers wird in den Interviews durchgängig bejaht, dass die äußere Erscheinung und Attraktivität von Frauen eine deutlich größere Rolle spielt und die Bewertung von Politikerinnen beeinflusst: „Ja, Klamotten rauf und runter. Wie ist die Frisur? Hat sie zugenommen? Hat sie abgenommen? Wie guckt ihr Mann? Ätzend“, so eine CSU-Landespolitikerin der mittleren Generation.

Auch in der medialen Berichterstattung wird das Aussehen der Politikerinnen weiterhin stärker thematisiert als das der Männer.²² Eine Politikerin, die bei der Geburt dem männlichen Geschlecht zugewiesen wurde und nun offen in ihrem Geschlecht als Frau lebt, kann dies aus eigener Erfahrung bestätigen. Seit sie als Frau lebt, wird sehr viel häufiger ihre Kleidung, ihr Schmuck, ihre Frisur mit blumigen Worten erwähnt. Als sie noch als Mann wahrgenommen wurde, sei ihr das nicht passiert.

Vor allem jüngere Frauen machen die von ihnen als unangenehm beschriebene Erfahrung, dass ihr Äußeres beobachtet und kommentiert wird. Stellvertretend für zahlreiche Äußerungen sei hier eine jüngere Kommunalpolitikerin der SPD zitiert: „Wie gehe ich nach vorne? Welche Bluse ziehe ich an? Nicht, dass meine Brüste größer ausschauen. Nicht sexy aussehen. All diese Sachen. Und das nimmt mir auch Zeit. Es nimmt super viel Zeit in Anspruch.“

„Den Aufwand, den man als Frau betreiben muss – in Anführungszeichen –, um den Erwartungen gerecht zu werden oder sich Diskussionen zu ersparen, die sich nicht aufs Politische beziehen, ist ein ungleich größerer als bei Männern“, so ein jüngerer SPD-Politiker. Zwar nähmen auch bei Männern die Kommentare zum Äußeren zu, aber vor allem bei Frauen sei eine „Banalisation der politischen Person“ zu beobachten.

22 Vgl. Lünenborg 2009.

Private Verhältnisse und Familie

Immer wieder machen Politikerinnen die Erfahrung, dass bei ihnen die privaten Verhältnisse deutlich häufiger innerhalb der Partei wie auch in den Medien und der Öffentlichkeit angesprochen werden, vor allem ihre Rollen als Ehefrauen und/oder Mütter.

Eine Kommunalpolitikerin der CDU berichtet aus einer Wahlversammlung für den Stadtrat: *„Wir hatten neulich den Fall: Da wurde bei der Frau gesagt: Die ist doch erst 31. Vielleicht will die noch Kinder. Der männliche Kandidat war 39 Jahre alt. Ich hätte nicht gedacht, dass wir noch so konservative Einstellungen haben.“*

Dahinter steckt der oft auch offen formulierte Zweifel, ob Frauen mit kleinen Kindern es überhaupt schaffen könnten, ein Amt oder Mandat auszuüben. Für diese Haltung bieten die Interviews eine Fülle von Beispielen, etwa folgendes Zitat einer jungen SPD-Politikerin: *„Es wird halt kommentiert: Kannst du das wirklich? Der Mann ist Bezirksbürgermeister, ihr habt ein Kind. Dann kann die Frau halt nicht für den Kreisvorsitz kandidieren. Warum kandidiert sie ein drittes Mal für das Parlament? Wann will sie das denn alles machen? Solche Kommentare gibt es bei Männern nicht.“* Eine Politikerin der Grünen meint, dass sich bei Männern die Familie sogar vorteilhaft auswirken könne: *„Die Frage an Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern: Schafft die das? Die Frage wird Männern nicht gestellt, im Gegenteil, der Familienvater hat einen Vorteil.“*

Zutrauen und Skrupel

All diese Aussagen beruhen auf subjektivem Erleben. Doch unabhängig davon, ob Frauen „tatsächlich“ mehr leisten oder sich anders verhalten müssen, besteht das Problem darin, so unsere These, dass die unterschiedlichen Erwartungshaltungen an Frauen und Männer das Selbstvertrauen und die Selbstbehauptung von Frauen beeinflussen.²³ Dies kann subtil und untergründig geschehen und muss den Betroffenen selbst auch nicht immer bewusst sein.

Auf die Frage, ob es Unterschiede in den Karriereverläufen gibt, antworten die Interviewten sehr häufig, dass die Frauen mehr Zweifel hätten, ob sie den Anforderungen der Politik gerecht würden. Frauen würden sich im Allgemeinen mehr hinterfragen und sich mehr Gedanken machen, ob sie ihren eigenen Ansprüchen gerecht würden.

Über die Männer wiederum wird berichtet, dass diese sich mehr „reindrängen“, sich aktiv um Positionen bewerben und sich mit großem Selbstbewusstsein die verschiedensten Aufgaben zutrauen.

„Ich habe bisher kaum eine Frau erlebt, die einfach mal so kandidiert. Hier bin ich. Ich kann es viel besser als derjenige da (...). Dafür aber unglaublich viele Männer. Ich dachte: Woher nimmst du das Selbstbewusstsein?“, fragt sich eine Landespolitikerin der FDP.

Vergleichbares beobachtet eine SPD-Kommunalpolitikerin: *„Ich sehe einen krassen Unterschied, auch in meiner eigenen Fraktion (...) die Männer gehen nach vorne und ich weiß nicht, ob sie zwei Mal nachgedacht haben, was sie eigentlich sagen wollen. Gleichzeitig sind das diejenigen, die sagen, ich traue mir alles zu: Bürgermeister, Abgeordneter im Deutschen Bundestag. (...) Ich nehme eher wahr, dass Männer sich die aktive Rolle nehmen und sagen: Ich will das, es ist so. Ich suche mir Verbündete, die mich unterstützen. Frauen sind eher so, dass sie sagen: Kann ich das jetzt schon? Kann ich das vereinbaren mit meinem Arbeitspensum? Mit meinem Ehrenamt?“*

Mehrfach wird erwähnt, dass Frauen mehr Optionen hätten und ihnen in der Abwägung Familie oder Ehrenamt oft wichtiger seien als das parteipolitische Fortkommen.

„Ja, Frauen trauen sich das oft nicht zu. Das liegt an den Frauen selbst. Und, was ich feststelle, und da muss ich mich selbst einschließen, ist: Wenn es zum Kampf um eine Position kommt, dann ziehen sich Frauen schneller zurück“, so eine Politikerin der CSU. Ihre Erklärung dafür ist, dass Frauen sich flexibler auf neue Situationen einstellen könnten und Männer es wohl mehr „für ihr Ego“ benötigen, Positionen zu erreichen.

Nun ist eine derartige Äußerung ihrerseits nicht frei von stereotypen Vorstellungen über die Rollen der Geschlechter. Männer wie Frauen können derartige Einstellungen über das eigene Geschlecht wie über das andere Geschlecht internalisieren.²⁴ Dies zeigt jedoch einmal mehr, wie stark nach wie vor die tradierten gesellschaftlichen Rollenbilder das Handlungsfeld der Politik durchdringen und die Wahrnehmungen wie auch die Verhaltensweisen von Frauen und von Männern beeinflussen.

Männer sind nicht nur zahlenmäßig das dominante Geschlecht in den Parteien, sie prägen auch weiterhin deren Normen, Verhaltensweisen und Regeln, und sie profitieren davon, dass es so ist. Weil sie das Spielfeld definieren, verschafft dies ihnen in direkter oder indirekter Weise Vorteile im Wettbewerb. Sicherlich, die Frauen können mitspielen, sie sind bisweilen sogar Kapitänin. Doch das, was als Erfolg oder Misserfolg bewertet wird, unterliegt noch viel zu häufig einem doppelten Standard.

Dadurch werden neue Sichtweisen und Handlungsoptionen ausgeblendet oder eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, in den Parteien selbst Räume zu eröffnen, in denen darüber reflektiert werden kann. Denn der erste Schritt, die eingefahrenen Einstellungs- und Verhaltensmuster nicht immer wieder zu reproduzieren, ist, sich ihrer Existenz und Wirkungsweise überhaupt bewusst zu werden.

²³ In jüngster Zeit hat unter anderem die Verhaltensökonomin Iris Bohnet (2017) auf Grundlage zahlreicher Studien gezeigt, wie sich Rollenerwartungen im Zusammenspiel mit einem an Männern ausgerichteten organisatorischen Setting nachteilig auf das Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein von Frauen auswirken, unter anderem in Einstellungsgesprächen oder Gehaltsverhandlungen.

²⁴ In ihrem Aufsatz zu den subtilen Erscheinungsformen des Sexismus beschreibt die Sozialpsychologin Julia Becker, wie Frauen gegenüber Männern ihrerseits tendenziell sexistische Einschätzungen entwickeln können, sowohl im positiven, „benevolenten“ Sinn, zum Beispiel indem Männer als das starke Geschlecht anerkannt werden, als auch im negativen oder „hostilen“ Sinn. Vgl. Becker 2014, S. 32 f.

Einfluss gewinnen: Die Rolle von Netzwerken



Stärker als in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind Politikerinnen und Politiker auf die Förderung und Unterstützung durch andere angewiesen. Wer nominiert und gewählt werden oder in der Politik aufsteigen will, benötigt verlässliche Verbündete, Unterstützerguppen und belastbare Netzwerke innerhalb wie außerhalb der Partei.

Politikerinnen bewegen sich in einem strukturell wie kulturell männlich geprägten Umfeld, in dem Männer weiterhin die – je nach Partei deutliche – Mehrheit bilden, sodass sie auf deren Förderung und Unterstützung angewiesen sind. Zugleich ist bei Politikerinnen das Bewusstsein für die Bedeutung von Netzwerken und deren Nutzung gestiegen.²⁵ Dies bestätigt auch die vorliegende Studie: In der quantitativen Befragung geben prozentual genauso viele Frauen wie Männer an, sich in der Politik ein Netzwerk aufgebaut zu haben (jeweils 39 Prozent).

Vor diesem Hintergrund ist es besonders aufschlussreich, wie Frauen und Männer die Situation jeweils erleben, wie sie mit dem Netzwerkthema umgehen und welche Strategien der Förderung und Unterstützung sie praktizieren. In den Interviews nahm diese Fragestellung einen entsprechend großen Raum ein.

Dieses Kapitel beleuchtet einige zentrale Aspekte: die Erfahrungen mit Förderung sowie formellem und informellem Mentoring, die Kultur und Funktionsweisen männlicher Netzwerke, die ambivalenten Erfahrungen mit Netzwerken unter Frauen sowie die Rolle der Frauenorganisationen in diesem Kontext.

Formelles und informelles Mentoring

In der quantitativen Befragung geben immerhin 31 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer an, einen Mentor oder eine Mentorin gehabt zu haben. Die Interviews machen allerdings auch Unterschiede sichtbar. Die Frauen profitieren tendenziell von formellen Mentoringprogrammen, die mittlerweile vielfach von den Parteien zur Nachwuchsförderung organisiert werden. Nahezu alle der von uns interviewten Politikerinnen der jüngeren und mittleren Generation haben an Programmen teilgenommen. Auch Politiker profitieren von Mentoring, jedoch handelt es sich hier zumeist um persönliche, informelle Förderbeziehungen und weniger um organisierte Programme. Mehrere der interviewten Männer erklären, zu Beginn ihrer politischen Karriere von Frauen „an die Hand genommen“ worden zu sein. Doch herrscht bei den befragten Politikern Einigkeit darin, dass Männer weiterhin stärker von Männern gefördert werden. Bei der Einschätzung der Netzwerkkultur unter Männern werden wir darauf nochmals zurückkommen.

²⁵ Studien aus den 1990er-Jahren weisen beispielsweise nach, dass Politikerinnen deutlich weniger in Netzwerken aktiv waren (vgl. Foster/Lukoschat/Schaeffer-Hegel 1998). In der Studie zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zeigte sich, dass die Kommunalpolitikerinnen im Netzwerken genauso aktiv waren wie die Kommunalpolitiker (vgl. Lukoschat/Belschner 2014).

Wie steht es also um die Förderung von Frauen durch Männer? Solange Frauen in den Parteien deutlich in der Minderheit sind, sind sie auf Unterstützung und Förderung durch Männer offensichtlich angewiesen.

Instrumentalisierung und Tokenismus

Tatsächlich wurden einige der Interviewpartnerinnen von einflussreichen Männern ihrer Partei unterstützt und sehen dies als ein entscheidendes Momentum in ihrer Karriere an.

Doch die Förderung durch „mächtige Männer“ hat für Frauen auch Schattenseiten. Diese äußern sich in Gerüchten und Mutmaßungen über die der Förderung zugrunde liegenden Motive. In den Interviews klingt immer wieder durch – und dies etwas häufiger bei Politikerinnen der CDU/CSU und der FDP –, dass Frauen von Männern vor allem dann gefördert würden, wenn es zu deren jeweiligen Absichten passe. Hierzu zwei beispielhafte Zitate:

„Männer fördern Frauen aus Kalkül. Sie tun es nicht, weil sie von Frauenförderung wirklich überzeugt wären“, so eine CDU-Politikerin. Sie geht mit ihrer Partei in diesem Punkt hart ins Gericht. Ihrer Ansicht nach seien eigenständige, starke Frauen nicht wirklich erwünscht.

Eine FDP-Politikerin resümiert: *„Diejenigen, die an der Macht sind, entscheiden, wem sie Macht geben. Da gibt es zwei Faktoren: Loyalität und Ähnlichkeit. Ein Mann wird einem Mann immer ähnlicher sein. Die einzigen Frauen, die nach vorne kommen, sind diejenigen, die den Männern gegenüber loyal sind, die schon an der Macht sind.“*

Eine CDU-Bundestagsabgeordnete stellt angesichts der Machtverhältnisse in ihrer Partei nüchtern fest: *„Man sollte sich mit Männern gut stellen, wenn man etwas werden will.“*

Zu den schwierigen Konstellationen, worüber vor allem einige der jüngeren Interviewpartnerinnen berichten, gehört der Eindruck instrumentalisiert zu werden, um der Partei ein fortschrittliches oder attraktives Image zu geben. Eine Kommunalpolitikerin der FDP berichtet, dass sie den Eindruck hatte, *„in eine Schublade gepackt zu werden“, und resümiert lapidar: „Frauenförderung in der FDP? Ja, wenn sie jung und hübsch sind, schon.“*

Doch solche Konstellationen finden sich auch in den anderen Parteien. So berichtet eine Kommunalpolitikerin der Linken: *„Es ging häufig darum, einfach eine Frau zu haben, die mit auf dem Flyer steht, weil das halt besser ankommt. Da war oft gar nicht die Motivation: Ja, wir brauchen Frauen, weil es uns wichtig ist, wir wollen diese Perspektive in unserer Partei haben, sondern es geht darum, dass die Leute die Partei eher wählen, wenn dort eine Frau steht.“*

Die Interviewpartnerinnen sind der Ansicht, dass es häufig nicht um die persönliche Kompetenz oder Leistung

einer Frau geht, sondern darum, welche Rolle sie im jeweiligen Machtgefüge einnimmt und „was sie der Partei bringen kann“, so eine erfahrene Politikerin der SPD. „Das Parteiensystem ist ein hartes System. Man merkt schnell, dass man eine Schachfigur auf einem Brett ist.“ Allerdings wird mehrfach angemerkt, dass weniger erfahrene Politikerinnen die Mechanismen oft nicht durchschauen würden; vor allem in der Konstellation jüngere gegen ältere Frauen ließen sich Frauen gegeneinander ausspielen.

Nun teilen sicherlich auch viele Politiker vergleichbare Erfahrungen – zum Beispiel, wenn es um den regionalen Proporz geht, der in den Parteien eine große Rolle spielt, oder um die Frage der Berufs- oder Interessengruppe, die sie repräsentieren. Aber Männer machen eben nicht die Erfahrung, allein aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität als Aushängeschild zu dienen.

Die Praxis, Mitglieder einer marginalisierten Gruppe in einer Alibifunktion zu fördern und damit lediglich symbolische Anstrengungen in Richtung Chancengleichheit zu unternehmen, wird in der organisationssoziologischen Theorie als Tokenism bezeichnet.²⁶ Insbesondere Politikerinnen mit Migrationsbiografie berichten von Tokenism-Erfahrungen.

Eine junge Kommunalpolitikerin der SPD meint in der nachträglichen Reflexion, dass sie den guten Listenplatz vor allem deshalb bekommen habe, weil sie erstens jung sei und zweitens eine Migrationsbiografie habe. „Ich würde sagen: Bei allen Menschen mit Migrationshintergrund haben sie einen Tokenism und bei Frauen mit Migrationshintergrund haben sie einen doppelten Tokenism“, so eine CDU-Politikerin, die dies aus eigener Erfahrung beschreiben kann.

Problematisch an diesem Vorgehen ist nicht zuletzt die strategische Überlegung dahinter: Wenn man eine Frau mit Migrationsbiografie aufstellt, „muss“ man nicht zwei Personen aus bislang marginalisierten Gruppen in der Besetzung berücksichtigen und die dominierende Gruppe der Männer ohne Migrationsbiografie muss weniger Macht abgeben.²⁷

Männliche Netzwerkkultur

Zur Rolle von Netzwerken bieten die Interviews eine Fülle aufschlussreicher Informationen. Dies betrifft die Qualität von Netzwerken und wie diese von Frauen und Männern jeweils eingeschätzt werden, die Funktionsweisen männlich dominierter Netzwerke sowie die Frage, welche Probleme rein weibliche Netzwerke haben. Interessant sind auch die Unterschiede zwischen den Parteien in puncto Frauennetzwerke. Wie in kaum einer anderen Fragestellung unterscheiden sich hier die Erfahrungen und Einschätzungen der Interviewpartnerinnen und -partner. Es sind vor allem Bündnis 90/Die Grünen, die offenbar über eine ausgeprägte Kultur des Netzwerkens auch unter Frauen verfügen.

Dass es in den Parteien männlich dominierte Netzwerke gibt, wird von den interviewten Frauen mehrheitlich bejaht. Um Personen in wichtigen Positionen würden sich Netzwerke gleichsam automatisch bilden, dagegen lasse sich zunächst wenig ausrichten. Eine Politikerin der CDU konstatiert: „Männer sind nach wie vor in den entscheidenden Positionen. Sie können Netzwerke bilden und fördern dann die, die ihnen ähnlich sind.“

Die Netzwerkbildung unter Männern bewerten Männer selbst, aber auch Frauen nicht als Zusammenschluss im Sinne eines Männerbundes, der sich bewusst gegen Frauen richtet. Ein interviewter SPD-Politiker will dezidiert von einem „männerbündischen Chauvinismus“ in seiner Partei nichts wissen. Diesen vermutet er eher bei den konservativen Parteien. Er illustriert in seinen Aussagen jedoch, wie die Netzwerkbildung tatsächlich geschieht: Es sei Zeit, die man, oft schon zu Juso-Zeiten, miteinander verbracht habe und die Vertrauen ermögliche: „(...) man kennt sich schon lange, man hatte Spaß miteinander und hat miteinander gefeiert.“

Auch Frauen in der SPD beobachten dies: „Es gibt keine Männernetzwerke, die sich offensichtlich treffen“, so eine Kommunalpolitikerin. Es passiere vielmehr en passant: „Man redet mit seinem Kumpel, mit dem man ein Bier getrunken hat.“ Die interviewten Frauen erleben die Auswirkungen dieses informellen Netzwerkens häufig in Form intransparenter Vorabsprachen bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten.

Auch eine Landespolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen berichtet von männlich dominierten Netzwerken. Für die Besetzung von Doppelspitzen gelte häufig der Ansatz: „Ich kandidiere als Mann und suche mir die Frau an meiner Seite.“

Vor allem in ländlichen Regionen sowie in Wahlkreisen mit aussichtsreichen Direktmandaten stellen männlich dominierte Netzwerke aus Sicht eines jüngeren SPD-Politikers ein Problem dar. Hierin bestehe der entscheidende „Flaschenhals“ für die Politikerinnen seiner Partei. Tatsächlich gehen bei CDU/CSU rund 80 Prozent der Direktmandate bei Bundestagswahlen an Männer, bei der SPD rund 70 Prozent.²⁸

Sehr einhellig beschrieben wird der hohe Zeitaufwand für informelles Männer-Netzwerken sowie die sprichwörtliche Kneipen- und Hinterzimmerkultur als Hindernis, das Frauen indirekt und bisweilen auch direkt ausschließt. Eine

26 Die US-amerikanische Soziologin Rosabeth Moss Kanter entwickelte bereits Ende der 1970er-Jahre das Konzept des Tokenism auf Grundlage ihrer Untersuchung zur Machtverteilung zwischen Frauen und Männern in Unternehmen. Als Token (Spielstein) werden darin die Vertreter*innen von marginalisierten Gruppen bezeichnet, mit deren Hilfe eine Organisation ihr Bemühen um Fairness und Chancengleichheit demonstrieren kann. Tokens erfüllen daher vor allem eine Alibifunktion. Vgl. Kanter 1977.

27 Haag/Kollmorgen (2020, S. 39) beschreiben dies als eine „Strategie der Verlustminderung“ für die dominante Gruppe.

28 Siehe S. 10

SPD-Kommunalpolitikerin hat beobachtet, dass Themen spätabends beim Bier besprochen würden, „weil nicht alle in diesem inneren Kreis sein sollen“. Mehrfach und parteiübergreifend wird von den Interviewpartnerinnen beschrieben, dass Kneipenabende bis spät in die Nacht hinein keine reine Freude bereiten. Das „endlose Diskutieren und Strategischmieden“ scheint ihnen tendenziell deutlich weniger Befriedigung zu bieten als den Männern, so eine bei den Jusos aktive Kommunalpolitikerin.

Konkurrenz und Loyalität

Die (informellen) Netzwerke unter Männern tragen dazu bei, die notwendigerweise vorhandene innerparteiliche Konkurrenz für sie besser beherrschbar zu machen.

„Es gibt superharte politische Gegnerschaft auch zwischen Männern. Aber es gibt ganz oft Agreements, wo man sich leben lässt und versucht, sich in gewisser Weise gegenseitig hochzuziehen. Das gibt es auch bei Frauen, aber auf jeden Fall nicht so. Ich glaube schon, dass Frauen oft sich nicht gegenseitig stützen“, so ein Bundestagsabgeordneter der SPD über seine Erfahrungen.

Eine FDP-Politikerin kommt gleichfalls auf die Thematik von Ähnlichkeit als Auswahl- und Förderprinzip zu sprechen: „Innerhalb der Netzwerke von Männern wird Konkurrenz eher sportlich gesehen. Aber wenn jemand einem ähnlicher ist, macht man sich auch weniger Sorgen um die Loyalität. Ich glaube, das ist nicht ganz zu trennen.“

Eine SPD-Politikerin resümiert, dass die Gruppenbildung unter den Männern tatsächlich einfacher sei, wenn Frauen nicht dabei seien. Es laufe über gemeinsame „kulturelle Codes“: „Das funktioniert halt komplizierter zwischen Männern und Frauen.“ Man könne dies zwar aufbrechen, aber es sei mühsam und nervenaufreibend.

Mitmachen oder machtlos bleiben?

Die Berichte aus den Interviews geben Einblicke in eine politische Kultur, die sicherlich nicht flächendeckend, aber immer noch zu häufig von traditioneller „Männerkumpanei“ geprägt ist. Sie stellt Frauen wie auch Männer, die andere Umgangsformen bevorzugen, vor die Wahl, sich anzupassen oder eben doch nicht ganz dazuzugehören.

Im Umgang mit dieser Situation zeichnen sich bei den interviewten Frauen prinzipiell drei Strategien ab. Diese überlappen sich im Alltag einer Politikerin und sind auch nicht als alternativ anzusehen, aber sie unterscheiden sich in Bezug auf die Herangehensweise.

Eine Strategie besteht darin, sich trotz der oben beschriebenen Schwierigkeiten möglichst in die bestehenden, in der Regel männlich dominierten Netzwerke einzufädeln und sich auf diesem Wege Unterstützung zu sichern. Damit verbundene Anpassungsleistungen – etwa die immer wieder genannten ausgedehnten Kneipenabende – werden pragmatisch in Kauf genommen und als „Teil des Jobs“ angesehen. Eine CDU-Politikerin konstatiert, dass die Integration in die CDU sich über das gemeinsame Biertrinken vollziehe – was allerdings für die schwierig sei, die keinen Alkohol trinken. Eine andere Politikerin beschreibt, dass sie an einem Abend bewusst in ein Nachtlokal mit Striptease mitgegangen sei, weil sie sich nicht ausschließen wollte und sie die Unterstützung der Männer benötigt habe. Aus Sicht dieser pragmatischen Frauen, die es in den konservativen, aber auch in den anderen Parteien gibt, macht es keinen Sinn, sich als Frau dieser wichtigen Netzwerkmöglichkeiten zu berauben; es herrscht tendenziell wenig Verständnis für Frauen, die dabei nicht mitmachen wollen.

Die zweite Strategie, die von den interviewten Politikerinnen mehrfach erwähnt wird, liegt darin, sich von Anfang an eigene Netzwerke aufzubauen, die je nach Thema und Anliegen unterschiedliche Personen, Männer wie Frauen, umfassen können. In eine ähnliche Richtung geht in der quantitativen Befragung die Zustimmung zur Aussage, dass sich die Netzwerke der Männer mehr öffnen müssten. Unter der Prämisse einer besseren Machtbalance zwischen den Geschlechtern und einer veränderten Kultur sind geschlechterübergreifende bzw. divers zusammengesetzte Netzwerke sicherlich ein Versprechen der Zukunft. Doch um Veränderungen überhaupt durchsetzen zu können, kommen Frauen nicht umhin, eigene Netzwerke als innerparteiliche Machtbasis aufzubauen.

Doch auch diese dritte Strategie, Netzwerke unter Frauen aufzubauen und zu fördern, ist mit besonderen Anstrengungen verbunden.

Brüchiger Zusammenhalt unter Frauen

Laut vieler Interviewpartnerinnen gibt es zwar – ob ausgesprochen oder unausgesprochen – die Erwartung, dass Frauen sich gegenseitig unterstützen sollten, tatsächlich ist das aber oft schwieriger als gedacht oder gewünscht. Zum Beispiel berichtet eine Kommunalpolitikerin der CSU von „*Neid und Mobbing*“ unter Frauen, die ihr mehr zu schaffen gemacht hätten als die Auseinandersetzungen mit Männern.

Eine FDP-Politikerin merkt kritisch an, dass die Frauen besser zusammenstehen müssten, wenn sie den Netzwerken der Männer etwas entgegensetzen wollten. Sie müssten sich nicht wie bisher in Form von „*aufgereihten Perlenketten, sondern in Form von Seilschaften organisieren*“.

Als eine besonders missliche Erfahrung wird beschrieben, wenn Frauen gegeneinander ausgespielt würden. Eine junge Politikerin der FDP bedauert im Nachhinein, dass sie sich im Kommunalwahlkampf aufgrund ihrer Unerfahrenheit gegen eine ältere, gestandene Politikerin habe in Stellung bringen lassen.

Eine Bundestagsabgeordnete der Grünen hat derartige Erfahrungen in einem „*langjährigen Lernprozess*“ bearbeitet. Ihre Schlussfolgerung lautet, dass Frauen mit ihren Netzwerken viel aktiver und bewusster umgehen müssten, weil „*die Durchbrechung der Solidarität unter Frauen für Männer extrem leicht ist*“.

Diese Interviewaussagen verdeutlichen schlaglichtartig, dass unter Frauen bis heute keine eingespielte Praxis besteht, das komplexe Verhältnis von Loyalität und Konkurrenz auszubalancieren. Damit ist auch die Praxis, dass Frauen andere Frauen „*nachziehen*“, weniger ausgeprägt. Männer können sich in der Regel darauf verlassen oder haben es vielfach bei anderen beobachtet, dass sie, wenn sie zugunsten eines Konkurrenten zurückstecken, ihrerseits vom Erfolg oder Aufstieg des anderen profitieren werden.

Dies hat aber nicht mit männlichen oder weiblichen Dispositionen oder gar Eigenschaften zu tun, sondern beruht erstens darauf, dass Männer weiterhin verlässlich in Entscheidungs- und Machtpositionen kommen, in denen sie etwas geben können – Einfluss, Posten, Informationen.²⁹ Zweitens sind diese Mechanismen von Förderung und Loyalität über Jahrzehnte kulturell eingeübt. Bei den Frauen ist dagegen nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit davon auszugehen, dass sie tatsächlich in machtvollen Positionen aufsteigen und dann ihrerseits andere Frauen nachziehen.

Funktionierende Frauennetzwerke

Doch zugleich berichten die Interviewten von Vorkommnissen, die zeigen, dass die Geschlechterverhältnisse im Umbruch begriffen sind: So werden mehrfach Beispiele genannt, in den Frauen erfolgreich von anderen Frauen gefördert wurden. Eine Kommunalpolitikerin der CSU wurde beispielsweise durch eine einflussreiche Bundestagspolitikerin ihrer Partei gefördert. Parteiübergreifend berichten Politikerinnen auch von generationenübergreifender Unterstützung.

Aufschlussreich ist, wie bei SPD, Linke und Bündnis 90/ Die Grünen – die sowohl mehr weibliche Mitglieder haben als die konservativen Parteien als auch interne Quotenregelungen praktizieren – der Diskurs verläuft.

Eine Abgeordnete der Linken erzählt, dass sie sich mit ihrer innerparteilichen Konkurrentin erfolgreich verständigt habe, wer sich auf das Bundestagsmandat und wer sich auf das Landtagsmandat bewerbe. Generell schätzt sie ein, dass es in ihrer Partei bei Weitem nicht mehr so leicht wie früher sei, die „*Frauen außen vor zu halten*“.

Ein Politiker der SPD bemerkt anerkennend, dass sich um ein paar Frauen in seiner Partei auch „*brillante Frauennetzwerke*“ entwickelt hätten. Eine SPD-Politikerin berichtet, dass sie von einer anderen Politikerin gezielt gefördert worden sei und ohne deren Unterstützung das Bundestagsmandat nicht errungen hätte.

Dieses strategische Vorgehen scheint allerdings eine Ausnahme bei den Frauen der SPD zu sein. Auch eine SPD-Funktionärin sieht die generationenübergreifende Unterstützung als entscheidenden Faktor: „*Es ist schon eine Aufgabe, dass die Frauen der unterschiedlichen Generationen sich unterstützen. Das halte ich für zentral, wenn das mit den Frauen gelingen soll.*“

Im Austausch mit erfahrenen Politikerinnen könne wertvolles praktisches wie strategisches Wissen vermittelt werden. Dazu gehöre es beispielsweise abzuwägen, welche Aufgaben man übernehmen sollte, wann eine Bewerbung um welchen Ausschuss sinnvoll sei oder welche Themen es klug zu besetzen gelte, um sich im politischen Konkurrenzkampf einen Vorteil zu verschaffen, wie eine weitere SPD-Politikerin bemerkt.

Die generationenübergreifende Unterstützung hat vor allem Bedeutung in der direkten Ansprache und Ermutigung von anderen Frauen und von Nachwuchspolitikerinnen. Eine SPD-Bundestagsabgeordnete erzählt: „*Ich wäre niemals von selbst auf die Idee gekommen, mich auf dieses freie Mandat zu bewerben. Ich glaube, so geht es 90 Prozent der Frauen.*“

Eine Bundestagsabgeordnete der Grünen beschreibt, dass sie den Aufbau von Netzwerken und Unterstützung unter Frauen als einen wichtigen Lernprozess für sich selbst erlebt habe: „*Ich habe am Anfang viel falsch gemacht, auch in Konkurrenz gegenüber Frauen (...). Das war nicht immer leicht. Dafür habe ich sehr viele Dinge geübt und dann auch richtig gemacht. Aber das war nicht beim ersten Anlauf.*“

Übereinstimmend wird berichtet, dass bei Bündnis 90/ Die Grünen über Jahre Austauschräume geschaffen worden seien, unter anderem in Form von Mentoringprogrammen, in denen Frauen die Chance haben, Netzwerke zu knüpfen und Formen gegenseitiger Unterstützung einzuüben.

Eine Landespolitikerin der Grünen erklärt, dass ihr Karriereweg, der sie bis in ein Ministeramt geführt hat, „definitiv über Frauennetzwerke“ verlaufen sei. Eine Politikerin aus der Grünen Jugend berichtet, wie bereits dort Unterstützung und Absprachen unter Frauen gelungen seien. Ihr ist es zugleich ein Anliegen, dass sich Frauennetzwerke nicht einfach in eine „Kopie“ der Männernetzwerke entwickelten, sondern ihre Offenheit behalten sollten und kein Selbstzweck werden dürften.

Mehr als in den anderen Parteien wird von Politikerinnen der Grünen berichtet, dass sich die Netzwerke eben auch um die „mächtigen Frauen“ der Partei bilden würden. Die seit Gründung der Grünen bestehende Frauenquote hat dazu geführt, dass weit über 50 Prozent der Bundestagsfraktion Frauen sind und dass viele Frauen in den Landesparlamenten und -regierungen aktiv sind. Dazu kommt ein weiblicher Mitgliederanteil von 41 Prozent. Die früher bestehende Dominanz der Flügel um Realos und Fundis und ihrer in der Regel männlichen Protagonisten, um die sich dann auch die zugehörigen Frauen gruppierten, hat sich, so legen die Aussagen und Einschätzungen der Politikerinnen der Grünen nahe, nach und nach zugunsten von vielfältigeren Verknüpfungen und Machtbeziehungen verändert.

Die Rolle der Frauenorganisationen

Welche Rollen spielen in diesem Prozess die Frauenorganisationen selbst? Die Bilanz fällt gemischt aus. In der quantitativen Befragung geben lediglich 18,5 Prozent der Politikerinnen an, große Unterstützung durch die Frauenorganisation ihrer Partei erhalten zu haben, bei den Politikerinnen der Grünen sind es 26,4 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den Parteien in Bezug auf die Einschätzung der Frauenorganisationen sind jedoch bemerkenswert. Ausgeprägte Skepsis herrscht bei interviewten FDP-Politikerinnen, sie schätzen die Liberalen Frauen tendenziell als schwache Organisation ein. Diese würde nicht wirklich ernst genommen, zumal viele Mitglieder nicht aus der Partei kämen; daher würden die Liberalen Frauen auch bei Parteitag und Nominierungsprozessen kaum eine Rolle spielen. Eine jüngere Kommunalpolitikerin berichtet, dass ihr offen davon abgeraten wurde, zu den Liberalen Frauen zu gehen, weil dies ihrer Karriere eher abträglich wäre.

Die Frauen-Unionen von CDU und CSU werden deutlich positiver eingeschätzt. Sie würden sowohl thematisch den Diskurs in den konservativen Parteien voranbringen als auch der Unterstützungsstruktur für andere Frauen

dienen, zum Beispiel in Form von Mentoringprogrammen. Das kontinuierliche Wachstum der Frauen-Union der CSU zeige eben auch den „Bedarf an christlich-sozialer Frauenpolitik“ auf, so ein hochrangiger CSU-Landespolitiker. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, so eine CSU-Politikerin, müsse die Frauen-Union allerdings noch attraktiver werden, vor allem für junge Frauen.

Ähnlich werden die Verhältnisse in der SPD eingeschätzt. Die Jusos werden als wichtiges Karrieresprungbrett angesehen, in erster Linie für die jungen Männer. Doch auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen stelle ein wichtiges Netzwerk in der SPD dar. Aber auch sie müsse mehr Perspektiven für jüngere Frauen anbieten, so eine SPD-Funktionärin.

Eine Abgeordnete der Linken ist der Ansicht, ihre Partei bedürfe in Ergänzung zu den bestehenden Strukturen vor allem informeller, feministisch ausgerichteter Netzwerke, damit die feministischen Positionen stärkeres Gewicht innerhalb der Partei bekämen.

Die Unterschiede zwischen den Parteien haben auch mit der Art zu tun, wie Frauen sowie die Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik organisiert werden. CSU, CDU, SPD und FDP besitzen traditionell Frauenorganisationen, die zum Teil die Funktion von Vorfeldorganisationen haben und damit auch Frauen ohne Parteimitgliedschaft adressieren, aber an die auch die programmatische Arbeit zu Frauen- und Gleichstellungsthemen delegiert wird.

Bei der Linken und vor allem bei den Grünen sind Rechte und Einflussmöglichkeiten von Frauen in anderer Form gesichert, unter anderem über Frauenräte oder Frauenvoten. Die programmatische Arbeit zur Frauen- und Gleichstellungspolitik wird wiederum in Arbeitsgruppen organisiert. Der Einfluss auf die Personalpolitik wird über die Quotenregelungen und offenbar zunehmend über informelle Netzwerke unter Frauen gesichert.

Die Frauenorganisationen der Parteien

Die **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)** ist die offizielle Frauenorganisation der **SPD**. Ihr gehören alle weiblichen Mitglieder der SPD an, derzeit rund 150.000 Frauen, und darüber hinaus gibt es für Interessierte ohne Parteimitgliedschaft den Status als Gastmitglied oder Unterstützer*in. Die ASF wurde 1973 als Arbeitsgemeinschaft der SPD gegründet und ist damit ein eigenständiger Teil der SPD, aber keine rechtlich eigenständige Organisation. Arbeitsgemeinschaften in der SPD haben während der Parteitage ein Antrags-, Vorschlags- und Rederecht und können stimmberechtigte Delegierte zu Parteitagungen entsenden (Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD).

Die **Frauen Union der CDU Deutschlands** ist die offizielle Frauenorganisation der **CDU**. Der Vorläufer der heutigen Frauen Union wurde bereits 1948 gegründet als „Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“ unter dem Vorsitz von Helene Weber. 1951 konstituierte sich die Frauenorganisation der CDU als „Bundesfrauenausschuss der CDU“ und vollzog eine organisatorische Abgrenzung zur CSU. Die Umbenennung der Frauenorganisation in Frauen Union erfolgte 1988. Als Vereinigung der CDU verfügt die Frauen Union über eine eigene satzungsmäßige Organisation. Ihr gehören alle weiblichen Mitglieder der CDU an, derzeit rund 155.000. Ein Beitritt für interessierte Frauen ohne CDU-Mitgliedschaft ist ebenfalls möglich.

Die **Frauen-Union der CSU** bildet die offizielle Frauenorganisation der Partei. Die Gründung einer Frauenorganisation in der CSU fand bereits 1947 als Frauenarbeitsgemeinschaft statt. Nach einem dreijährigen Zusammenschluss mit der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU arbeitete die Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU ab 1953 wieder eigenständig. Die Umbenennung in Frauen-Union erfolgte 1968, und ihre Organisationsform ist die einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der CSU. Eine Mitgliedschaft in der Frauen-Union ist jedoch unabhängig von einer Parteimitgliedschaft und steht allen interessierten Frauen offen. Derzeit hat die Frauen-Union der CSU 23 500 Mitglieder. Sie verfügt über ein Antragsrecht auf dem Parteitag der CSU. Die Vorsitzenden der Frauen-Union auf Landes-, Bezirks- oder Kreisebene sind Mitglied im Vorstand der entsprechenden Ebene.

Frauen in der Partei **Die Linke** sind organisiert in der Bundesarbeitsgemeinschaft **LISA (Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Partei Die Linke)**. Die BAG LISA versteht sich als feministische und autonome Frauenstruktur innerhalb der Partei. Als durch die Bundespartei anerkannter, innerparteilicher Zusammenschluss verfügt die BAG LISA über eine eigene Satzung. Die Mitarbeit in der BAG LISA ist auch für Interessierte ohne Parteimitgliedschaft möglich (§ 7 Bundessatzung). Die Bundessatzung garantiert weiblichen Parteimitgliedern das Recht zur Einberufung von Frauenplenem. Auf Antrag eines Viertels der stimmberechtigten Frauen in allen Versammlungen und Gremien der Partei kann ein unterbrechendes Frauenplenum durchgeführt werden. Ein dort abgelehnter Beschluss muss zunächst von der gesamten Versammlung erneut beraten werden, bevor es zu einer Abstimmung kommen darf (§ 10 (3) Bundessatzung).

zung). Auch muss bei Veranstaltungen auf Bundesebene eine durch die Bundespartei finanzierte Kinderbetreuung angeboten werden (§ 9 (4) Bundessatzung).

In der Partei **Bündnis 90/Die Grünen** ist die Repräsentation von Frauen auf andere Weise strukturell verankert als über eine parteiinterne Frauenorganisation. Bei den Grünen wurde die Gleichstellung von Frauen und Männern als Kernthema der Partei bereits mit dem Frauenstatut von 1986 als Teil der Bundessatzung festgeschrieben. Dieses enthält neben Bestimmungen zu einer Mindestquotierung von Ämtern, Mandaten und Listenplätzen auch Regelungen zu Frauenabstimmungen und ein Vetorecht für eine Frauenmehrheit. Innerhalb der Parteistrukturen koordiniert der **Bundesfrauenrat** die frauenpolitische Arbeit der Partei und richtet die jährliche Bundesfrauenkonferenz (BFK) aus. Die BFK findet öffentlich statt und steht allen interessierten Frauen offen. In der Bundesgeschäftsstelle gibt es neben der frauenpolitischen Sprecherin noch die Position der Bundesfrauenreferentin. Die Bundesarbeitsgemeinschaften Frauen- und Lesbenpolitik unterstützen die Weiterentwicklung der Frauenpolitik der Grünen.

In der **FDP** vertritt die **Bundesvereinigung Liberaler Frauen e. V.** die Interessen der weiblichen Parteimitglieder. Die Liberalen Frauen wurden 1994, vier Jahre nach ihrer Gründung, durch die FDP als ihre offizielle Frauenorganisation anerkannt. Eine Mitgliedschaft bei den Liberalen Frauen steht jeder Frau auch ohne FDP-Mitgliedschaft offen. Auf Parteitagungen verfügen die Liberalen Frauen über ein Rede- und Antragsrecht. Die Bundesvorsitzende kann an den Sitzungen des Bundesvorstands ohne Stimmrecht teilnehmen, sofern sie Parteimitglied ist (§ 13 und § 17 (4) Bundessatzung).

In der **AfD** gibt es keine parteiinterne Frauenorganisation. Die Satzung der AfD schließt die Gründung von parteiinternen Vereinigungen zur Interessenvertretung aufgrund der Merkmale „Abstammung, Nationalität, sexuelle Orientierung oder Geschlecht“ explizit aus (Bundessatzung der AfD, § 17 (2)). Anfang 2019 gründeten sich nichtdestotrotz zwei unabhängige Vereine weiblicher AfD-Mitglieder, FridA (Frauen in der Alternative e. V.) und FAlter (Frauen Alternative e. V.). Beide Vereine scheinen ihre Aktivitäten mittlerweile wieder eingestellt zu haben.

Negative Erfahrungen und Barrieren



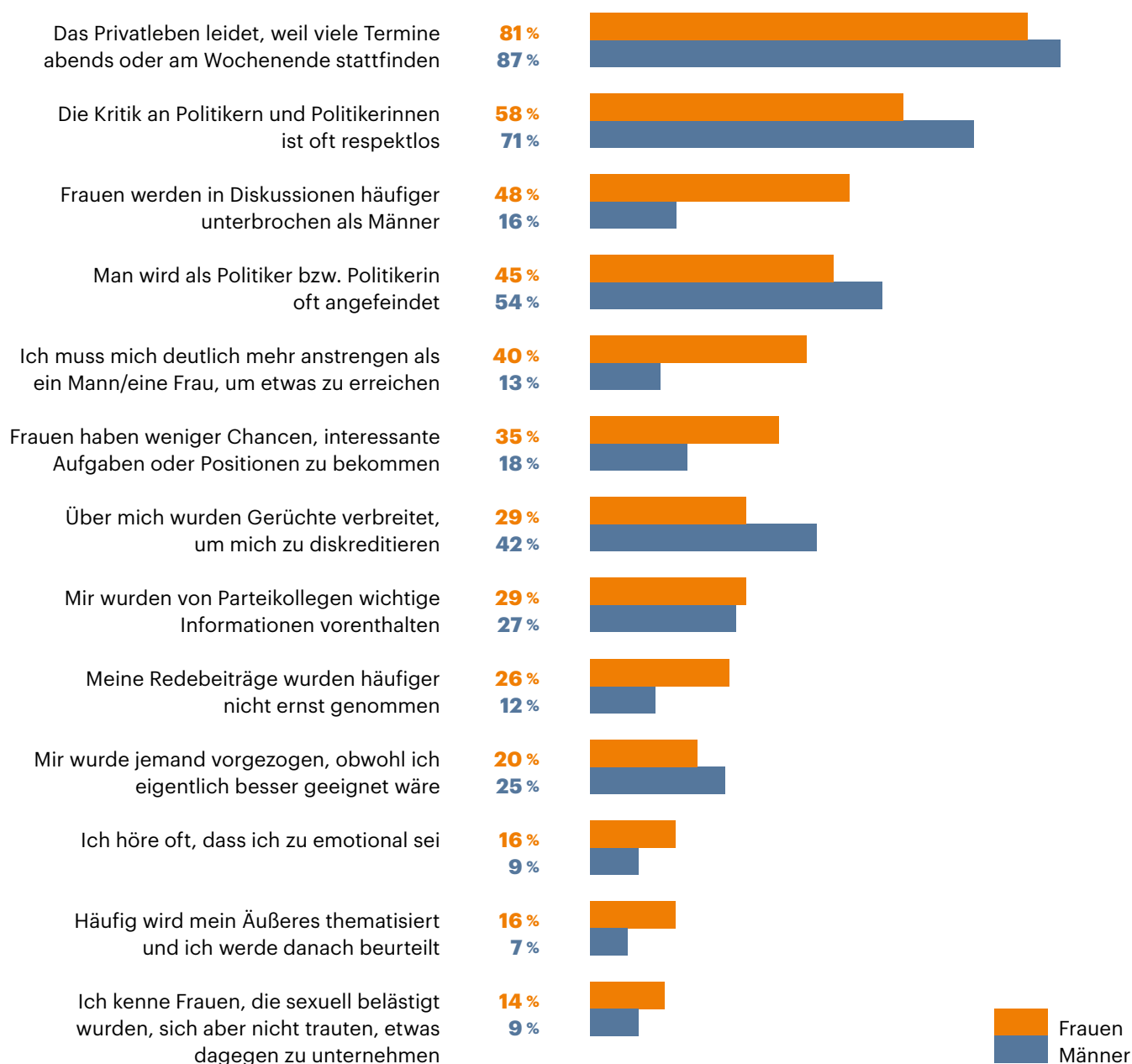
In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der quantitativen Befragung zu den negativen Erfahrungen der Politiker*innen und zu ihren Einschätzungen der Barrieren für Frauen in der Politik vorgestellt. Auf Grundlage der Interviews beleuchten wir vertiefend die Erfahrungen mit den Kommunikations- und Umgangsformen in der Politik, den Umgang mit zeitlichen Belastungen und die Präsenzkultur. Auch auf die Bedeutung von materiellen Ressourcen, zum Beispiel zur Finanzierung von Wahlkämpfen, gehen wir kurz ein.

Ergebnisse der quantitativen Befragung

Der Eindruck, mit höheren Erwartungen an die eigene Leistung konfrontiert zu sein, prägt auch die Bilanz der negativen Erfahrungen. Während sich die positiven Erfahrungen von politisch aktiven Männern und Frauen kaum unterscheiden, gibt es bei negativen Eindrücken und Erfahrungen signifikante Unterschiede, zum einen was die Erwartungen an die eigene Leistung angeht, zum anderen in Bezug auf Chancengerechtigkeit und Debattenkultur. 40 Prozent der befragten Frauen sind überzeugt, dass sie deutlich mehr leisten müssen als männliche Kollegen, um etwas zu erreichen. 35 Prozent ziehen die Bilanz, dass Frauen weniger Chancen haben als Männer, interessante Aufgaben und Positionen zu bekommen; beide Eindrücke sind unter Männern weitaus weniger verbreitet: So sind nur 13 Prozent der befragten Politiker der Ansicht, deut-

Abb. 14: Negative Erfahrungen in der Politik

Welche negativen Erfahrungen haben Sie in der Politik gemacht?



lich mehr leisten zu müssen als eine Frau, um erfolgreich zu sein.

Besonders auffällig sind jedoch die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Aussagen zur Debattenkultur: Politikerinnen haben in hohem Maße den Eindruck, dass Frauen in Diskussionen häufiger unterbrochen werden als Männer, teilweise auch, dass ihre Redebeiträge häufiger nicht ernst genommen werden. Knapp jede zweite befragte Politikerin beobachtet, dass Frauen in Diskussionen häufiger unterbrochen werden als Männer, ein Eindruck, den nur 16 Prozent der männlichen Kollegen teilen. Dass die eigenen Redebeiträge häufiger nicht ernst genommen werden, berichten 26 Prozent der Frauen, dagegen nur 12 Prozent der Männer.

Frauen sind auch öfter mit dem Vorwurf konfrontiert, sie seien zu emotional. Korrespondierend zu den Einschätzungen der unterschiedlichen Erwartungen an Politikerinnen, wie in Kapitel 4 beschrieben, geben 16 Prozent der befragten Frauen an, dass ihr Äußeres thematisiert und sie danach beurteilt werden. Bei der Beurteilung nach dem Äußeren sind die Anteile der Politikerinnen mit Migrationsbiografie etwas höher als bei den Politikerinnen ohne Migrationshintergrund (23 vs. 16 Prozent).

Am meisten stört jedoch Männer wie Frauen an der Politik, dass das Privatleben unter dem politischen Engagement leidet, weil viele Termine abends oder am Wochenende stattfinden, und dass Politiker*innen oft mit respektloser Kritik konfrontiert sind. Dies wird von Männern sogar noch häufiger beklagt als von Frauen. Ähnliches gilt für die Erfahrung, dass Gerüchte verbreitet wurden, um jemanden persönlich zu diskreditieren: 29 Prozent der Politikerinnen und 42 Prozent der Politiker haben diese Erfahrung bereits gemacht.

Abb. 15: Negative Erfahrungen in der Politik nach politischer Ebene bei Politikerinnen

Welche negativen Erfahrungen haben Sie in der Politik gemacht?

	Politikerinnen			
	Gesamt	Bund	Land	Kommune
Das Privatleben leidet, weil viele Termine abends oder am Wochenende stattfinden	81	88	92	74
Die Kritik an Politikern und Politikerinnen ist oft respektlos	58	83	65	50
Man wird als Politiker bzw. Politikerin oft angefeindet	45	55	54	38
Frauen werden in Diskussionen häufiger unterbrochen als Männer	48	52	53	45
Über mich wurden Gerüchte verbreitet, um mich zu diskreditieren	29	52	35	22
Frauen haben weniger Chancen als Männer, interessante Aufgaben oder Positionen zu bekommen	35	41	39	32
Mir wurde jemand vorgezogen, obwohl ich eigentlich besser geeignet wäre	20	38	22	16
Ich kenne Frauen, die sexuell belästigt wurden, sich aber nicht trauten, etwas dagegen zu unternehmen	14	26	22	8
Mir wurden von Parteikollegen wichtige Informationen vorenthalten	29	24	30	29
Meine Redebeiträge wurden häufiger nicht ernst genommen	26	24	26	26
Häufig wird mein Äußeres thematisiert und ich werde danach beurteilt	16	21	23	10
Ich höre oft, dass ich zu emotional sei	16	17	16	16

Je höher die politische Ebene, desto mehr häufen sich negative Erfahrungen. So berichten Bundespolitikerinnen weitaus mehr als Frauen, die auf der kommunalen Ebene aktiv sind, von respektloser Kritik und Anfeindungen, von Gerüchten, die auf Diskreditierung zielen, sowie von Benachteiligungen. Eine unbefriedigende Diskussionskultur wird dagegen auf allen politischen Ebenen ähnlich stark kritisiert.

Barrieren für mehr Frauen in der Politik

Wo sehen die befragten Politiker*innen Barrieren für das parteipolitische Engagement von Frauen? Was sind aus ihrer Sicht wesentliche Gründe?

Als Ursachen für den relativ geringen Frauenanteil in der Politik werden vor allem die zeitliche Beanspruchung durch politische Abend- und Wochenendtermine genannt, die Kollision mit dem privaten Leben, die spezifische politische Diskussions- und Streitkultur und die Geringschätzung von Themen, für die sich Frauen besonders einsetzen.

75 Prozent der befragten Politikerinnen sehen in den häufigen Abend- und Wochenendterminen ein wesentliches Hindernis für das Engagement von Frauen in der Politik, zwei Drittel auch in der Art der politischen Diskussion und Auseinandersetzung, 55 Prozent in der geringeren Wertschätzung für die Themen, für die sich Frauen oft engagieren. Knapp die Hälfte ist überzeugt, dass die Politik nach wie vor den Eindruck einer Männerdomäne erweckt und dadurch Frauen abschreckt. Auch sind 39 Prozent der Politikerinnen überzeugt, dass es noch zu wenig weibliche Vorbilder in der Politik gibt.

Ähnlich viele, 38 Prozent, sehen als Barriere an, dass sich deutlich mehr Männer als Frauen für Politik interessieren – eine Einschätzung, die in repräsentativen Bevölkerungsumfragen zum politischen Interesse seit Langem immer wieder neu bestätigt wird. Männer wiederum sehen in diesem geringeren Interesse einen der Hauptgründe für den geringeren Anteil von Frauen in Parlamenten und wichtigen politischen Positionen; es ist das einzige Hindernis, das von den befragten Männern häufiger genannt wird als von den befragten Frauen.

Allen anderen Barrieren messen Politiker weniger Bedeutung bei als Politikerinnen. Das gilt insbesondere für die Einschätzung, dass Themen, für die sich Frauen engagieren, häufig als weniger wichtig angesehen werden, sowie für die spezifische politische Diskussions- und Streitkultur, aber auch für zu wenig konkrete Bemühungen in den Parteien, den Frauenanteil zu erhöhen.

So sind 45 Prozent der Frauen, aber nur 25 Prozent der Männer überzeugt, dass es zu wenig verbindliche Regeln und Quoten in den Parteien gibt und dass dies eine der

wesentlichen Ursachen für den relativ geringen Anteil von Frauen in Parlamenten und politischen Positionen ist. Auch die Überzeugung, dass Frauen bei Nominierungen für Wahlkreise oder bei der Vergabe von Listenplätzen benachteiligt werden, wird von Frauen deutlich öfter geäußert als von Männern: 36 Prozent der Politikerinnen, aber nur 18 Prozent der befragten Politiker sehen eine Benachteiligung von Frauen bei der Nominierung für Wahlkreise.

Präsenzkultur in der politischen Arbeit

Übereinstimmend zeigen auch die Interviews, dass der mit politischem Engagement verbundene Zeitaufwand als ein zentrales Hindernis eingeschätzt wird, da Frauen unter den gegenwärtigen Konstellationen nicht in der gleichen Weise wie Männer Zeit investieren können – oder auch nicht wollen.

Mehrfach wird erwähnt, dass Frauen weniger bereit oder willens seien, zugunsten der politischen Karriere Familie und Partnerschaft zurückzustellen; immer wieder wird berichtet, dass Frauen stärker als Männer äußern: „Das tue ich mir nicht an“, so eine CSU-Politikerin über ihre Erfahrungen, wenn sie Frauen für ein partei- oder kommunalpolitisches Amt gewinnen will.

In puncto Zeitbudgets fasst ein SPD-Politiker die praktischen Herausforderungen für seine Partei wie folgt zusammen: „Wir haben in der Mitgliedschaft eine Delle ab dem Punkt, wo junge Eltern ins Spiel kommen. Und da die Sorgearbeit nun einmal verteilt ist, wie sie ist, gibt es ein Gefälle hin zu den Frauen, die dadurch auch eingeschränkt sind in ihren Teilhabemöglichkeiten. Wir sind in der SPD – wie auch bei den Jusos – leider noch sehr gefangen in einer Ehrenamtsstruktur, also: Sitzungen unter der Woche, abends um 19.00 oder 19.30 Uhr. Darunter leiden verschiedene: Familien, Frauen, die Sorgearbeit leisten, aber auch Auszubildende beispielsweise.“

Das parteipolitische Engagement sei auch deshalb zeitaufwendig, weil es stark auf persönliche Kontakte ankomme und auf die miteinander verbrachte Zeit, die für den Vertrauensaufbau wichtig sei (vgl. Kapitel 5) – ein Dilemma, das sich nicht so leicht auflösen lasse, betonen Politiker wie Politikerinnen.

Zudem wird die persönliche Sichtbarkeit und Präsenz als ein Baustein für den politischen Erfolg angesehen. Diese Anforderung steigt zudem mit der politischen Ebene: Die Bundespolitikerinnen sehen sich mehr belastet als die Politikerinnen auf der kommunalen Ebene.

Interessanterweise geben in der Befragung etwas mehr Männer als Frauen – 87 vs. 81 Prozent – an, dass ihr Privatleben unter den politischen Abend- und Wochenendterminen leiden würde. Ein Bundestagsabgeordneter beschreibt durchaus selbstkritisch, dass seine Partnerin die

Leidtragende seiner Berufspolitik sei; trotz seines Bedauerns sieht er jedoch wenig Möglichkeiten, die Situation zu ändern.

„Zeitpolitik“ in allen Facetten, die mit den Möglichkeiten der neuen digitalen Formate nochmals an Bedeutung gewinnt, ist daher ein zentraler Ansatzpunkt, um die Attraktivität des parteipolitischen Engagements zu erhöhen. Positive Effekte sind vor allem für die regulären Sitzungen zu erwarten, die effizienter und weniger zeitaufwendig gestaltet werden können.

Das Potenzial von Frauen wird von den Parteien bei Weitem nicht ausgeschöpft. Frauen verfügen über die gleichen, wenn nicht die besseren Bildungsabschlüsse als Männer, sie sind erwerbstätig und in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv. Frauen sind zwar etwas weniger als Männer gesellschaftlich engagiert, vor allem ziehen sie jedoch dem parteipolitischen Engagement das gesellschaftspolitische und soziale Engagement vor.³⁰

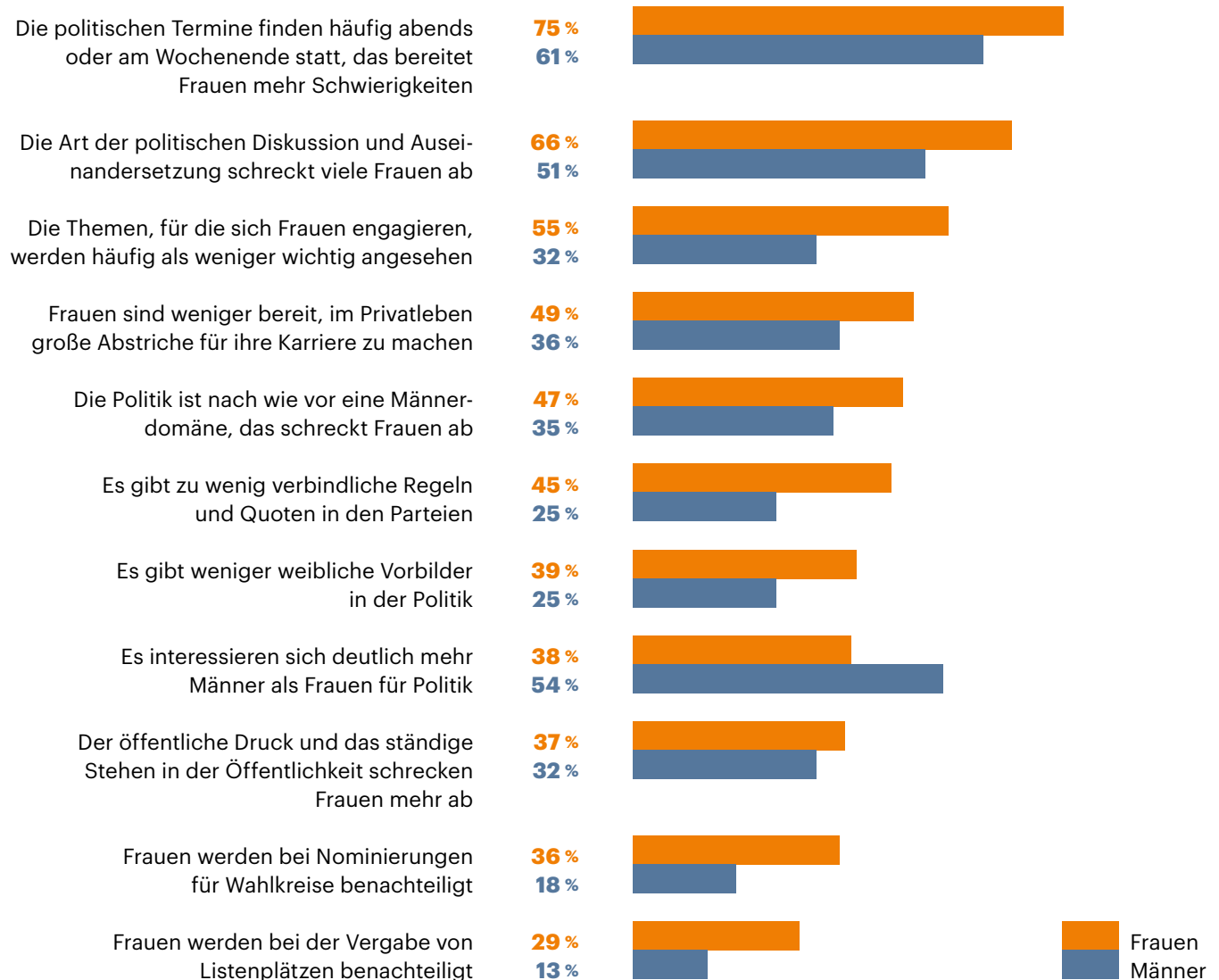
30 Vgl. Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2017.

Daher ist es umso wichtiger, parteipolitisches Engagement so zu gestalten, dass es von Frauen angesichts ihrer oft knappen zeitlichen Ressourcen als lohnend erachtet wird. In den Interviews wird wie in der quantitativen Befragung mehrfach betont, dass die Themen, die Frauen interessieren und in Bezug zu ihren Lebenssituationen stehen, stärker in den Vordergrund zu rücken und wertzuschätzen seien.

Vor diesem Hintergrund ist auch das geringer ausgeprägte Interesse von Frauen an der Politik zu betrachten, das in der quantitativen Befragung vor allem von Politikern als ein wesentlicher Grund für die Unterrepräsentanz von Frauen herangezogen wird. Solange (Partei-)Politik zu Recht als männlich dominierter Bereich wahrgenommen wird, sowohl personell als auch thematisch-inhaltlich, wird auch das Interesse von Frauen daran weniger ausgeprägt sein. Will man dies verändern, bedarf es umso größerer Anstrengungen, die auf männliche Lebenssituationen zugeschnittenen Parteistrukturen zu überwinden.

Abb. 16: Barrieren für mehr Frauen in der Politik

Woran liegt es Ihrer Meinung nach vor allem, dass es in Deutschland deutlich weniger Frauen in den Parlamenten und anderen politischen Positionen gibt?



Materielle Ressourcen

Eine Thematik, die vergleichsweise selten in der Öffentlichkeit angesprochen wird, sind die Eigenmittel bzw. die eingeworbenen Spenden, die Politiker*innen für die Wahlkämpfe einzubringen haben. Etwa ein Fünftel der Interviewten erwähnt dieses Thema jedoch.

Auch wenn mehrheitlich zu bedenken gegeben wird, dass dies Kandidatinnen wie Kandidaten betreffe und es für alle schwierig sei, räumt eine erfahrene CSU-Landespolitikerin auch ein, dass diese Anforderung indirekt dazu beitrage, die Chancen von Frauen zu beeinträchtigen. Vor allem bei Wahlkämpfen um Direktmandate, wie beispielsweise das Bürgermeisteramt, könne es für Frauen ein größeres Hindernis darstellen, die dafür notwendigen Mittel aufzubringen. Eine Kommunalpolitikerin der CDU bestätigt, dass es für Frauen schwieriger sein könnte als für ihre männlichen Mitbewerber, Spenden, zum Beispiel von Unternehmen im lokalen oder regionalen Umfeld, einzuwerben.

Für den Bundestagswahlkampf spricht eine CDU-Bundestagsabgeordnete von circa 50000 Euro, die in Form von Eigenmitteln und/oder Spenden vorhanden sein sollten. Und dies sei noch im „Low-Budget-Bereich“.

Auch bei der FDP geben die Interviewpartnerinnen an, dass Eigenmittel bzw. Spenden erwartet würden und die finanzielle Unterstützung durch die Partei selbst gering sei. Dies sei allerdings bei den Kandidatinnen der FDP weniger das Problem, weil diese meistens über entsprechende Einkommen verfügten oder sich entsprechende Summen zurücklegten, so eine FDP-Landespolitikerin. Umgekehrt erlebte eine Kandidatin, dass ihre Kandidatur im Parteiemfeld infrage gestellt worden war, weil es hieß, sie als junge Frau hätte nicht die Mittel, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu bestreiten.

Eine SPD-Politikerin gibt sehr dezidiert zu Protokoll, dass man sich Politik auch leisten können müsse: „Jeder von uns muss Geld herbringen. Das ist ein großer Auswahlmechanismus, dass Frauen das oftmals nicht können.“ Als Summe, die im Landtagswahlkampf in einem Flächenstaat erforderlich sei, nennt sie rund 20000 Euro.

Diskussionskultur: facettenreicher Alltagssexismus

Vor allem die Äußerungen zur Diskussionskultur zeigen, dass Politik noch immer von einem breiten Spektrum alltagssexistischer Verhaltensweisen gegenüber Frauen durchzogen ist: Beiträge von Frauen werden überhört oder lächerlich gemacht, es wird sich über ihre Stimme mokiert, man unterbricht sie oder lässt sie nicht zu Wort kommen oder macht unsachliche Bemerkungen zum Äußeren oder zur Figur. All dies wird in den Interviews facettenreich beschreiben.

Dies muss nicht immer und überall der Fall sein, es gibt Unterschiede zwischen den Parteien wie auch innerhalb der Parteien, zwischen Regionen und den einzelnen Ortsvereinen. Zudem hängt viel davon ab, wie stark die Sensibilität gegenüber solchen alltagssexistischen Verhaltensweisen ausgeprägt ist, also ob diese als unangemessen wahrgenommen werden.

In den Interviews mit den Politikerinnen und Politikern von CSU/CDU und FDP ist die Einschätzung zweigeteilt; die eine Hälfte hat abwertendes Diskussionsverhalten gegenüber Frauen am eigenen Leib erfahren und/oder bei anderen beobachtet. Die andere Hälfte sieht keinen Unterschied; wenn, dann wird generell an einer unbefriedigenden Debattenkultur Kritik geübt, unter der die Frauen wie die Männer zu leiden hätten.

Politikerinnen und Politiker der SPD, der Linken und der Grünen äußern dagegen ganz überwiegend, dass Frauen häufiger unterbrochen würden, weniger zu Wort kämen bzw. von vornherein zurückhaltender seien, dass ihre Beiträge weniger zählten und die Mehrzahl der Männer ein stärker „selbstdarstellendes Redeverhalten“ an den Tag lege. Auch die interviewten Männer aus diesen Parteien bestätigen dies. Sie beobachten derartiges Verhalten sowohl in den anderen Parteien (respektive beim politischen Gegner) als auch in der eigenen Partei.

Ein SPD-Politiker beschreibt dies wie folgt: „Wie ist das Diskussionsverhalten? Dieses Reingehen, dieses Dominante, dieses Unterbrechen, diese Aggressivität (...), das muss man irgendwie erlebt haben. Es gibt einfach immer wieder dieses Pavianverhalten, auch heute, in Diskussionen, wo dann über Stimme, Aggressivität Frauen ganz oft gehindert werden, ihre Meinung zu sagen, und sich einfach zurückhalten.“

Eine Landespolitikerin der Linken konstatiert: „Auf jeden Fall werden Frauen häufiger unterbrochen. Natürlich erlebe ich das auch außerhalb unserer eigenen Fraktion sehr viel. Frauen das Wort abzuschneiden, gehört einfach zu einer patriarchalen Diskussionskultur. Oft ist es auch total unbewusst, sodass man wirklich energisch reingrätschen und sagen muss: Lass mich jetzt ausreden! Das ist etwas, was man lernen muss.“

Die Diskussionskultur gegenüber Frauen wird vielfach mit Begriffen wie „Dazwischenquatschen“, „Wortabschneiden“ oder „Reinbrüllen“ beschrieben. Doch es werden auch Formen genannt, die zwar weniger aggressiv sind, aber dennoch zu verstehen geben, dass die Beiträge von

Frauen weniger wichtig bzw. weniger ernst zu nehmen sind.

Dazu gehören die Beobachtungen einer Bundestagsabgeordneten, dass der „Geräuschpegel“ ansteige, wenn Frauen redeten, dass Männer mehr auf die Redebeiträge anderer Männer Bezug nähmen oder dass sie mehr oder minder bewusst durch ihr Verhalten Desinteresse signalisierten: *„Es gibt ein, zwei Kollegen in der Fraktion, die bewusst – wenn man mal darauf achtet – eigentlich nur, wenn eine Frau redet, ihr Handy holen und aufs Handy gucken. Das ist wirklich die perfideste Art zu zeigen: Dir höre ich nicht zu. Sobald ein Mann redet, legen sie das Handy wieder weg. Das sind Momente, die ich wirklich häufig erlebe.“*

Eine weitere Variante ist, dass die Beiträge von Frauen von Männern in sich aneignender Form aufgegriffen werden und dem Thema damit Bedeutung verliehen wird. Eine Politikerin der Grünen beschreibt ihre Erfahrungen wie folgt: *„Ich denke schon, dass Frauen stärker betroffen sind. (...) Dass man irgendetwas ausführt und zwei Wortbeiträge später der Mann das Gleiche sagt, nur mit anderen Worten, und auf einmal ist es die beste Idee ever. Das sind die Klassiker, die ich auch im grünen Parteikontext schon oft erlebt habe.“*

Machtfragen – wer dominiert die Diskussionen?

Ob und in welchem Umfang sich so verhalten wird, hängt auch davon ab, wie das Gegenüber eingeschätzt wird, und verschränkt sich mit Faktoren wie Alter und Machtposition.

Eine SPD-Funktionärin beschreibt, dass sie mit zunehmendem Alter und Einfluss deutlich weniger davon betroffen sei als in früheren Zeiten. Die Erfahrung, dass ihre Redebeiträge in den Gremien genauso ernst genommen würden wie die von Männern, sei für sie selbst *„ganz erstaunlich“* gewesen.

Ein Kommunalpolitiker der Grünen fragt sich in diesem Zusammenhang, wie ernst die Förderung von Frauen und von People of Color³¹ in seiner Partei tatsächlich gemeint sei, wenn man im Endeffekt *„doch wieder mit weißen Männern konkurriere und auch mit deren Gehabe und Gebaren“*.

Entscheidend ist also die Frage, ob das beschriebene Dominanzverhalten überhaupt als solches wahrgenommen wird und ob daraus der Anspruch erwächst, es abzustellen.

Wie wichtig die Sitzungsleitung für den Stil und das Klima der Sitzungen ist, wird parteiübergreifend betont. So weisen die Interviewten von SPD, Grünen und Linke mehrfach darauf hin, dass sich die Situation in den offiziellen Sitzungen tendenziell verbessert habe. Eine Bundestagsabgeordnete der Linken erwähnt, dass viele Frauen sich stärker ermutigt fühlten, verbale Übergriffigkeiten zu thematisieren, und darüber diese Fragen in der Partei mittlerweile *„stark reflektiert“* würden.

Die Einführung von Redezeitbeschränkungen, von quotierten Redelisten und Ähnlichem mehr wird durchweg positiv gesehen bzw. dort eingefordert, wo solche Regularien noch nicht vorhanden sind oder nur halbherzig umgesetzt werden.

Wertschätzung und innerparteiliches Klima

Laut der quantitativen Befragung erleben immerhin 53 Prozent der Politiker und 48 Prozent der Politikerinnen innerhalb ihrer Partei große Wertschätzung. Dies heißt aber auch, dass 47 Prozent der Männer und 52 Prozent der Frauen dieser Aussage nicht zustimmen können oder wollen. Diese Zweiteilung spiegelt sich auch in der Interviewstudie wider.

Mehrfach wird, parteiübergreifend von Frauen wie Männern, von freundlichen, höflichen oder kollegialen Umgangsformen berichtet. Von mehreren Interviewten wird zudem geäußert, dass sich ihrem Eindruck nach die Umgangsformen gegenüber früheren Zeiten verbessert haben.

Doch ebenso häufig werden kritische oder verbesserungswürdige Verhaltensweisen geschildert. Eine sei das *„Lästern“* über die Parteikolleg*innen, sagt eine Politikerin der FDP: *„Es gibt immer irgendwen, der mit irgendjemandem nicht kann und der diskreditiert werden soll. Es gibt so viele Intrigen in den Parteien (...). Aber Klatsch und Tratsch gibt es halt immer. Manchmal denke ich auch, die jungen Leute bei den Julis, die wissen es nicht besser. Aber in der Partei wird bei den Älteren genauso gelästert. Das ist schon Teil der Parteikultur. Das finde ich sehr toxisch. Ich glaube, das ist ein Problem bei allen Parteien.“*

Eine SPD-Politikerin sieht das ganz ähnlich: *„Was auf jeden Fall unangenehm ist im politischen Kontext, ist, dass viel übereinander geredet wird. Das ist etwas, was ich persönlich ganz schlimm finde, wenn neue Mitglieder dabei sind, dass sie dadurch willkommen geheißen werden, dass ihnen erst einmal erzählt wird: Mit dem und dem musst du nicht reden, der hat vor 20 Jahren schon einmal dieses und jenes gesagt.“*

³¹ „People of Color ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung, die als nicht weiß, deutsch oder westlich wahrgenommen werden und sich selbst auch nicht so verstehen.“ (Neue deutsche Medienmacher o. J.)

Das Gerüchte-Gespinst

Die Art der Gerüchte über Frauen und Männer können sehr unterschiedlich sein. Mehrere Interviewpartnerinnen schildern, dass Frauen Affären nachgesagt würden und vor allem gemutmaßt werde, sie hätten diese für ihr Fortkommen genutzt bzw. die betreffende Position nicht ohne diese Art der „Förderung“ erhalten. Vereinzelt gaben die Gesprächspartnerinnen an, solche Gerüchte selbst erlebt zu haben.

Die Mehrzahl der Interviewpartnerinnen ist überzeugt, dass es in der Art der Gerüchte über Frauen und Männer einen erheblichen Unterschied gibt. Die Gerüchte über Männer würden vorwiegend um Themen wie etwa unlautere Absprachen kreisen. Zwar würden auch Männern Affären nachgesagt, doch diese seien eben nicht mit der Mutmaßung verbunden, die Männer hätten „sich hochgeschlafen“.

Die Gerüchte über Frauen beziehen sich sowohl auf (Liebes-)Affären wie auch auf mehr oder minder „freiwillige“ sexuelle Gefälligkeiten, wobei die Trennung eben nicht eindeutig ist – was ja charakteristisch für Gerüchte ist. „Es wabert so mit“, formuliert eine jüngere SPD-Politikerin. Ein typischer Spruch sei: „Du glaubst doch nicht, dass die das aus eigener Kraft geschafft hat?“

Eine Politikerin vermutet, dass sich nach ihrer Erfahrung etliche Frauen auf sexuelle Gegengeschäfte einlassen würden. Sie würde dies auch gar nicht moralisch verurteilen, die Machtverhältnisse seien nun einmal so.

Eine FDP-Politikerin wiederum empört sich darüber, dass den jungen Frauen geraten werde, nicht gleich mit jedem zu schlafen, weil es ihnen schaden könne. „Ich dachte mir: Warum redet ihr nicht über die Männer, dass sie sie nicht verführen und dann wie eine heiße Kartoffel fallen lassen (...). Das ist vielleicht der falsche Ansatz.“

Zwei Politikerinnen waren von solchen Gerüchten selbst betroffen: Einer wurde unterstellt, dass sie mit einem wichtigen Mann aus dem Landesverband geschlafen habe – heute vermutet sie sogar, er habe dieses Gerücht selbst in die Welt gesetzt. Einige Politikerinnen berichten, dass auch Frauen solche Spekulationen (mit)verbreiten würden.

Wie sind diese Aussagen zu bewerten? Diese Art von sexualisierten Gerüchten beeinflusst das Klima in den Parteien und das Standing von Frauen massiv. Denn die Gerüchte, die wie ein Gespinst um Frauen herum entstehen, ganz unabhängig davon, was tatsächlich passiert oder nicht, stellen die politische Kompetenz und Leistung von Frauen unter Vorbehalt. Sie machen es ihnen schwerer, mit ihren Fähigkeiten und Ambitionen als Politikerinnen wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden.

Ein ähnliches Muster der Abwertung zeigt sich, wenn parteiintern wie -extern, zum Beispiel in den Medien, mehr über die familiäre Situation oder die äußere Erscheinung von Politikerinnen statt über ihre politischen Vorhaben gesprochen wird.

Wenn Politikerinnen davon ausgehen, dass an sie andere Erwartungen gestellt werden, dass sie mehr auf dem Prüfstand stehen und dass sie höhere Leistungen erbringen müssen, so haben die Einschätzungen einen sehr realen Hintergrund.

Sexuelle Belästigung

A hand with the text "# ME TOO" written on the palm, set against a background of a person's face and a grid pattern. The image is overlaid on a large orange circle. A large, stylized purple graphic element is visible on the left side of the image.

ME
TOO

In der Studie wurden erstmals für Deutschland auf breiter empirischer Basis die Erfahrungen von Politikerinnen mit sexueller Belästigung erhoben. In den Interviews fragten wir vertiefend, wie Politikerinnen und Politiker mit ihren Erfahrungen und Beobachtungen umgehen und was die Parteien auf Organisationsebene unternehmen, um sexueller Belästigung vorzubeugen oder sie zu unterbinden.³²

Wie relevant die Beschäftigung mit der Thematik ist, darauf verweisen jüngst veröffentlichte Publikationen und Medienberichte über die Erfahrungen von Politikerinnen mit verschiedenen Formen sexueller Belästigung.²⁸ Im internationalen Kontext machen unter anderem die Berichte der Interparlamentarischen Union den Handlungsbedarf deutlich.³³

Wie erläutert, umfassen sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen ein Spektrum, das von eher verdeckten oder subtilen bis hin zu direkten und offenen Formen der Abwertung aufgrund des Geschlechts reicht. Sexuelle Belästigung stellt in diesem Spektrum eine besonders herabwürdigende und sich negativ auf die Betroffenen auswirkende Form dar. Sexuelle Belästigung kann ihrerseits in unterschiedlicher Art und Intensität auftreten; immer liegt jedoch eine Grenzüberschreitung zugrunde, die von der betroffenen Person nicht gewollt ist und als unangemessen, unangenehm oder entwürdigend empfunden wird.

Bezüglich der Definition sexueller Belästigung haben wir uns an den Ausführungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) orientiert.

Tatsächlich haben insgesamt 40 Prozent der befragten Politikerinnen schon Erfahrungen mit sexueller Belästigung gemacht.³⁵ Eine kleine Minderheit von 3 Prozent hat solche Erfahrungen bereits häufiger gemacht, 12 Prozent gelegentlich, 25 Prozent selten. In erster Linie betroffen sind Politikerinnen unter 45 Jahren, von denen 60 Prozent bereits solche Erfahrungen gemacht haben, 7 Prozent schon häufiger und 22 Prozent ab und zu.

Frauen, die auf kommunaler Ebene politisch aktiv sind, berichten weitaus seltener über solche Erfahrungen als Frauen, die in der Landes- oder Bundespolitik aktiv sind. Auf kommunaler Ebene haben bisher 30 Prozent der Frauen Erfahrungen mit sexueller Belästigung gemacht, auf Bundesebene dagegen 55 Prozent.

Politikerinnen sind quer durch das Parteienspektrum von sexueller Belästigung betroffen. Politikerinnen der FDP, der Grünen und der Linken liegen mit ihren jeweiligen Anteilen (56, 52 und 49 Prozent) etwas höher als Politikerinnen von CDU/CSU (33 Prozent) und SPD (39 Prozent). Bei den Politikerinnen der AfD liegt der Anteil mit 15 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt.

Abb. 17: Erfahrungen mit sexueller Belästigung

Man hört immer wieder von Politikerinnen, dass sie im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit sexuell belästigt wurden, sei es auf verbaler Ebene, zum Beispiel durch sexistische Sprüche, oder durch unangemessene Berührungen. Ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie im Rahmen Ihrer politischen Tätigkeit sexuell belästigt wurden?

	Politikerinnen	Unter 45-Jährige
Ja, wurde schon sexuell belästigt	40 %	60 %
und zwar:		
Schon häufiger	3 %	7 %
Ab und zu	12 %	22 %
Selten	25 %	31 %
Nein, ist nie vorgekommen	60 %	40 %

32 Nicht nur Frauen, sondern auch Männer und Personen mit anderen Geschlechtsidentitäten erfahren sexuelle Belästigung. Da jedoch die Erfahrungen von Frauen im Vordergrund stehen, haben wir uns bei der Frage nach der sexuellen Belästigung auf die Politikerinnen konzentriert.

33 Vgl. Pfahler 2018; Müller/Naumann/Loeffler 2019.

34 Vgl. Inter-Parliamentary Union 2016 und 2018. Die Studien der Interparlamentarischen Union untersuchten die Situation in europäischen Parlamenten (Mitgliedstaaten des Europarats). 2018 hatten demnach 58 Prozent der befragten Parlamentarierinnen sexistische Attacken in den sozialen Netzwerken erfahren, 46 Prozent die Androhung von Gewalt und Vergewaltigung; 68 Prozent waren das Ziel von Kommentaren und Bemerkungen bezüglich ihrer körperlichen Erscheinung und knapp 5 Prozent hatten sexuelle Gewalt erlitten.

35 Zum Vergleich: Laut einer 2014 veröffentlichten EU-weiten Erhebung der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) zum Thema Gewalt gegen Frauen haben etwa 83 Millionen bis 102 Millionen (45 bis 55 Prozent) der Frauen in den 28 EU-Mitgliedstaaten seit dem 15. Lebensjahr sexuelle Belästigung erfahren (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2014).

Die Eindrücke, die wir aus den Interviews gewinnen konnten, werden durch die quantitative Befragung eindrücklich bestätigt. Sexuelle Belästigung ist in der Politik, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, ein verbreitetes Phänomen.³⁶

Ein weiterer Komplex befasst sich mit einem Thema, das aus der #MeToo-Bewegung bekannt ist: ob für sexuelle Gefälligkeiten Gegenleistungen angeboten bzw. gefordert wurden. Abschließend werden die Konzepte und Ansätze der Parteien vorgestellt, mit denen sie gegen sexuelle Belästigung vorgehen wollen.

Die Interviews geben Anlass zur Hoffnung, dass zumindest die Sensibilität in den Parteien, bei Frauen wie Männern, für die negativen Auswirkungen von sexueller Belästigung gestiegen ist und auch die Bereitschaft zugenommen hat, als Organisation dagegen vorzugehen.

Sexuelle Belästigung

Das AGG spricht in § 3 Absatz 4 von sexueller Belästigung, wenn: „(...) ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornographischen Darstellungen gehören, bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird, insbesondere wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.“

Bemerkungen, Blicke, Berührungen

Etwa ein Drittel der interviewten Politikerinnen gibt an, sexuelle Belästigung einmal erfahren zu haben. Falls die Interviewpartnerinnen nicht selbst betroffen waren, so haben sie gleichwohl solches Verhalten häufig beobachtet. Parteiübergreifend wird von unangemessenen, anzüglichen Bemerkungen über Aussehen, Figur oder Kleidung berichtet; ebenso wie von taxierenden Blicken, mit denen die Frauen gemustert würden.

Eine Kommunalpolitikerin erhielt nach ihrer erfolgreichen Wahl eine Bildnachricht mit einer Frau im Lackkostüm und der Bemerkung, dieses sei jetzt ihr künftiges „Büro-Outfit“.

Auch unerwünschte Berührungen werden genannt. Bei der einen liegt „zufällig die Hand auf dem Knie“, bei der anderen wird „über den Po gestrichen“, oder der männliche Fraktionskollege hat die Angewohnheit, Frauen die Hand in den Nacken zu legen. Eine Politikerin könnte, wie sie erläutert, „abendfüllend“ darüber sprechen: „Die eine Hand hier, die andere Hand dort.“ Es gebe „sehr viel physische Bedrängnis“.

Auch über unerwünschte „Anmache“ berichten die Politikerinnen häufig. Eine Landtagspolitikerin meint, es sei fast ein Sport unter den männlichen Abgeordneten, nach der Wahl zu gucken: „Wow, welches Frischfleisch haben wir hier? Bei welcher kann ich landen?“ Sie gibt auch zu Protokoll, dass diese „dilettantischen Anmachversuche“ bei entsprechender Gegenreaktion schnell aufhörten und der Umgang dann korrekt sei.

Fast ausschließlich sind es informelle Situationen, beim Kneipenbesuch, beim abendlichen geselligen Zusammensein auf den Parteitag, auf den Wahlpartys oder Klausurtagungen, wo die Übergriffigkeiten stattfinden. Politikerinnen erfahren sie durch Männer aus der eigenen wie von Männern aus anderen Parteien; vereinzelt wird berichtet, dass dies auch im politischen Umfeld geschehe, zum Beispiel durch Verbandsvertreter oder Lobbyisten.

36 Eine im Auftrag des BMFSFJ 2020 veröffentlichte repräsentative Milieustudie zur Wahrnehmung von Sexismus innerhalb der Bevölkerung zeigt, dass 63 Prozent der Frauen und 49 Prozent der Männer Sexismus selbst erlebt oder wahrgenommen haben, es sich also um ein massenhaftes Phänomen handelt. Das Verständnis, was Sexismus bedeutet und wie er sich äußert, variiert jedoch erheblich nach sozialem Milieu und Bildungsstand, Alter und Geschlecht. Wie die Studie zeigt, wird in der Bevölkerung Sexismus sehr häufig mit Sexualität bzw. mit Sex verbunden, während Sexismus als strukturelles, gesellschaftliches Phänomen weitaus mehr umfasst. Vgl. Wippermann 2020, S. 13 ff.

Gefährdete Gruppe

Auf die Frage, welche Gruppe besonders gefährdet sein könnte, werden mit großer Mehrheit jüngere Frauen und weibliche Neumitglieder genannt. Dies wird durch die Onlinebefragung eindrucksvoll bestätigt, wonach über 60 Prozent der Politikerinnen unter 45 Jahren sexuelle Belästigung erfahren haben.

Einige Interviewpartnerinnen bieten dafür folgende Erklärung an: Die jüngeren Frauen hätten noch keine Machtposition und könnten die Situationen noch nicht einschätzen bzw. seien besonders unsicher, was sich der Parteikollege erlauben darf und was gleichsam zum normalen Umgangston gehört und was nicht.

„Junge Frauen sind definitiv gefährdet, weil sie denken, das gehört einfach dazu, und weil sie zu dem Zeitpunkt noch keine Machtposition haben“, so die Einschätzung einer CDU-Politikerin.

Vielfach werde von Männern bei diesen Handlungen und Äußerungen beteuert, es sei doch nur *„nett gemeint“* und ihr Verhalten als *„Kompliment“* oder als *„Spaß“* gedacht. Eine andere CDU-Politikerin konstatiert, dass jüngere und neu dazugekommene Frauen nicht so auftreten könnten wie eine Politikerin, die seit Jahren im Bundestag sitze: *„Die sind natürlich schüchtern und vorsichtig und versuchen, alles richtig zu machen.“*

Gratwanderung: Ansprechen oder schweigen?

Die übergriffigen Situationen werden von den Politikerinnen vor allem als anstrengend erlebt. Was thematisieren sie? Wann setzten sie sich zur Wehr? Und worüber gehen sie mit einem Lächeln hinweg? Von zahlreichen Politikerinnen wird dies als *„Gratwanderung“* zwischen Sich-Anpassen und Sich-Wehren beschrieben.

Die Unsicherheit, was die richtige Reaktion ist, beschreibt eine SPD-Politikerin wie folgt: *„Man will es sich ja nicht verderben. Und natürlich wird das alles immer als Witz dargestellt. Ich glaube, dann lächelt man es oft weg.“*

In eine ähnliche Richtung weisen auch die Äußerungen einer CDU-Landespolitikerin. Als Frau, die neu in eine von Männern dominierte Gruppe komme, stecke man häufig *„in einem Zwiespalt“*. Nach ihrer Erfahrung könne man *„gleich einpacken“*, wenn man anfangs zu häufig *„eine – in Anführungszeichen – nett oder spaßig gemeinte Bemerkung“* zurückweise.

Eine erfahrene SPD-Politikerin erinnert sich bis heute an eine bereits Jahre zurückliegende Situation, in der sich eine Frau von einem Parteikollegen in übelster Weise sexualisierte Beleidigungen anhören musste. Ihr gehe bis heute nahe, dass damals die ganze Gruppe, sie eingeschlossen, dazu geschwiegen habe. Die betroffene Frau sei anschließend aus der Partei ausgetreten.

Eine jüngere FDP-Politikerin erlebte zu Beginn ihres Engagements eine sehr unangenehme, übergriffige Situation auf einem Parteitagsabend. Sie habe sich damals nicht getraut, sich zu wehren und dies publik zu machen. Sie habe sich dann vor allem auch selbst Vorwürfe gemacht und sich gefragt: *„Was stimmt mit mir nicht, dass ich mich nicht wehre?“* Heute, mit mehr Erfahrung, würde sie anders reagieren. Obwohl die FDP mittlerweile einen Code of Conduct verabschiedet hat, geht die Politikerin davon aus, dass die Kultur vor Ort nach wie vor zu wünschen übrig lasse: *„Ich kenne Ortsverbände, da hat der Vorsitzende der ganzen Runde von seinen Puffbesuchen erzählt. Ich frage mich, wie auch die jungen Männer das überhaupt noch aushalten können.“*

Wie wichtig die Thematisierung von sexueller Belästigung ist, um Frauen davor zu schützen, wird in den Interviews mehrfach beschrieben. Erst als eine jüngere Politikerin in einer internen WhatsApp-Gruppe über ihre Erfahrungen mit einem Parteimitglied berichtete, meldeten sich mehrere Frauen zu Wort, die von dem gleichen Mann belästigt worden waren.

Verschärft wird die Situation, wenn Frauen sich in Abhängigkeitspositionen befinden. Eine Landespolitikerin der Linken ist aktuell mit einem Fall befasst, bei dem der betreffende Mann seine Machtposition ausgenutzt und über einen längeren Zeitraum Frauen in der Partei belästigt hat. Die betroffenen Frauen hätten lange geschwiegen, denn: *„Es bestand unfassbare Angst bei den Genossinnen, er würde ihnen das Leben schwermachen.“*

In der quantitativen Befragung geben 9 Prozent der Männer an, Frauen zu kennen, die sexuell belästigt wurden, sich aber nicht trauten, etwas dagegen zu unternehmen; bei den Frauen sind es 14 Prozent.

Sexuelle Gefälligkeiten und Gegenleistungen

Vorfälle, in denen von Politikerinnen sexuelle Gefälligkeiten im Gegenzug zu politischer Unterstützung und Förderung verlangt oder erwartet wurden, sind der großen Mehrheit der interviewten Frauen nicht bekannt. Von den interviewten Männern wird gleichfalls entschieden verneint, davon zu wissen. Einem jüngeren Politiker der Linken ist persönlich nichts bekannt, er geht jedoch davon aus, dass es solche Vorfälle auch in der Politik geben muss. Nur ein jüngerer Politiker der SPD erwähnt, dass er „ganz, ganz selten davon gehört“ habe.

Dennoch geben in den Interviews 2 von 27 Frauen an, davon persönlich betroffen gewesen zu sein. Bei einer Politikerin wurde als Gegenleistung für die Unterstützung für ihre Kandidatur auf einen aussichtsreichen Listenplatz der Besuch auf dem Hotelzimmer während des Parteitags erwartet. Eine andere Befragte berichtet, es seien an sie mehrfach Offerten herangetragen worden, sich auf sexuelle Beziehungen einzulassen und sich damit Förderung zu sichern. Eine Dritte berichtet, einer befreundeten Politikerin sei von einem „Parteifreund“ finanzielle Unterstützung zugesichert worden, wenn ihm dann ein Platz auf dem Sofa ihres künftigen Abgeordnetenbüros sicher sei.

Sensibilität für Sexismus und Maßnahmen der Parteien

Bei den Politikern der Interviewstudie zeigen sich tendenziell zwei Haltungen. Einmal werden Parteien als „Spiegel der Gesellschaft“ gesehen. Daher sei nicht auszuschließen, dass bei einer Organisation mit Zehn- bzw. Hunderttausenden von Mitgliedern auch sexuelle Belästigung vorkomme, die als Einzelfälle und weniger als strukturelles Problem gesehen werden. Wenn Vorfälle parteiöffentlich würden, gäbe es dafür „null Toleranz“, so ein hochrangiger Politiker der CSU.

Vor allem jüngere Politiker, vorwiegend von der SPD, den Grünen und der Linken, verstehen sexuelle Belästigung als Ausdruck eines nach wie vor virulenten Sexismus in der Gesellschaft. Auch räumen sie ein, dass das Ausmaß vermutlich deutlich größer sei als das, was bekannt werde; als Männer würden sie vieles „überhaupt nicht mitbekommen“.

Die FDP hat aufgrund einer internen Umfrage, die entsprechenden Handlungsbedarf aufzeigte, als erste Partei auf Bundesebene eine Frau und einen Mann als Ombudspersonen ernannt; beim Jugendverband der Julis gibt es eine weitere Person, die für Trans- und Interpersonen zuständig ist. Auch bei der Grünen Jugend wurden Ombudspersonen benannt.

Bei der SPD hat unter anderem der Berliner Landesverband Ombudspersonen benannt, die die Aufgabe haben, jegliche Art von diskriminierendem, grenzverletzendem und übergriffigem Verhalten an die zuständigen Parteigremien zu melden. Diese können weitere Schritte bis hin zum Parteischiedsgericht einleiten. Die Einrichtung einer zentralen Stelle auf Bundesebene wird eher skeptisch beurteilt, da es vor allem auf Ansprech- bzw. Vertrauenspersonen vor Ort ankomme, so eine Funktionärin. Diese Funktion würden vielfach die Gleichstellungsbeauftragten in den Landesverbänden ausüben.

Aufschlussreich sind die stärker präventiv ausgerichteten Ansätze, die gegenwärtig vor allem in den Jugendorganisationen der Parteien im linken Spektrum, zum Beispiel in Form sogenannter Awareness-Teams, verfolgt werden. Die Teams werden zu Beginn einer Tagung oder Versammlung den Delegierten oder Mitgliedern vorgestellt und fungieren als Ansprechpersonen für alle, die eine unangenehme Situation erleben. Derartige Awareness-Teams werden übereinstimmend positiv eingeschätzt: Allein ihre Existenz habe eine „abschreckende Wirkung“ und trage dazu bei, für die Thematik zu sensibilisieren und deutlich zu machen, dass sexuelle Belästigung nicht toleriert werde.

Das politische Klima: Anfeindungen in den sozialen Netzwerken



Politiker*innen haben nicht nur hohe zeitliche Belastungen zu bewältigen. Der politische Alltag ist zudem oft von harten Auseinandersetzungen geprägt. Auch unsachliche Kritik und persönliche Angriffe sind Teil des politischen Geschehens. Vor allem in den sozialen Netzwerken haben jedoch Beleidigungen, Anfeindungen und Drohungen erheblich zugenommen und beeinflussen das politische Klima. Wie wirkt sich diese Situation auf Frauen und auf Männer aus? Gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Art der Betroffenheit und des Umgangs?

In der quantitativen Befragung haben wir ermittelt, wie die Politiker*innen die Belastungen erleben und welche Erfahrungen sie speziell mit sexistischen Beleidigungen und Anfeindungen in den sozialen Netzwerken gesammelt haben.

In den Interviews haben wir vertiefend danach gefragt, wie die Politikerinnen und Politiker persönlich mit den Angriffen in den sozialen Netzwerken umgehen und welche Auswirkungen die Veränderungen im politischen Klima auf die Bereitschaft von Frauen, sich politisch zu engagieren, ihrer Einschätzung nach haben; auch der Handlungsbedarf bei den Parteien kommt dabei zur Sprache. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich ergänzend mit den Erfahrungen der Politikerinnen mit sexistisch gefärbten Angriffen durch den politischen Gegner und/oder innerhalb der eigenen Partei.

Belastungen und persönliche Attacken

Deutlich mehr Politikerinnen als Politiker fühlen sich durch harte Auseinandersetzungen in der Politik belastet. Knapp die Hälfte der Frauen (48 Prozent) stimmt zu, dass sie solche Auseinandersetzungen belasten, dagegen nur 34 Prozent der Männer.

Die Schwierigkeiten, die Frauen mit solchen Kontroversen haben, sind auf den höheren politischen Ebenen nur wenig ausgeprägter als im kommunalen Bereich. Auf Bundesebene ziehen 50 Prozent der Frauen die Bilanz, dass harte Auseinandersetzungen sie sehr belasten, im kommunalen Bereich 47 Prozent. Deutliche Unterschiede gibt es jedoch in den einzelnen Altersgruppen. Politikerinnen unter 45 Jahren belasten harte Kontroversen deutlich mehr als Politikerinnen über 45 Jahre. So ziehen 56 Prozent der jüngeren Politikerinnen die Bilanz, dass harte Auseinandersetzungen sie außerordentlich belasten, dagegen nur 46 Prozent der über 55-jährigen Politikerinnen.

Die Mehrheit hat im Rahmen solcher Auseinandersetzungen bereits unsachliche bzw. inakzeptable Angriffe gegen die eigene Person erlebt, die Männer tendenziell noch mehr als die Frauen. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ebenen: Von den bundespolitisch aktiven Frauen haben annähernd 80 Prozent bereits unsachliche Angriffe gegen die eigene Person erlebt, von den Politikerinnen auf Landesebene 58 Prozent, im kommunalen Bereich dagegen 43 Prozent.

Abb. 18: Belastung durch Auseinandersetzungen in der Politik

In der Politik kommt es ja öfter zu harten Auseinandersetzungen. Belasten Sie solche Auseinandersetzungen, oder kommen Sie damit alles in allem gut zurecht?

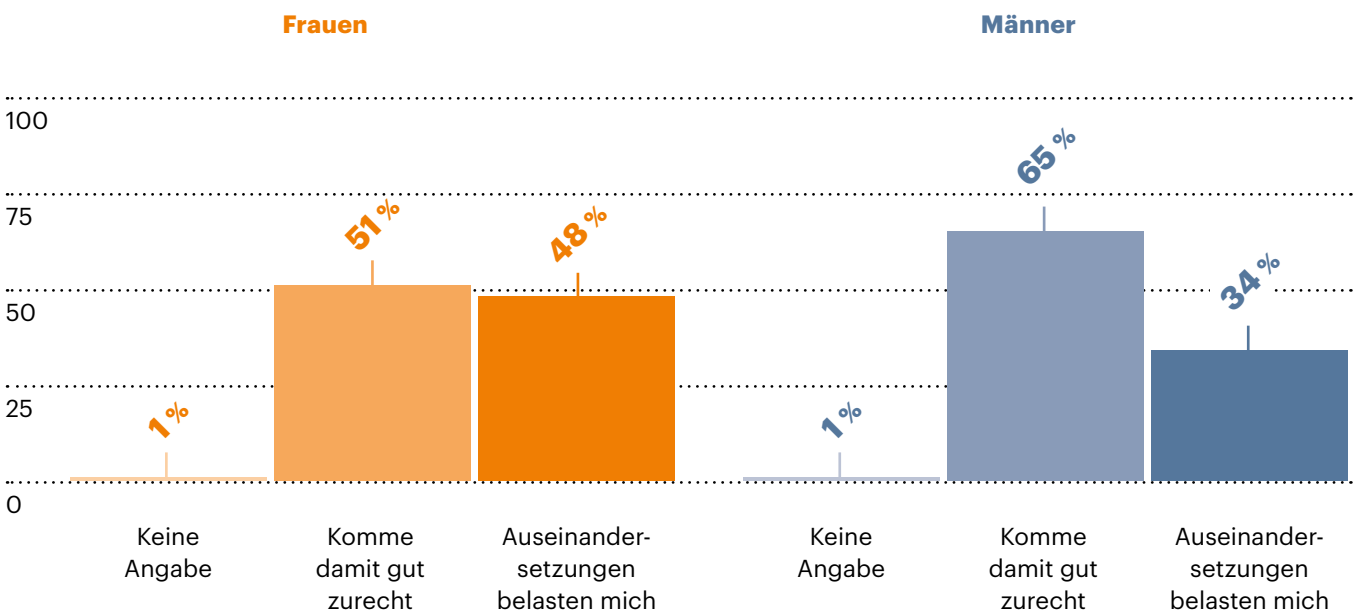


Abb. 19: Unsachliche Angriffe in politischen Auseinandersetzungen

Haben Sie im Rahmen solcher Auseinandersetzungen schon unsachliche Angriffe gegen Ihre Person erlebt, die nicht akzeptabel waren?

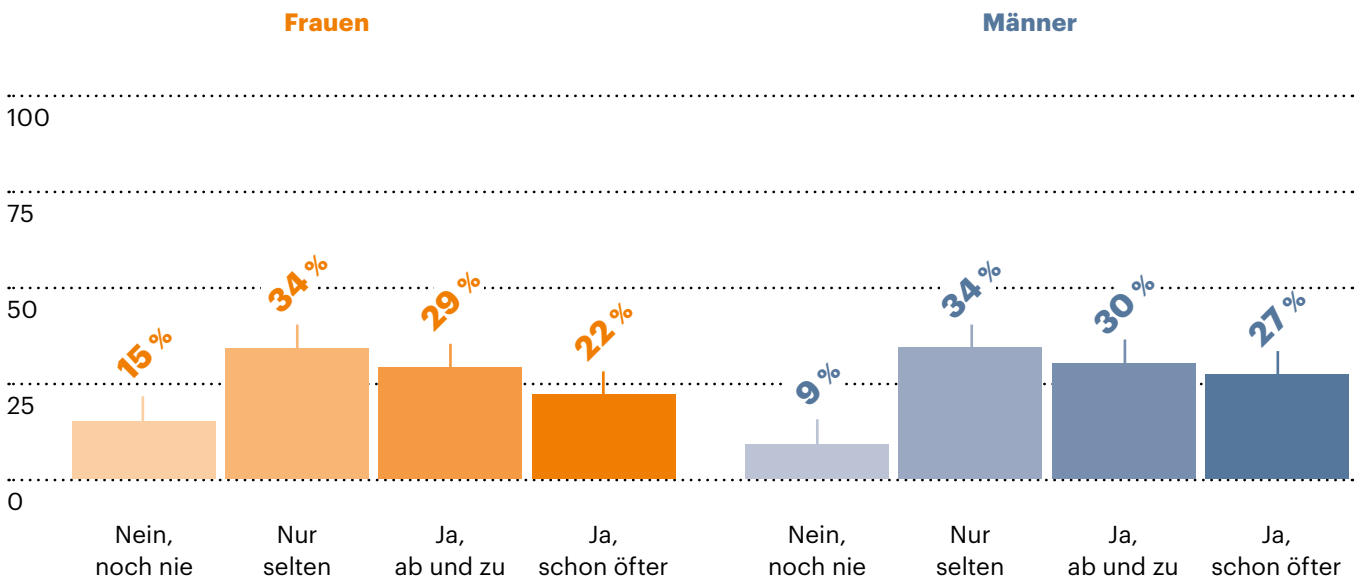


Abb. 20: Anfeindungen in sozialen Netzwerken

Man hört auch immer wieder, dass Politikerinnen oder Politiker in sozialen Netzwerken angefeindet, bedroht oder beleidigt werden. Ist Ihnen das auch schon passiert?

An Politikerinnen oder Politiker, die schon in sozialen Netzwerken angefeindet, bedroht oder beleidigt wurden: Wie sehr belasten Sie solche Angriffe oder Beleidigungen in sozialen Netzwerken?

	Frauen				
	Männer	Insgesamt	Bundes-ebene	Landes-ebene	Kommunale Ebene
Ja, wurde in sozialen Netzwerken angefeindet, bedroht oder beleidigt	74%	60%	98%	77%	44%
und zwar:					
Schon häufiger	22%	10%	24%	15%	4%
Ab und zu	27%	22%	55%	26%	15%
Selten	25%	28%	19%	36%	24%
Nein, ist nie vorgekommen	18%	27%	—	17%	37%
Bin nicht in sozialen Netzwerken aktiv	8%	12%	2%	3%	19%
Keine Angabe	—	1%	—	3%	< 0,5%

Anfeindungen in den sozialen Netzwerken

Auch von Anfeindungen in sozialen Netzwerken berichten Männer mehr als Frauen. 74 Prozent der befragten Politiker und 60 Prozent der Politikerinnen wurden bereits in sozialen Netzwerken angefeindet und bedroht; 22 Prozent der Politiker und 10 Prozent der Politikerinnen haben diese Erfahrung schon häufiger gemacht.

Politiker*innen mit Migrationshintergrund berichten tendenziell überdurchschnittlich häufig von Attacken in sozialen Netzwerken; dies gilt besonders für Frauen. 60 Prozent aller befragten Politikerinnen wurden in sozialen Netzwerken bereits angefeindet und bedroht, 69 Prozent der Politikerinnen mit Migrationshintergrund haben diese Erfahrung gemacht.

Der niedrigere Anteil von Frauen, die von Attacken in sozialen Netzwerken berichten, geht primär auf die kommunale Ebene zurück. Von den bundespolitisch aktiven Frauen berichten 98 Prozent über Anfeindungen in sozialen Netzwerken, 24 Prozent haben diese Erfahrung schon häufiger gemacht. Auch auf Landesebene spielen solche Attacken eine große Rolle: 77 Prozent der Landespolitikerinnen wurden schon im Netz angefeindet und beleidigt, bei den kommunalpolitisch aktiven Frauen liegt der Anteil bei 44 Prozent.

Sexistische Angriffe und Kommentare

Frauen sind deutlich stärker als Männer von sexistischen Kommentaren und Beleidigungen betroffen. Von den Männern, die Angriffe in den sozialen Netzwerken erlebt haben, berichten lediglich 3 Prozent von sexistischen Kommentaren, bei den Frauen sind es 17 Prozent, bei den Frauen mit Migrationshintergrund 21 Prozent.

Allerdings sind hierbei erhebliche Unterschiede nach Alter und Partei zu berücksichtigen. Bei den unter 45-jährigen Frauen haben 35 Prozent sexistische Kommentare erlebt – bei den über 55-jährigen Frauen, die in den sozialen Medien aktiv sind, nur 6 Prozent.

Auch die Parteizugehörigkeit spielt eine Rolle: Während bei der CDU/CSU lediglich 6,5 Prozent sexistische Beleidigungen im Netz erfahren haben, sind es bei FDP und Grünen jeweils 26 und 23 Prozent, bei der Linken 30 Prozent. Von allen befragten Politikerinnen geben wiederum Politikerinnen der AfD mit 35 Prozent am häufigsten an, von sexistischen Kommentaren und Beleidigungen betroffen zu sein.

Abb. 21: Sexistische Angriffe in sozialen Netzwerken nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Alter

An Politikerinnen oder Politiker, die schon in sozialen Netzwerken angefeindet, bedroht oder beleidigt wurden: Sind Sie in sozialen Netzwerken auch schon öfter Opfer sexistischer Angriffe oder Kommentare geworden?

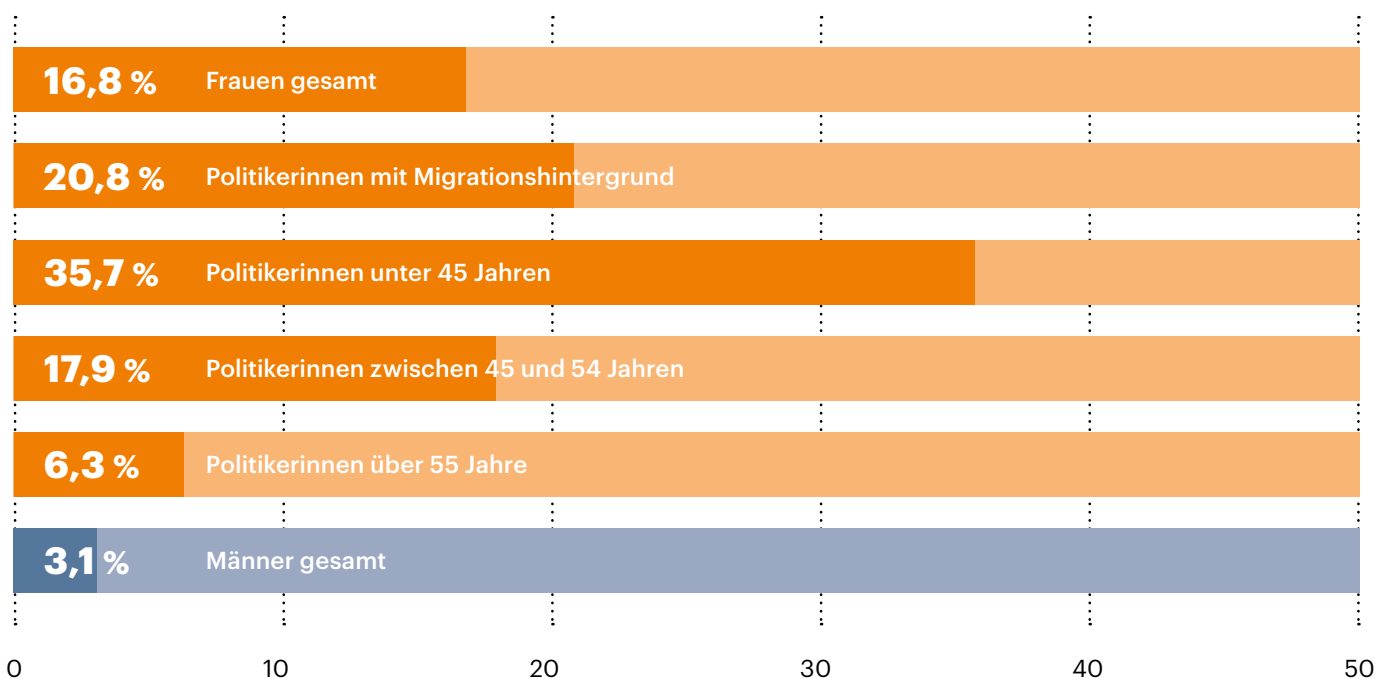
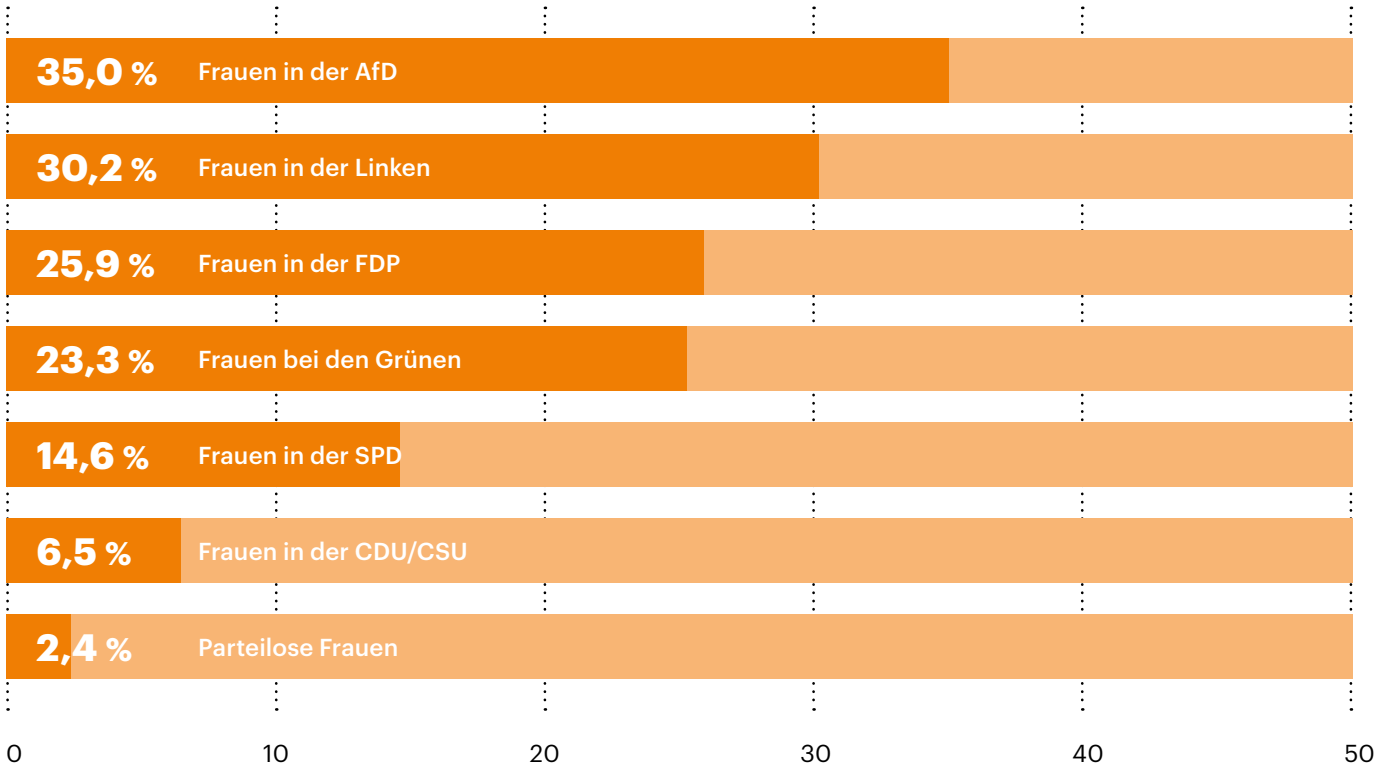


Abb. 22: Sexistische Angriffe in sozialen Netzwerken (Frauen nach Parteizugehörigkeit)

An Politikerinnen oder Politiker, die schon in sozialen Netzwerken angefeindet, bedroht oder beleidigt wurden: Sind Sie in sozialen Netzwerken auch schon öfter Opfer sexistischer Angriffe oder Kommentare geworden?



Belastungen durch Angriffe

In Bezug auf Attacken in sozialen Netzwerken zeigt sich das gleiche Muster wie bei Angriffen, die offline erfolgen: Frauen empfinden es als schwieriger, solche Erfahrungen zu bewältigen. 26 Prozent der Politiker, die Erfahrungen mit Attacken in sozialen Netzwerken gemacht haben, belasten diese Erfahrungen stark oder sehr stark, von den Frauen sagen das 41 Prozent. Hier gibt es auch keine gravierenden Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ebenen. Die Häufigkeit der Erfahrung mit solchen Angriffen unterscheidet sich zwischen den politischen Ebenen stark; wenn solche Erfahrungen gesammelt werden, tun sich jedoch Politiker und Politikerinnen auf allen politischen Ebenen ähnlich schwer, diese Attacken zu verarbeiten.

Abb. 23: Auswirkungen von Angriffen und Beleidigungen in sozialen Netzwerken

Wie sehr belasten Sie solche Angriffe oder Beleidigungen in sozialen Netzwerken?

	Männer	Insgesamt	Bundes-ebene	Landes-ebene	Kommunale Ebene
Sehr stark	2 %	8 %	2 %	8 %	9 %
Stark	24 %	33 %	37 %	33 %	33 %
Weniger Stark	57 %	50 %	51 %	51 %	48 %
Kaum bzw. gar nicht	17 %	8 %	10 %	7 %	9 %
Keine Angabe	—	1 %	—	1 %	1 %

Sexistische Angriffe in den sozialen Netzwerken – Ergebnisse der Interviews

Die Berichterstattung in den klassischen Medien wie Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen wird von den Interviewpartnerinnen als vergleichsweise sachlich eingeschätzt, mit der Einschränkung, dass auch in den Medien ihr Äußeres und ihr Privatleben häufiger thematisiert würden. Jedoch berichten die Politikerinnen mehrheitlich davon, dass sie in den sozialen Netzwerken immer wieder Anfeindungen erleben, die sie gezielt als Frauen herabwürdigen und die auf ihren Körper und ihre Sexualität abzielen.

Hier handelt es sich um ein erschreckend breites Spektrum an Beleidigungen, Herabwürdigungen und Drohungen. Dieses reicht von ordinären Beschimpfungen und Beleidigungen mit Bezug auf das Aussehen, über (extrem) obszöne Bemerkungen bis hin zu Androhungen sexueller Gewalt und Vergewaltigung. Davon berichten Frauen aus allen Parteien.

Eine Politikerin der Grünen hat beobachtet, dass auch ihr männlicher Co-Sprecher Anfeindungen erfahre. Doch im direkten Vergleich zeige sich der Unterschied: Dem Mann würde vorgeworfen, „*was die Grünen wieder für eine blöde Politik*“ machen. Bei ihr seien die Anfeindungen „*viel sexualisierter*“ und würden „*sich viel mehr auf den Körper richten*“.

Eine Abgeordnete der Grünen berichtet: „*Ich habe krudeste, härteste Diskreditierungen erfahren, aber auch Drohungen, auch Androhung sexualisierter Gewalt, sexualisierte Sprache und Gewalt. Das ist zum Teil schon unerträglich.*“

Eine Politikerin der Jungen Union der CDU berichtet davon, wie belastend und erschreckend es für sie war, als sie zum ersten Mal in den sozialen Netzwerken mit Beschimpfungen zu ihrer Figur und überaus obszönen Beleidigungen konfrontiert wurde.

In der Tendenz zielen die Angriffe stärker auf Frauen ab, die eine gewisse Prominenz haben bzw. sichtbar in der Öffentlichkeit stehen, wie auch die Ergebnisse der quantitativen Befragung zeigen. Die Kommunalpolitikerinnen berichten in den Interviews etwas weniger darüber.

Korrespondierend zu den Ergebnissen der quantitativen Befragung wird in den Interviews bestätigt, dass Frauen mit Migrationsbiografie noch stärker von den Angriffen betroffen sind und sich in diesen Fällen sexistische mit rassistischen Anfeindungen verschränken. Eine Politikerin berichtet, dass ihr Partner, der aus einem arabischen Land kommt, rassistisch angegriffen werde, aber auch sie selbst Kommentare erhalten habe, in denen sich rassistische und sexistische Einstellungen verbunden hätten.

Wie sehen die interviewten Männer die Situation? Die Politiker der mittleren und älteren Generation aus CDU, CSU und SPD sehen in den Angriffen in den sozialen Netzwerken vor allem eine allgemeine „*Verrohung der Debattenkultur*“, von der eben auch Männer stark und zunehmend betroffen seien. Bei den jüngeren Politikern von SPD, Linken und Grünen ist dagegen das Bewusstsein für die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern stärker ausgeprägt, und es wird auch der spezifisch sexistische Charakter der Angriffe auf Frauen thematisiert.

Auswirkungen auf das Engagement

Welche Auswirkungen haben diese massiven Anfeindungen und Angriffe? Könnte es sein, dass sie Frauen vom politischen Engagement abhalten?

Hierzu sind die Einschätzungen zweigeteilt. Ein Teil ist der Ansicht, dass Frauen, die sich bereits für das politische Engagement entschieden hätten, sich davon nicht abschrecken ließen und es gegebenenfalls sogar eine Gegenreaktion im Sinne von „*jetzt erst recht*“ geben könne.

Ein anderer Teil vermutet, dass es Politikerinnen vielleicht nicht von ihren politischen Aktivitäten abhalte, wohl aber davon, sich dezidiert zu kontroversen Themen zu äußern. Auch könnten die sexistischen Angriffe zu einem Rückzug aus den sozialen Netzwerken und damit zu weniger Präsenz und Sichtbarkeit führen. Eine Landespolitikerin der Linken habe bereits häufiger von jüngeren Frauen gehört, dass sie sich „*so etwas nicht mehr antun wollen*“. Dies gilt vor allem für die kommunale Ebene: Während auf Landes- und Bundesebene mehr Unterstützung vorhanden sei, unter anderem durch die Rechtsabteilungen der Fraktionen, die strafrechtlich relevante Dinge zur Anzeige bringen könnten, oder durch Mitarbeiter*innen, die Netzwerke filterten und Beleidigungen und Angriffe blockierten, seien kommunale und nicht hauptamtlich tätige Politiker*innen oft auf sich selbst gestellt.

Das politische Klima: Attacken innerhalb und außerhalb der Parteien

Der Umgangston in den Landesparlamenten und im Bundestag, etwa in den Ausschüssen, wird von den Interviewpartnerinnen mehrheitlich als sachlich und professionell beschrieben. Dies gilt parteiübergreifend. Im Bundestag und in den Landtagen würden Grenzüberschreitungen durch eine professionelle Sitzungsleitung in der Regel unterbunden. Auch Sorge die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit für eine gewisse Disziplinierung der Abgeordneten.

In den Kommunalparlamenten berichten Politikerinnen, und hier vor allem jüngere Frauen, häufiger über Angriffe durch den politischen Gegner, die sich „*unterhalb der Gürtellinie*“ bewegten oder darauf abzielten, sie „*emotional zu packen*“ oder „*ins Herz zu stechen*“. Sie berichten auch darüber, dass es ihnen schwerfalle, diese zu verarbeiten.

Solche Äußerungen würden vor allem dann hervorgerufen, wenn es um Themen gehe, die um die sexuelle Selbstbestimmung, die sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität kreisen, zum Beispiel um die Rechte von transsexuellen Menschen. Diese Erfahrung wird teilweise auch von Interviewpartnerinnen aus dem Bundestag erwähnt, vor allem in Zusammenhang mit der AfD-Fraktion.

Wenn Politikerinnen unsachliche und sexistisch gefärbte Angriffe erfahren, dann geschieht dies vorwiegend innerhalb der eigenen Partei. Die Politikerinnen erklären dies damit, dass es innerhalb der eigenen Partei immer auch um Konkurrenz, um Posten und Positionen bzw. um „*Machtkämpfe*“ gehe. Die Auseinandersetzungen seien daher von einer anderen Intensität: „*Die krassen Auseinandersetzungen, auch sexistischer Art, finden eher im eigenen Umfeld statt und nicht mit anderen Parteien*“, so eine FDP-Politikerin.

In der ganz überwiegenden Mehrzahl gehen die Angriffe von Männern aus. Vereinzelt aber sind es auch Frauen, die sich zum Beispiel herablassend über Aussehen oder Kleidung äußern oder sich daran beteiligen, anderen Frauen Affären nachzusagen, um ihre Kompetenz infrage zu stellen.

Bei den Grünen scheinen sexistische Äußerungen innerhalb der Partei weniger vorzukommen. Mehrere Politikerinnen führen dies darauf zurück, dass vor allem die jüngeren Männer innerhalb der Grünen bereits anders sozialisiert worden seien.

Chancengleichheit erreicht? Der Gendergap



Wie schätzen Politiker*innen für ihre jeweilige Partei die Karrierechancen für Frauen und Männer ein? Haben Frauen und Männer die gleichen Chancen oder ist eines der Geschlechter im Vorteil? Die Ergebnisse der Befragung zeigen nach Geschlecht, Alter und Parteizugehörigkeit sehr aufschlussreiche Unterschiede auf; sie werden im Folgenden ausführlich dargestellt und lediglich um einige wenige Aspekte aus der Interviewstudie ergänzt.

Karrierechancen allgemein

Politiker und Politikerinnen schätzen die aktuelle Situation sehr unterschiedlich ein. Die Mehrzahl der befragten Politiker ist überzeugt, dass Männer und Frauen in der eigenen Partei gleich gute Chancen haben; 45 Prozent der Politikerinnen dagegen sehen Männer im Vorteil und lediglich 4 Prozent Frauen. Bundespolitisch aktive Frauen sind wesentlich skeptischer als Frauen, die auf Landesebene oder in den Kommunen aktiv sind, dass Frauen und Männer heute bereits gleich gute Chancen in ihrer Partei haben. Auf Bundesebene sind 57 Prozent der Politikerinnen überzeugt, dass Männer im Vorteil sind, auf Landes- und kommunaler Ebene sind es knapp 44 Prozent.

Kommunale Ebene, Landesebene und Bundesebene

Wenn die Chancen von Männern und Frauen für die verschiedenen politischen Ebenen getrennt zur Diskussion gestellt werden, gibt es ein deutliches Gefälle: Je höher die politische Ebene, desto schlechter ist es nach Einschätzung der befragten Politikerinnen um die Chancengleichheit von Männern und Frauen bestellt. Auf kommunaler Ebene sehen noch 57 Prozent weitgehend gleich gute Chancen, auf Landesebene 45 Prozent und auf Bundesebene nur 39 Prozent. Gegenläufig steigt der Anteil der Politikerinnen, die Männer im Vorteil sehen: 35 Prozent sind überzeugt, dass Männer auf der kommunalen Ebene bessere Chancen haben als Frauen, 42 Prozent sagen das für die Länderebene, 44 Prozent für die Bundesebene.

Jüngere Politikerinnen bewerten die Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen auf Landesebene wie auf Bundesebene optimistischer als Politikerinnen ab 45 Jahre. So ist die Mehrheit der unter 45-jährigen Politikerinnen auch in Bezug auf die Landesebene überzeugt, dass Männer und Frauen gleich gute Chancen haben, auf Bundesebene sind es 47 Prozent. Von den über 45-jährigen Politikerinnen glaubt nur noch gut jede Dritte an gleiche Chancen.

Abb. 24: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien

Was würden Sie sagen: Haben Männer und Frauen in Ihrer Partei grundsätzlich gleich gute Chancen, aufzusteigen und Karriere zu machen, oder haben Männer bessere Chancen oder Frauen bessere Chancen?

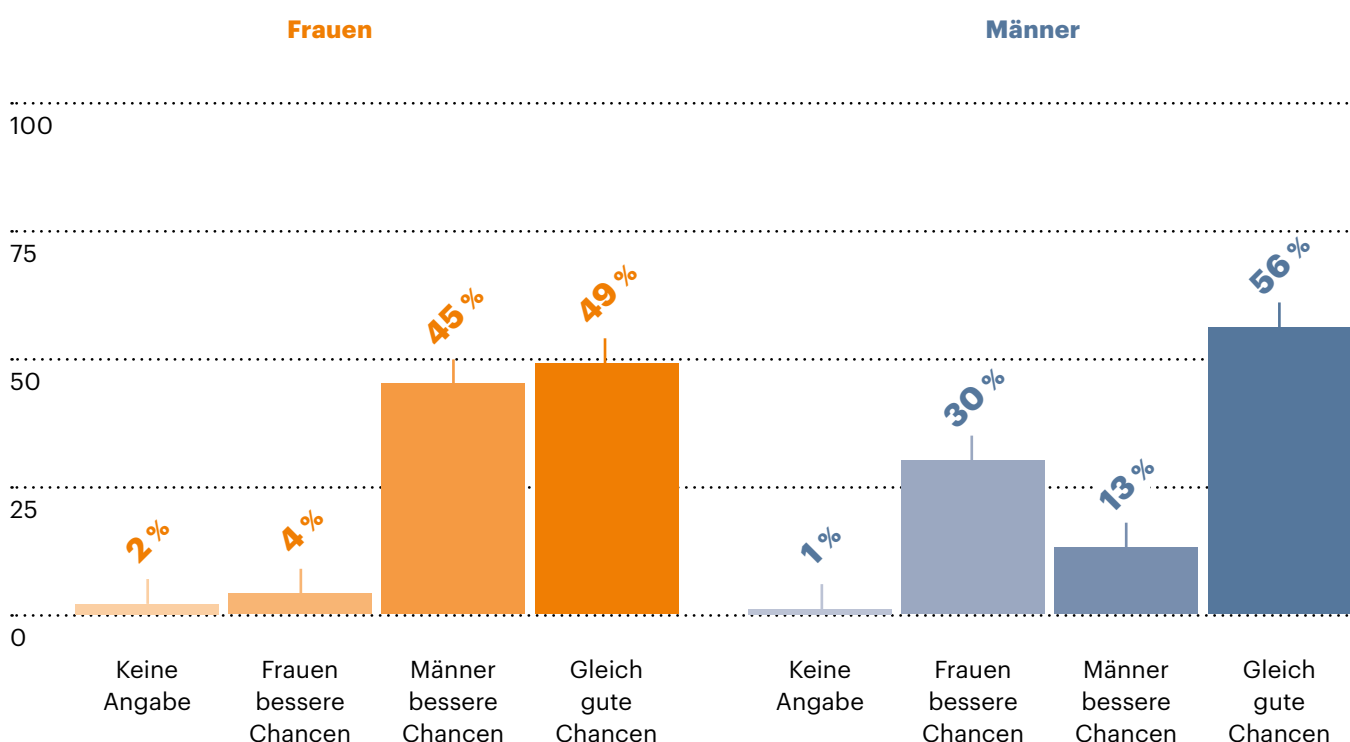
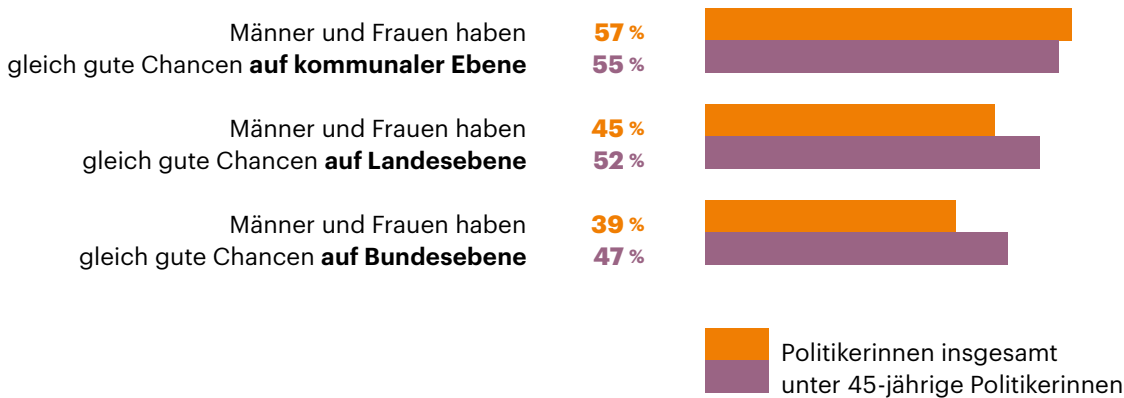


Abb. 25: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien nach politischer Ebene und Alter

Wie ist das speziell bei kommunalen Ämtern/bei Ämtern auf Landesebene/bei Ämtern auf Bundesebene: Haben hier Ihrer Erfahrung nach Männer und Frauen in Ihrer Partei grundsätzlich gleich gute Chancen, diese Ämter zu erreichen, oder haben Männer bessere Chancen oder Frauen bessere Chancen?



Unterschiede nach Parteien

Besonders interessant ist die Aufgliederung nach Parteizugehörigkeit. Die differenzierte Bewertung der Chancen von Frauen auf den verschiedenen politischen Ebenen ist keineswegs in allen Parteien gleich.

Vielmehr schätzen Politikerinnen der Grünen und auch der Linken die Chancen von Frauen auf allen politischen Ebenen ähnlich ein. So sind zwei Drittel der Politikerinnen der Grünen überzeugt, dass Frauen in ihrer Partei auf kommunaler Ebene genauso gute Chancen haben wie Männer; für die Landesebene fällen 61 Prozent der Politikerinnen der Grünen dieses Urteil, für die Bundesebene 60 Prozent. Von den Politikerinnen der Linken sind 56 Prozent überzeugt, dass Frauen sowohl auf kommunaler wie auf Landesebene ähnliche Chancen haben wie Männer, auf Bundesebene sind es 53 Prozent.

Dagegen werden die Chancen auf den verschiedenen politischen Ebenen von Politikerinnen der CDU/CSU und der FDP und teilweise auch der SPD extrem unterschiedlich gesehen. Von den Politikerinnen der CDU/CSU ist jede Zweite überzeugt, dass auf kommunaler Ebene Chancengleichheit weitgehend gegeben ist; für die Landesebene fällen nur noch 32 Prozent dieses Urteil, für die Bundesebene 27 Prozent.

Ähnlich ist das Gefälle zwischen den verschiedenen politischen Ebenen im Urteil der Politikerinnen der FDP: Auf kommunaler Ebene geht die Mehrheit von Chancengleichheit aus, auf Landesebene sind es noch 41 Prozent, auf Bundesebene lediglich 30 Prozent.

Die Politikerinnen der SPD sehen auf Landesebene Chancengerechtigkeit in ihrer Partei noch eher gewahrt; auf Bundesebene ist jedoch auch nur jede dritte Politikerin der SPD überzeugt, dass Frauen und Männer in ihrer Partei ähnliche Chancen haben, Ämter und Positionen zu erlangen.

Auch Politikerinnen der AfD differenzieren stark zwischen den politischen Ebenen; ihr Urteil unterscheidet sich von dem anderer Politikerinnen in erster Linie auf kommunaler Ebene, wo AfD-Politikerinnen einmütig der Überzeugung sind, dass Männer und Frauen gleiche Chancen haben. Für die Landesebene sehen das nur 50 Prozent so, für die Bundesebene noch weniger.

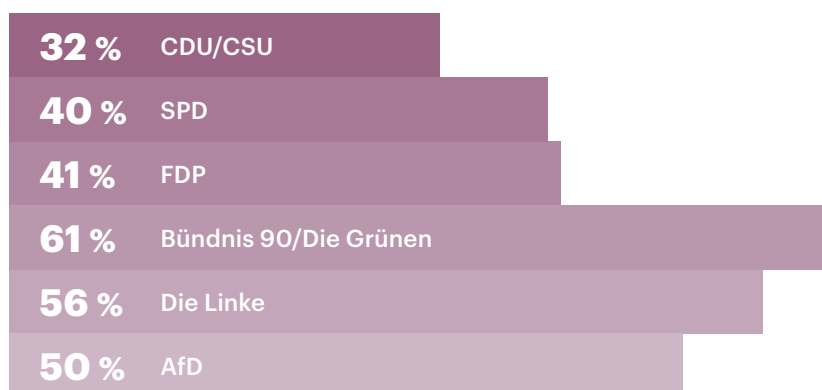
Abb. 26: Einschätzung der Karrierechancen auf verschiedenen politischen Ebenen nach Parteizugehörigkeit der befragten Politikerinnen

Wie ist das speziell bei kommunalen Ämtern/bei Ämtern auf Landesebene/bei Ämtern auf Bundesebene: Haben hier Ihrer Erfahrung nach Männer und Frauen in Ihrer Partei grundsätzlich gleich gute Chancen, diese Ämter zu erreichen, oder haben Männer bessere Chancen oder Frauen bessere Chancen?

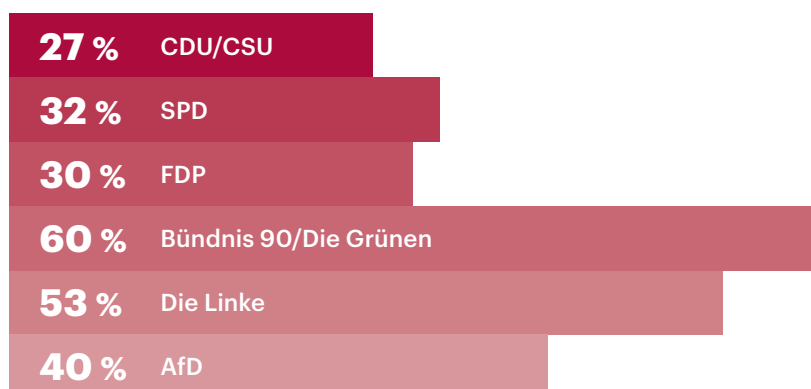
Gleich gute Chancen **auf kommunaler Ebene.**
Politikerinnen der jeweiligen Partei.



Gleich gute Chancen **auf Landesebene.**
Politikerinnen der jeweiligen Partei.



Gleich gute Chancen **auf Bundesebene.**
Politikerinnen der jeweiligen Partei.



Der Gendergap innerhalb der Parteien

Schlüsselt man nach Parteizugehörigkeit auf, wie die politisch aktiven Frauen und Männer jeweils die Chancengleichheit in ihrer Partei einschätzen, so zeigen sich gleichfalls interessante Unterschiede zwischen den Parteien, vor allem aber in Einschätzungen von Frauen und Männern.

Männer bewerten den Grad der Chancengleichheit positiver. Bei der CDU/CSU sind es 49 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen, die der Aussage zustimmen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben; bei der SPD sind es 56 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen. Bei den Grünen ist das Bild ein anderes: Hier sehen tatsächlich 65 Prozent der Frauen gegenüber 53 Prozent der Männer die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern gegeben.

Am deutlichsten werden die Unterschiede in den Einschätzungen der Parteien und der Geschlechter bei der Frage, ob jeweils Männer oder Frauen die besseren Chancen haben. Hier tut sich in allen Parteien ein deutlicher Gendergap auf: Bei CDU/CSU und SPD gehen jeweils über 50 Prozent der Frauen davon aus, dass Männer die besseren Chancen haben, bei den Grünen sind 27 Prozent dieser Ansicht. Gleichzeitig geht rund ein Drittel der Männer bei CDU/CSU, SPD und Grünen davon aus, dass Frauen die besseren Chancen haben, bei den Frauen teilen jeweils nur unter 10 Prozent diese Einschätzung.

Bei der CDU/CSU weichen die Einschätzungen von Frauen und Männern durchgängig am stärksten voneinander ab, am deutlichsten auf der Bundesebene. Nur 18 Prozent der Männer, aber 61 Prozent der Frauen glauben, dass Männer bessere Chancen haben. Noch deutlicher werden die unterschiedlichen Einschätzungen bei der Frage, ob Frauen die besseren Chancen haben: Knapp ein Drittel der Männer bejaht dies, bei den Frauen dagegen keine Einzige. Auch für die Landes- und kommunale Ebene zeigen sich vergleichbar gravierende Unterschiede in den Einschätzungen der CDU/CSU-Politiker*innen.

Mehr Frauen in politischer Verantwortung

Welche Bedeutung messen die befragten Politiker*innen dem Anliegen bei, mehr Frauen in Positionen mit politischer Verantwortung zu bringen?

Die Politikerinnen und auch die große Mehrheit der befragten Politiker sind sich einig, dass es wichtig ist, den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen zu erhöhen: 92 Prozent der Frauen und 77 Prozent der Männer sind davon überzeugt. Der Anteil, der diesem Ziel überhaupt keine Bedeutung beimisst, macht bei Frauen gerade einmal 1 Prozent aus, bei Männern 8 Prozent.

Die Frage, wie dringlich diese Aufgabe ist, trennt Männer und Frauen jedoch stärker wie auch Politikerinnen der verschiedenen Parteien. Insgesamt halten es 73 Prozent der befragten Politikerinnen für „sehr wichtig“, den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen zu erhöhen; von den befragten Politikern messen nur 36 Prozent diesem Ziel eine große Bedeutung bei. Gleichzeitig gibt es hier signifikante Unterschiede zwischen Politikerinnen der Grünen, der Linken und der SPD einerseits und den Unionsparteien, der FDP und insbesondere der AfD andererseits: Von den Politikerinnen der Grünen und der Linken halten es über 90 Prozent für vordringlich, den Anteil an Frauen in politischen Positionen zu erhöhen, von den Politikerinnen der SPD annähernd 80 Prozent. Dagegen halten nur knapp zwei Drittel der FDP-Politikerinnen dieses Ziel für vergleichbar wichtig und nur 54 Prozent der Unionspolitikerinnen. Die AfD ist die einzige Partei, in der es die Mehrheit der Politikerinnen als weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig erachtet, den Anteil der Frauen in verantwortlichen Positionen in der Politik zu erhöhen; lediglich 10 Prozent schreiben diesem Ziel sehr große Bedeutung zu.

Wie beurteilen die Parteien ihre Anstrengungen?

Die überwältigende Mehrheit zieht die Bilanz, dass die eigene Partei erhebliche Anstrengungen unternimmt, den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen zu erhöhen; Männer und Frauen sehen dies ähnlich: 84 Prozent der befragten Politiker und 77 Prozent der Politikerinnen attestieren der eigenen Partei, dass sie sich hier wirklich engagiert. Jüngere Politikerinnen haben diesen Eindruck noch mehr als ihre älteren Kolleginnen. 88 Prozent der unter 45-jährigen Politikerinnen bescheinigen der eigenen Partei große Anstrengungen in diesem Bereich, bei den über 45-jährigen Politikerinnen teilen 73 Prozent diese Ansicht.

Dabei gibt es allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien. Weitaus mehr Politikerinnen der Grünen, der Linken und der SPD haben den Eindruck, dass sich die eigene Partei hier stark engagiert, als Politikerinnen aus den Unionsparteien, der FDP und insbesondere der AfD. Von den Politikerinnen der Grünen attestieren 96 Prozent der eigenen Partei großes, 82 Prozent sogar sehr großes Engagement. Dagegen schreiben nur 61 Prozent der Unionspolitikerinnen ihrer Partei ein starkes und ganze 9 Prozent ein sehr starkes Bemühen zu. Allein die AfD-Politikerinnen können mehrheitlich diesbezüglich kein besonderes Engagement der eigenen Partei erkennen; dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten befragten Politikerinnen der AfD diesem Ziel auch selbst keine große Bedeutung beimessen.³⁸

38 Es sei daran erinnert, dass sich nur 20 AfD-Politikerinnen an der Umfrage beteiligt haben.

Abb. 27: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien nach Parteizugehörigkeit und Geschlecht

Die fehlenden Prozentpunkte zu 100 Prozent entfallen auf die Antwort „Keine Angabe“.

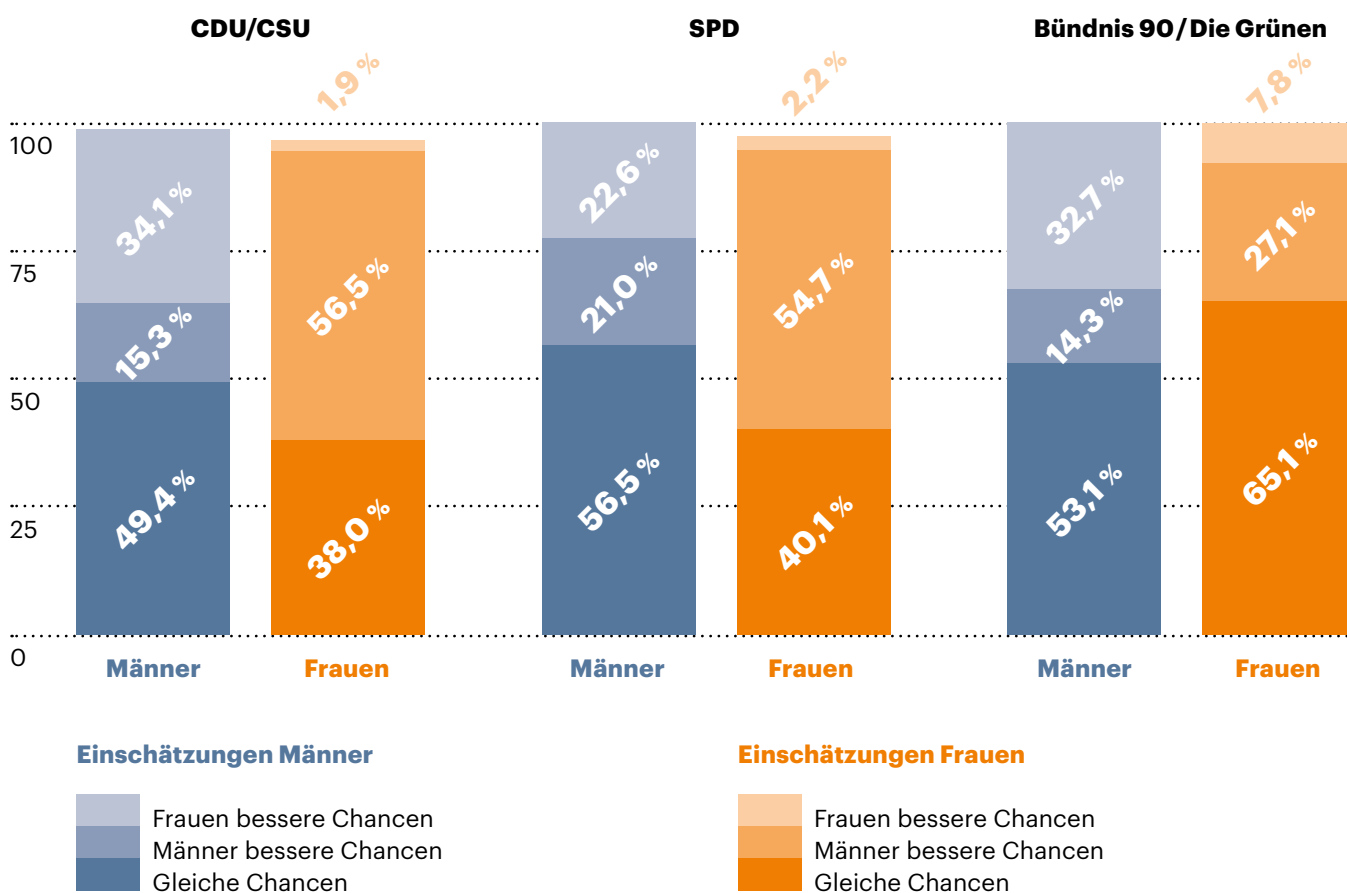


Abb. 28: Beurteilung der Wichtigkeit von Frauen in politischer Verantwortung

Wie wichtig finden Sie es, den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen zu erhöhen?

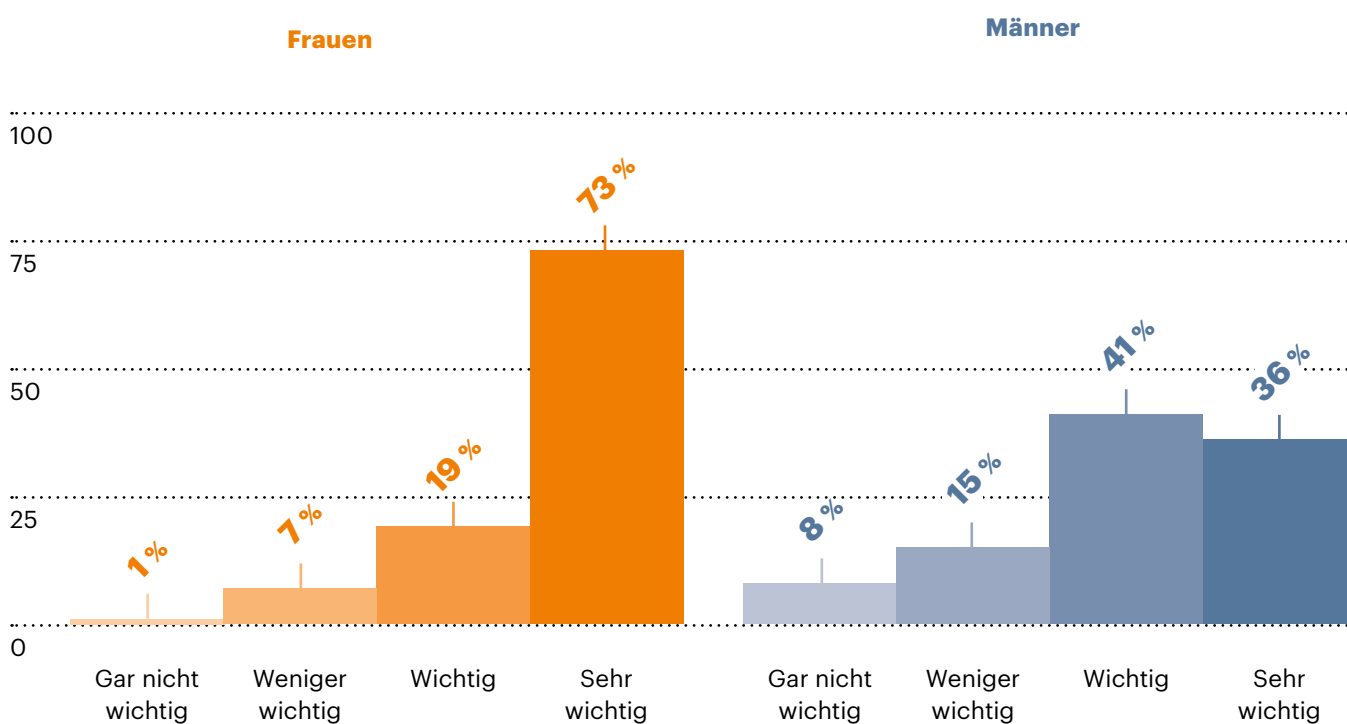
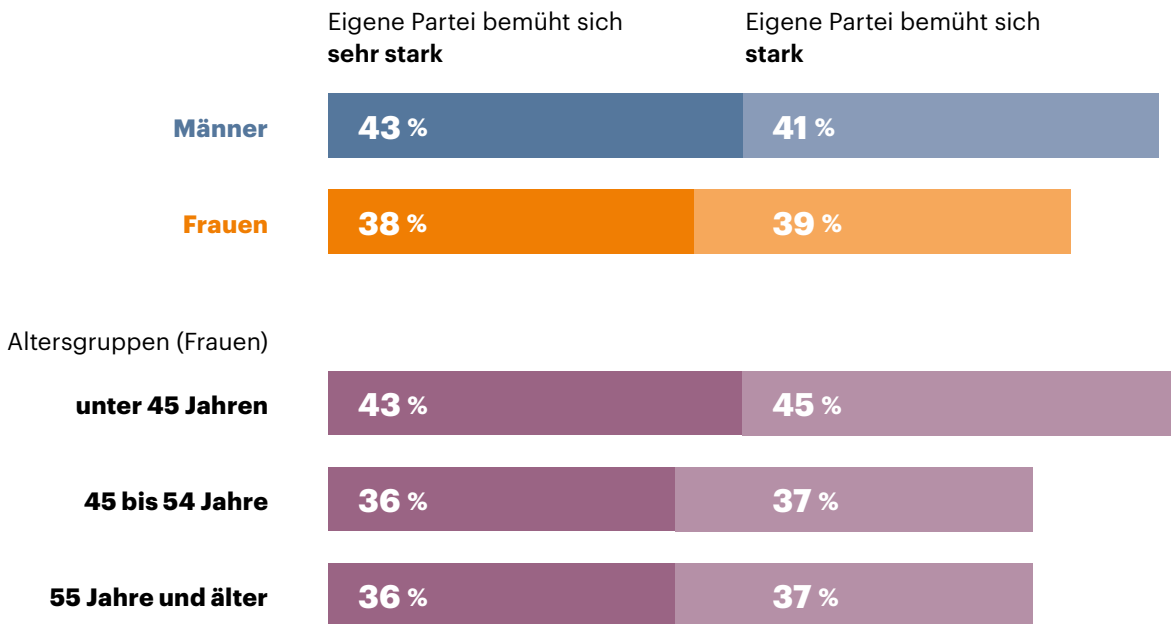
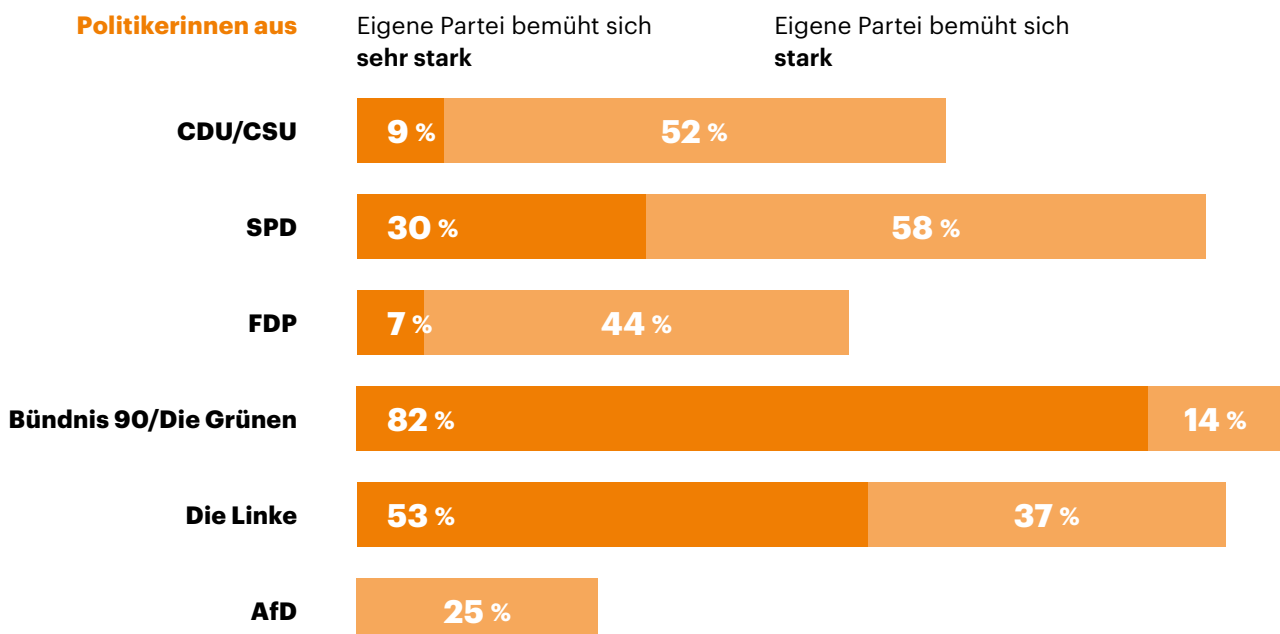


Abb. 29: Einschätzung der Aktivitäten der eigenen Partei zur Erhöhung des Frauenanteils

Wie stark bemüht sich Ihre Partei darum, den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen zu erhöhen?


Abb. 30: Einschätzung der Aktivitäten der eigenen Partei zur Erhöhung des Frauenanteils (Frauen)

Wie stark bemüht sich Ihre Partei darum, den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen zu erhöhen?



Chancengleichheit und Parteikulturen – Einschätzungen aus den Interviews

Die Einschätzungen zur Chancengleichheit unterscheiden sich erheblich: sowohl nach Parteizugehörigkeit, was angesichts unterschiedlicher politischer Positionen der Parteien zu Frauen- und Gleichstellungspolitik wenig überraschend ist, als auch zwischen Frauen und Männern, vor allem innerhalb der Parteien.

In den Interviews haben wir gefragt, ob und in welcher Form Unterschiede in den Karrierechancen und -verläufen von Frauen und Männern wahrgenommen werden und welche Faktoren dafür verantwortlich sind. Hierzu werden weitere Aspekte ergänzt: Wie wird der Anpassungsdruck, der auf Frauen lastet, beurteilt und wie offen ist man, für Veränderungen in das strukturelle Gefüge wie in die Kultur der Partei einzugreifen? Wie stark wird die männlich geprägte Kultur überhaupt wahrgenommen? Die Ergebnisse werden nun geclustert nach Parteien erläutert.

CDU/CSU: Bei den Frauen und Männern aus der CDU/CSU gibt es zunächst breiten Konsens in der Frage, dass in erster Linie mehr Frauen als Mitglieder gewonnen werden müssten, um die Basis für mehr Frauen in Ämtern und Mandaten zu verbreitern und damit auch ihre Karrierechancen zu erhöhen. Doch sind auch viele Stimmen von Politikerinnen zu hören, die sich kritisch mit den Einstellungen innerhalb der Partei auseinandersetzen und weitergehende Veränderungen anmahnen. Eine Kommunalpolitikerin der CSU glaubt, dass Männer gegenüber Frauen oft noch eine „gönnerhafte Haltung“ einnehmen würden: *„Es ist immer noch nicht wirklich angekommen, dass Frauen das gleiche Recht auf Teilhabe haben und darauf, auch die Positionen einzufordern.“*

Es wird auch über Widerstände berichtet: Vor allem in ländlichen, stärker konservativ geprägten Gegenden seien Männer oft sogar aufgebracht oder „wütend“ über die Förderung von Frauen. Es seien vor allem junge Männer, die „schlichtweg aus Karrieregründen“ Widerstand leisteten, so die Einschätzung einer jüngeren Politikerin. Den Spagat, den ihre Partei zu vollbringen habe, bringt sie auf folgende Formel: *„Wie schafft man es, die jungen Frauen zu gewinnen, ohne die alten Männer so zu verunsichern, dass sie zur AfD abwandern?“*

Mehrfach wird der Anpassungsdruck, der auf den Frauen liege, angesprochen. Die Politikerinnen aus dem konservativen Spektrum sehen aber gleichzeitig wenig Hebel, dies zu verändern. So meint eine Bundestagsabgeordnete: *„Die Grundfrage ist doch: Müssen sich Frauen der Männerwelt anpassen? Die Frauen, die anpassungsfähiger sind, kommen einfacher durch (...). Oder soll sich die Männerwelt den Frauen anpassen? Wenn du das Letztere von einer sehr männlich dominierten Welt verlangst, wird es echt schwierig.“*

Männliche Interviewpartner aus CDU/CSU sehen gleichfalls den Anpassungsdruck, der auf Frauen lastet, ziehen aber daraus den Schluss, die Frauen auf dem Weg in die gegebenen Strukturen zu unterstützen. So erläutert ein CSU-Politiker, wo aus seiner Sicht die Hürden liegen: Frauen in seiner Partei seien entweder „zu zurückhaltend“ oder nähmen sich zu viel vor, indem sie alles schaffen wollten: Parteipolitik, Familie, oft noch zusätzliche Ehrenämter. Vielfach würden Frauen dann „ausbrennen“ und sich ganz aus der Politik zurückziehen. Eine dritte Variante ist aus seiner Sicht, dass Frauen „zu ambitioniert“ seien. Zu offensichtliche Karriereabsichten kämen generell in der CSU nicht gut an, aber er gesteht ein, dass es bei Frauen gegebenenfalls besonders „bitter“ sein könne, wenn dadurch ihre Chancen beeinträchtigt seien.

Ein Kommunalpolitiker der CDU ist überzeugt, dass Frauen und Männer in der CDU die gleichen Chancen haben; bei ihm schwingt die Einschätzung mit, dass Frauen aktuell sogar besondere Beachtung und Förderung erfahren würden: *„Wenn eine Frau halbwegs geradeaus reden kann, dann hat sie doch beste Chancen.“*

Diese Äußerung steht vermutlich für eine recht weit verbreitete (Abwehr-)Haltung konservativer Politiker. Diese schlägt sich auch in den Ergebnissen der Befragung nieder, wonach rund ein Drittel der CDU/CSU-Politiker tatsächlich von besseren Chancen für Frauen ausgeht – obwohl die realen Zahlen eine ganz andere Sprache sprechen. In dieser Einschätzung liegt in gewisser Weise eine Verwechslung des Ziels mit dem Weg vor; denn auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung sind in der Tat Maßnahmen notwendig, die die Chancen von Frauen gegenüber denen von Männern erhöhen.

FDP: Bei der FDP fällt das Bild durchwachsen aus. Nur 7 Prozent der Politikerinnen gehen in der quantitativen Befragung davon aus, dass sich die Partei sehr stark für Gleichstellung einsetzt; 44 Prozent sehen immerhin starke Bemühungen. Die Chancen für Frauen werden auf kommunaler Ebene höher eingeschätzt als auf Landes- und Bundesebene. Dies bestätigen auch die Interviews: *„Die Probleme beginnen, wenn es um Mandate in Bund und Ländern geht“*, so eine Bundestagsabgeordnete. Berichtet wird unter anderem von *„Absprachen im Hintergrund“* und, wie bereits in den vorherigen Kapiteln erläutert, von männlich dominierten Netzwerken und der Instrumentalisierung von Frauen. Auch wird bemängelt, dass sich die Männer zu wenig für Gleichstellungsfragen interessieren; in der AG Diversity würden sich überwiegend Frauen engagieren.

Mehrfach werden Konflikte zwischen neuen Mitgliedern und alteingesessenen Mitgliedern erwähnt. Eine Kommunalpolitikerin bezeichnet die Orts- und Kreisverbände geradezu als „Innovationsverhinderer“. Sie habe zu spät erkannt, dass sie keine Chancen gehabt hätte, bei der Kandidatur für ein attraktives Mandat gegen jemanden zu gewinnen, der 20 Jahre Kreisvorsitzender war. Wichtig sei es daher, in die Fläche zu wirken und den Kreisverbänden zum Beispiel Coaches zur Seite zu stellen.

SPD: Obgleich die SPD seit rund 25 Jahren eine Geschlechterquote von 40 Prozent bei Ämtern und Listenplätzen hat, sind knapp 55 Prozent der Politikerinnen überzeugt, dass Männer weiterhin die besseren Chancen haben. Die Interviews geben eine Fülle von Hinweisen, die zum Teil bereits in den vorangegangenen Kapiteln ausführlicher behandelt wurden; es stehen im Folgenden die Wahrnehmungen und Beobachtungen der Männer im Vordergrund.

Zum einen gibt es die Einschätzung, die Dinge hätten sich zum Besseren gewandelt: In früheren Zeiten sei es tatsächlich noch schlimmer gewesen. Ein Kommunalpolitiker meint beispielsweise, dass es in der SPD keinen offensichtlichen „Chauvinismus“ mehr gebe und dass der Begriff „Quotenfrau“ nicht mehr als Schimpfwort gebraucht werde.

Zum anderen verorten Interviewte das eigentliche Problem eher im informellen Bereich, wo die eingespielten Mechanismen der gegenseitigen Männerförderung weiterhin gut funktionierten. Im Netzwerken seien Frauen alles in allem weniger erfolgreich, wenn es darum gehe, sich gegenseitig in Amt und Mandat bzw. in Führungspositionen zu bringen.

Mit Blick auf männliches Dominanz- und Diskussionsverhalten resümiert ein Bundestagsabgeordneter, dass *„Frauen auf diese Art der Kultur keinen Bock haben. Das verhindert fast, dass Frauen reinkommen.“* Vielfach weisen Politiker auf das Dilemma hin: Frauen müssten sich an die gegebenen Spielregeln halten, um erfolgreich zu sein. Doch so würde sich die Kultur nicht verändern, so wünschenswert dies eigentlich sei.

Aufschlussreich ist an diesen Einschätzungen, dass der Einsatz und die Arbeit an den Veränderungen nach wie vor als Aufgabe der Frauen selbst gesehen werden und nicht als eine Bemühung von allen bzw. vorrangig der Männer.

Die Linke: Ähnlich wie bei der SPD zeigt sich in der Linkspartei, dass Quoten, Doppelspitzen und eine sich als feministisch verstehende Programmatik nicht automatisch zur Veränderung der Parteikultur führen. Ohnehin, so der Eindruck aus den Interviews, gehen die Politikerinnen und Politiker der Linken hart mit ihrer Partei ins Gericht und halten mit offenen und selbstkritischen Worten nicht hinter dem Berg.

Ein junger Politiker erklärt: *„Wie oft habe ich diesen Satz gehört: Wir brauchen noch eine Frau.“* Gleichzeitig gebe es *„ungeheure Mackerstrukturen“*. Die Männer vor Ort seien schon ewig da und integrierten junge Männer kaum und erst recht nicht junge Frauen. Eine Kommunalpolitikerin aus einem anderen Landesverband sieht das ähnlich und ergänzt, dass die Förderstrukturen für Frauen – etwa Quotenregelungen und Frauenplenum – vor Ort nicht greifbar genug seien. Auf Kreisebene sei die Dominanz der älteren Männer besonders stark ausgeprägt und es herrsche *„permanente Diskriminierung“*. Auch die Linke sei von *„patriarchalen Strukturen“* nicht frei, teilweise gebe es *„männerbündische Strukturen“*, die andere von Informationen und Absprachen ausschließen würden.

Bündnis 90/Die Grünen: Bei den Grünen sind, im Unterschied zu allen anderen Parteien, insgesamt mehr Frauen als Männer überzeugt, dass Chancengleichheit gegeben ist. Dazu hat aus Sicht der Interviewpartnerinnen eine Reihe von strukturellen Maßnahmen beigetragen, etwa die 50-prozentige Mindestquotierung, die Frauen nicht zwingt, gegeneinander anzutreten. Auch seien Veränderungen in der Parteikultur mittlerweile spürbar.

Doch selbst unter diesen positiven Vorzeichen sind es auch bei den Grünen immerhin noch 27 Prozent der Politikerinnen, die davon ausgehen, dass Männer bessere Chancen hätten. Männer kämen häufiger als Frauen bereits mit einer eigenen *„Agenda“* zu den Grünen, nach dem Motto: *„Ich will denen jetzt mal was erzählen“*, während Frauen zurückhaltender seien. Ein Kommunalpolitiker beobachtet, dass Frauen in den Diskussionen vor Ort bisweilen *„ein wenig untergehen“*. Dass Männer weniger Bedenken hätten, Posten anzunehmen, darauf wird, wie in anderen Parteien auch, gelegentlich hingewiesen: *„Männer schreien einfach viel schneller ‚Hier!‘, wenn sie einen Posten kriegen können“*, so eine Bundestagsabgeordnete.

Auch wenn die Existenz von Männernetzwerken nicht bestritten wird, so hat eine Politikerin der Grünen Jugend doch den Eindruck gewonnen, dass die männlichen Netzwerke nicht (mehr) so stark ausgeprägt sind: *„Ich habe das Gefühl, dass es wenig diese richtigen Männerbünde gibt. Ich glaube, das fänden die Leute selbst unangenehm.“* Sie attestiert den jüngeren Männern zudem einen hohen Bewusstseinsgrad gegenüber der Diskriminierung von Frauen. Eine andere Bundestagsabgeordnete konstatiert, dass Absprachen und informeller Informationsaustausch, etwa in den unterschiedlichen Flügeln der Partei, zwar vorhanden und in der Politik auch notwendig seien. Doch selbst in den informellen Netzwerken gebe es mittlerweile den Anspruch, *„quotiert zu sein“*.

Die Parteien haben auf dem Weg zur Gleichberechtigung unterschiedliche Wegstrecken zurückgelegt. Sie haben jeweils eigene Hürden auf diesem Weg zu überwinden. Aber genauso gibt es gemeinsame Herausforderungen, bei denen sie auch parteiübergreifend entschlossener handeln könnten. Mit welchen Konzepten und Maßnahmen das gelingen kann, beschreiben die beiden folgenden Kapitel.

Einschätzungen zu Maßnahmen, Quoten und Parität



Welche Maßnahmen bewerten die Politiker*innen als zielführend, um positive Veränderungen zu bewirken? Breiter Konsens besteht parteiübergreifend zu Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit der Parteiarbeit mit dem Familien- bzw. Privatleben. Erneut zeigen sich in der Bewertung und Priorisierung von Maßnahmen jedoch auch Unterschiede, sowohl zwischen Frauen und Männern als auch zwischen den Parteien. Dies gilt vor allem für die Bewertung von Quotenregelungen und gesetzlichen Vorgaben zur Parität.

Speziell zum Thema Quote und Parität werden ergänzend Erkenntnisse aus den Interviews vorgestellt. Die vielen konkreten Maßnahmen und weiterführenden Konzepte, die sich daraus ableiten lassen, werden anschließend in Kapitel 11 näher erläutert und systematisiert.

Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils

Die befragten Politiker*innen sehen mehrere Hebel, um den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen nachhaltig zu erhöhen. Besonders die Umgestaltung der Parteiarbeit zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von politischer Arbeit, Beruf und Familie hält die große Mehrheit für Erfolg versprechend: 77 Prozent der Politikerinnen und auch 68 Prozent ihrer männlichen Kollegen sehen in einer familienfreundlicheren Gestaltung der Parteiarbeit ein wesentliches Instrument, um das politische Engagement für Frauen attraktiver zu machen. 76 Prozent der Befragten setzen zudem auf die gezielte Ansprache von Frauen.

58 Prozent der Politikerinnen halten verbindliche Frauenquoten auf allen Ebenen der Partei für einen wirksamen Hebel, 50 Prozent schätzen gesetzliche Vorgaben für die Parität in der Politik als aussichtsreich ein. 53 Prozent befürworten die Einführung von Mentoringprogrammen für Frauen. Politiker bewerten diese Instrumente wesentlich zurückhaltender: Nur 31 Prozent der Männer sehen in einer verbindlichen Frauenquote in der Partei eine wichtige Maßnahme, die das politische Engagement für Frauen attraktiver machen könnte; gesetzliche Vorgaben für die Parität in der Politik erachten nur 23 Prozent der befragten Politiker als geeignet. Auch die weiteren diskutierten Maßnahmen werden von Frauen durchgängig für erfolgversprechender gehalten als von Männern; bei keinem Punkt fällt der Unterschied allerdings so groß aus wie bei Frauenquoten und gesetzlichen Vorgaben für paritätische Lösungen.

Eine wichtige Maßnahme ist aus der Sicht vieler Politikerinnen die Verbesserung der Netzwerkmöglichkeiten für Frauen, wobei viele es für wichtig halten, dass Frauen stärker in die Netzwerke von Männern miteinbezogen werden. 42 Prozent sehen die stärkere Verfolgung von Anfeindungen gegenüber Politikerinnen als ein notwendiges Mittel an, 41 Prozent innerparteiliche Leitlinien für den Umgang miteinander. Jede dritte Frau hält es für bedeutsam, innerparteiliche Stellen zu schaffen, an die sich

Frauen wenden können, wenn sie mit Sexismus oder sexueller Belästigung konfrontiert sind.

Jüngere Politikerinnen erachten fast alle dieser Maßnahmen als noch wichtiger als ihre älteren Kolleginnen. Das gilt vor allem für die Verbesserung von Netzwerkmöglichkeiten und die stärkere Einbeziehung in die „männlichen“ Netzwerke, für gesetzlich vorgegebene Paritätslösungen und eine stärkere Nutzung digitaler Formate. So findet die Mehrheit der unter 45-jährigen Politikerinnen es wichtig, verstärkt digitale Formate einzusetzen, von den über 45-jährigen Politikerinnen sind es dagegen nur 37 Prozent.

Gesetzliche Vorgaben für paritätische Lösungen sowie innerparteiliche Quoten sind die Maßnahmen, bei denen es den größten Dissens zwischen Frauen und Männern, aber auch zwischen den verschiedenen Parteien gibt. 72 Prozent der befragten Politikerinnen sprechen sich für innerparteiliche Frauenquoten aus, dagegen nur 41 Prozent ihrer männlichen Kollegen. 58 Prozent der befragten Politiker beziehen gegen eine Frauenquote Stellung. Die Befürworter einer Quote sprechen sich in der Regel für eine Quote von 50 Prozent aus. Männer und Frauen unterscheiden sich auch in der Einschätzung, ob eine Quote Parteien für Frauen attraktiver macht. Davon sind zwei Drittel der Frauen, aber nur 42 Prozent der Männer überzeugt.

Welche Haltung zur Frauenquote besteht, hängt auch ganz wesentlich von der Parteizugehörigkeit ab: 96 Prozent der Grünen-Politikerinnen, 94 Prozent der Linken-Politikerinnen und 86 Prozent der SPD-Politikerinnen sprechen sich für Frauenquoten aus. Politikerinnen der Unionsparteien sind in dieser Frage dagegen gespalten: 46 Prozent sprechen sich für eine Quote aus, 54 Prozent dagegen. Noch kritischer sehen FDP-Politikerinnen Quotenregelungen: Von ihnen unterstützen nur 30 Prozent eine Frauenquote, 70 Prozent sprechen sich dagegen aus. Einmütig gegen Frauenquoten sind Politikerinnen der AfD.

Abb. 31: Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik

Wie kann es Ihrer Meinung nach am besten gelingen, den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen zu erhöhen bzw. eine Karriere in der Politik für Frauen attraktiver zu machen? Welche der folgenden Punkte halten Sie da für besonders wichtig?

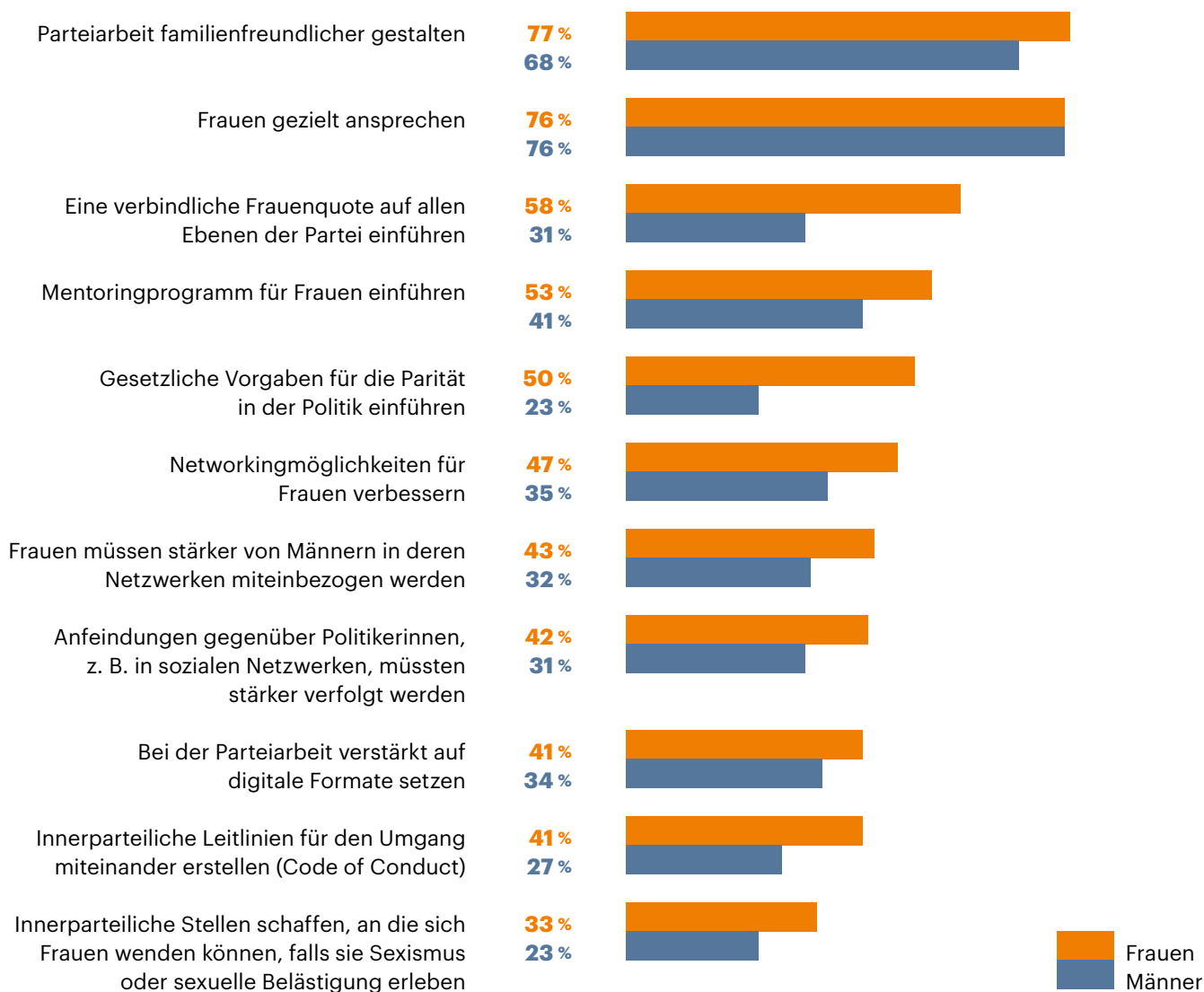


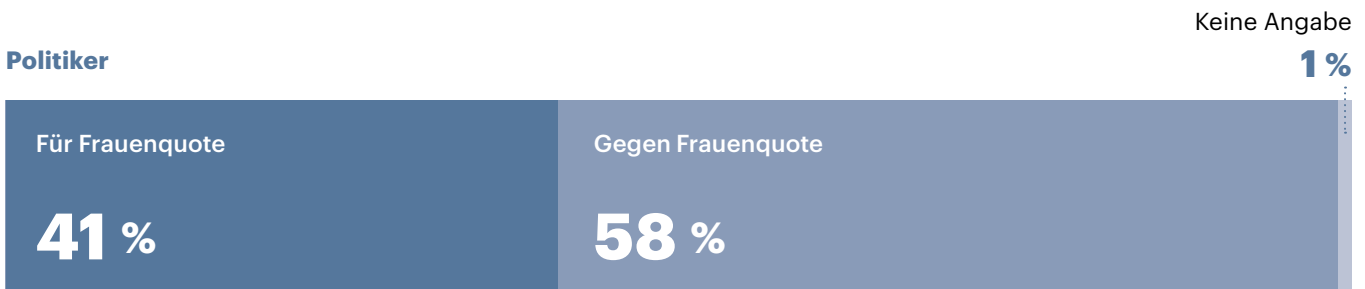
Abb. 32: Einschätzung von Frauenquoten in Parteien

In einigen Parteien gibt es eine Frauenquote, in anderen nicht. Sind Sie grundsätzlich für oder gegen eine Frauenquote in Parteien?

Politikerinnen



Politiker



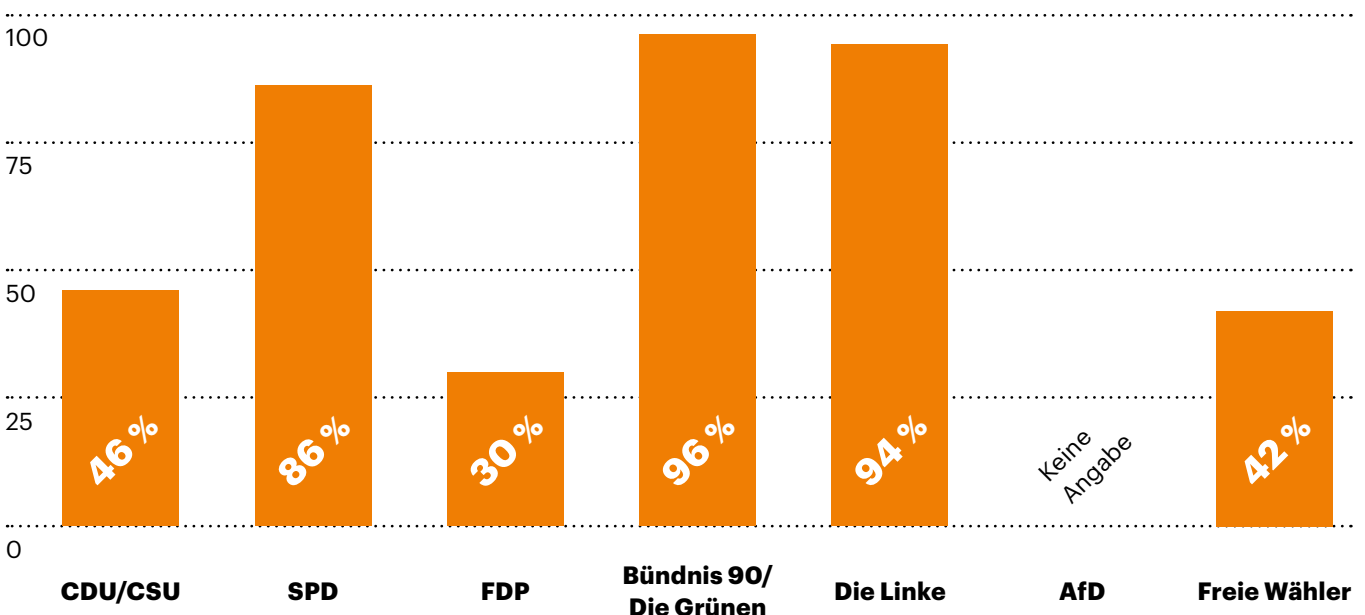
Quote macht Partei attraktiver



Abb. 33: Einschätzung von Frauenquoten in Parteien nach Parteizugehörigkeit (Frauen)

In einigen Parteien gibt es eine Frauenquote, in anderen nicht. Sind Sie grundsätzlich für oder gegen eine Frauenquote in Parteien?

Für eine Quote sind Politikerinnen der folgenden Parteien



Die Debatte um die Quote: Erfahrungen und Tendenzen

Zu der Bewertung von Quoten und den Erfahrungen damit steuern die Interviews einige interessante Aspekte aus den innerparteilichen Diskussionen bei. Die Gesprächspartnerinnen und -partner der Grünen sind weiterhin fest von (ihren) Quoten überzeugt; bei der Linken und der SPD wird zusätzlich der Bedarf formuliert, die Quoten weiterzuentwickeln bzw. in der Fläche besser umzusetzen. Zugleich wird von den Interviewten aus diesem politischen Spektrum aber auch reflektiert, dass Quoten zwar eine wichtige Voraussetzung seien, aber allein nicht ausreichen, um den notwendigen kulturellen Wandel herbeizuführen.

Bei den CDU-Politikerinnen dagegen halten sich Befürwortung und Ablehnung nahezu die Waage. Die Entscheidung über die Einführung von weitergehenden, verbindlichen Quotenregelungen hat die CDU bisher noch nicht getroffen; auf die Entscheidung des zuständigen Parteitags darf man gespannt sein.³⁹

Vor dem Hintergrund, dass bei CDU und CSU kontroverse Meinungen zu Quoten bestehen, wie die Befragung eindrücklich zeigt, erstaunt es wenig, dass in den Interviews die Quote vielfach zunächst einmal als „*schwieriges Thema*“ eingeschätzt wird. Da die beiden Schwesterparteien unterschiedliche Regelungen haben, werden sie hier getrennt betrachtet.

Die Argumente, die von Männern wie von Frauen aus der **CDU** gegen verbindliche Quoten vorgebracht werden, zielen zum einen darauf ab, dass Frauen ohnehin bereits gute, wenn nicht bessere Chancen hätten und diese vor allem nutzen müssten. Dies sagte beispielsweise ein jüngerer Politiker. Aber auch Politikerinnen meinen einzeln, dass die Frauen in der Union weniger „*jammern*“, sondern aktiv und selbstbewusst ihre Karrieren vorantreiben sollten, also im Prinzip Quoten nicht nötig hätten.

Andere führen aus, dass feste Quoten von 40 oder 50 Prozent nicht dem Zustand der Partei entsprechen würden, weil zuallererst der Frauenanteil bei den Mitgliedern wachsen müsse. Allenfalls werden „*dynamische Quoten*“ befürwortet, die sich am jeweiligen Frauenanteil an den Mitgliedern vor Ort orientieren sollten. Als ein Instrument zur Erhöhung des Frauenanteils wird unter anderem ein zu entwickelndes „*Anreizmodell*“ für die Kreisverbände genannt.

Die Befürworterinnen von verbindlichen Quoten in der CDU argumentieren demgegenüber, dass es zu viele frustrierende Erlebnisse mit der Nichteinhaltung des Quorums gebe. Eine Bundestagsabgeordnete sieht die Quote vor allem als ein temporäres Instrument und berichtet von interessanten Erfahrungen vor Ort. In ihrem

Quotenregelungen in den Parteien

CDU: Es gilt ein Quorum, nach dem ein Drittel der Parteiämter, Mandate und Listenplätze an Frauen vergeben werden soll. Kann dieses Ziel in einem ersten Wahlgang nicht erreicht werden, muss die Wahl gegebenenfalls mit neuen Vorschlägen wiederholt werden. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs ist gültig, auch wenn das Quorum nicht erreicht werden konnte. (Statut der CDU, § 15)

CSU: Die CSU kennt keine Regelung für die Quotierung von Listenplätzen und Mandaten. Für den engen Vorstand auf Bezirksebene und an der Parteispitze gilt eine verpflichtende Parität bei der Besetzung. Wahlen der weiteren Mitglieder des Partei- und Bezirksvorstands sind bei einem Frauenanteil von 40 Prozent der gewählten Mitglieder gültig. Im engeren Kreisvorstand gibt es eine Soll-Quote von 50 Prozent. (Satzung der CSU, § 8)

Bündnis 90/Die Grünen: Eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent ist für alle Ämter, Mandate und Listenplätze grundsätzlich vorgesehen. Listenplätze werden alternierend vergeben, wobei die ungeraden Plätze, also auch die jeweilige Spitzenkandidatur, prinzipiell von Frauen besetzt werden sollen. (Frauenstatut von Bündnis 90/Die Grünen, § 1)

Die Linke: Ämter, Mandate und Plätze auf Wahllisten sollen zu 50 Prozent an Frauen vergeben werden. Auf Listen stehen Frauen einer der ersten beiden Listenplätze sowie im Folgenden die ungeraden Plätze zu. (Bundessatzung der Partei Die Linke, § 10)

SPD: Bei Listenaufstellungen und Ämterbesetzungen müssen mindestens 40 Prozent der Plätze an Frauen vergeben werden. Zudem schreibt die Satzung die alternierende Besetzung von Wahllisten nach dem Reißverschlussprinzip für Bundestags- und Europawahlen vor, was einer 50-Prozent-Quote entspricht. (Satzung der SPD, § 4)

FDP: Es gilt keine verpflichtende Quotenregelung. Auf ihrem Parteitag im April 2019 beschloss die FDP, zur Erhöhung des Frauenanteils zwischen Bundesverband und Landesverbänden Zielvereinbarungen abzuschließen. Diese sollen regional differenziert vereinbart werden und für verschiedene Funktionen, Ebenen und Mandate Ziele für die Repräsentation von Frauen vorsehen. (Beschluss des 70. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP, 2019)

AfD: In der AfD gibt es keine parteiinternen Quotenregelungen für die Besetzung von Ämtern oder Mandaten.

³⁹ So hatte die Struktur- und Satzungskommission der CDU im Sommer 2020 erste Vorschläge zur Einführung von 40-Prozent-Quoten für Ämter und Vorschläge zur Quotierung von Wahllisten erarbeitet. Mit seinem Beschluss vom 14. September 2020 hat der CDU-Bundesvorstand sich hinter die Empfehlungen der Kommission gestellt und auf dem nächsten Programmparteitag soll darüber abgestimmt werden. Vgl. CDU Deutschlands 2020.

Kreisvorstand seien tatsächlich 45 Prozent Frauen vertreten; dieser Umstand verleite einige zu der Annahme, dass keine Quote nötig sei. Aus ihrer Sicht verhält es sich jedoch genau andersherum: Der hohe Frauenanteil in ihrem Kreisverband sei ein Beweis dafür, dass Frauen sich durchaus „finden“ ließen. Eine Quote werde benötigt, um den Druck auf die Parteiorganisationen vor Ort zu erhöhen, sich zielgerichtet auf die Suche nach Frauen zu begeben.

In der **CSU** plädieren die Interviewten mehrheitlich zumindest für eine Ausweitung ihrer bisher ab der Bezirksebene geltenden 40-Prozent-Quote auf die Kreisebene. Darüber hinaus stufen die CSU-Interviewpartnerinnen und -partner die Erhöhung des Frauenanteils in den kommunalen Ämtern, vor allem unter den Bürgermeister*innen, als sehr wichtiges Anliegen ein. Nach wie vor würden sich aus erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen später auch erfolgreiche Mandatsträgerinnen entwickeln. Dies gelte vor allem für die Direktmandate, die aktuell bei der CSU zu über 80 Prozent mit Männern besetzt sind.

Tatsächlich wurden für die Kommunalwahl 2020 mehr Frauen als je zuvor nominiert. Aber, so räumt eine hochrangige CSU-Politikerin ein, die Ergebnisse seien dennoch hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil die Frauen auf weniger aussichtsreichen Positionen kandidiert hätten. Die Einflussnahme auf die Orts- und Kreisebene bleibe schwierig und mühsame „Kleinstarbeit“ vor Ort.

Bekanntermaßen hat die **FDP** bisher keine verbindlichen Regelungen eingeführt. Die Interviewpartnerinnen verweisen stattdessen auf andere Ansätze, wie unter anderem die jüngst eingeführten Zielvereinbarungen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Landesverbänden. Die Frage der Frauenförderung werde in einen anderen Kontext eingebettet und unter anderem in zwei parteiinternen Arbeitsgruppen behandelt, wovon eine sich mit dem Thema Diversity und die andere mit dem Thema Parteilkultur beschäftige. Eine jüngere Kommunalpolitikerin ist eher skeptisch, ob die Zielvereinbarungen ausreichen. Es liege noch keine Evaluation vor. Ihr Eindruck ist, „dass es sich alle damit ein wenig leicht machen“ und dass sich in der FDP mehr Frauen als gemeinhin vermutet für eine verbindliche Quote aussprechen würden. Laut Onlinebefragung liegt der Anteil der Befürworterinnen von Quoten bei der FDP bei 30 Prozent.

Die Interviewpartnerinnen und -partner der **SPD** sind sich wiederum einig, dass die Quote viel bewegt habe, auch wenn noch lange „nicht alles gut ist“, wie ein Bundestagsabgeordneter bemerkt. Auch werden Rückschritte befürchtet, falls man in den Anstrengungen nachlassen würde. Einige der interviewten Frauen unterstreichen in diesem Kontext, die Quote müsse nach wie vor im Parteilalltag „neu verteidigt und begründet“ werden.

Interessant sind die Hinweise zur Weiterentwicklung der Quote. Unter anderem wird eine Mindestquotierung von 50 Prozent für Frauen nach dem Vorbild der Grünen genannt. Zudem müsste auf kommunaler Ebene die Quote besser umgesetzt werden. Die Regelung, dass Männer kandidieren können, wenn keine Frau mehr als Kandidatin zur Verfügung steht, führe in der Praxis mitunter dazu, dass Frauen unter Druck gesetzt würden, auf ihre Kandidatur zu verzichten.

Wie bei der CDU/CSU wird auch bei der SPD die kommunale Ebene als vorrangiges Handlungsfeld angesehen. Der Vorsitz in den Orts- und Kreisverbänden sei nach wie vor eine „Männerdomäne“. Diese würden jedoch bei der Nominierung für die aussichtsreichen Direktmandate eine entscheidende Rolle spielen.

Ein Kommunalpolitiker ist aus eigener langjähriger Erfahrung überzeugt, dass die Steigerung des Frauenanteils nur dann funktioniert, wenn man die Kandidatur von Frauen in aussichtsreichen Wahlkreisen mit aller Kraft durchsetzt: „Man muss das wirklich als Projekt fahren, weil das Problem ist, dass sich in den Verfahren sonst die Männer auf der Ziellinie wieder durchsetzen.“

Große Einigkeit besteht darin, die Quote weiterhin mit Maßnahmen zur Vernetzung und zum Empowerment von Frauen zu begleiten, um eine nachhaltige Kulturveränderung zu erreichen. Auch die Netzwerkkultur von Männern müsse sich ändern: „Wenn versucht wird, Frauen, selbst wenn sie in Ämtern sind, kleinzuhalten, und sie nicht an Entscheidungsstunden teilhaben können, dann bringen Quoten halt nichts für die Frage der Kultur der Gleichberechtigung in der Partei.“

Bei den Interviewpartnerinnen und -partner der **Linken** herrscht gleichfalls die Einschätzung, dass Quoten nach wie vor dringend gebraucht werden. Die Frauenquote zwingt die Partei dazu, Frauen rechtzeitig „aufzubauen“, so eine Bundestagsabgeordnete. Es wird gleichfalls für eine Weiterentwicklung plädiert; vor allem „Schlupflöcher“ auf kommunaler Ebene müssten geschlossen werden. Das Parteistatut ermöglicht es, von der Quote abzuweichen, wenn vor Ort der Anteil der weiblichen Mitglieder unterdurchschnittlich sei. Dies führe bisweilen dazu, dass dann überhaupt keine Frau mehr aufgestellt werde, so eine Kommunalpolitikerin.

Wenig überraschend wird die Quotenregelung bei den **Grünen**, die bereits in den 1980er-Jahren als erste (westdeutsche) Partei entsprechende Regelungen in die Statuten aufnahm und auch nach der Vereinigung mit Bündnis 90 beibehielt, sehr positiv bewertet. Die Interviewpartnerinnen und -partner sind einstimmig überzeugt, dass ihre Partei ohne verbindliche Frauenquote und weitere Regelungen nicht den heutigen Stand erreicht hätte. Der Anteil von Frauen in Gremiensitzungen, auf Panels und Podien verändere das Klima in der Partei deutlich.

Eine jüngere Bundespolitikerin erwähnt, dass sie sehr oft positive Rückmeldungen von Frauen zu den Strukturen, Partizipationsmöglichkeiten und Kommunikationsformen bei den Grünen erhalte. Zum Beispiel fänden viele die strikt gehandhabte Redeliste gut. Auch die Transparenz auf Delegiertenversammlungen und Parteitag darüber, wie viele Männer bzw. Frauen oder diverse Personen, einen Antrag unterstützen, würde positiv aufgenommen. Allerdings gibt eine Landespolitikerin auch zu bedenken, dass sie nicht „für jeden Kreisverband ihre Hand ins Feuer legen würde“. Bei einer Abschaffung der Quote befürchtet sie, dass auch die Grünen nicht mehr so konsequent weitermachen würden wie bisher.

Interessant wird es, wie Bündnis 90/Die Grünen künftig mit der Frage der Direktmandate, die für CDU/CSU und SPD die große Herausforderung darstellen, umgehen werden und ob es der Partei gelingen wird, eine paritätische Nominierungspraxis sicherzustellen.

Die Weichen stellen: Handlungsfelder und Optionen



Welche Impulse, Vorschläge und Empfehlungen haben die befragten Politiker*innen für weiterführende gleichstellungspolitische Ansätze in der Politik bzw. in den Parteien? Ergänzend zur quantitativen Befragung werden im ersten Schritt die Hinweise aus den Interviews zusammengefasst. Im zweiten Schritt werden die Handlungsoptionen der Parteien aus Sicht der EAF Berlin kommentiert und ergänzt.

Wie in Kapitel 10 beschrieben, fällt die Bewertung einer in Satzungen verankerten Frauen- bzw. Geschlechterquote zwischen Frauen und Männern wie zwischen verschiedenen Parteien unterschiedlich aus. Befürworter*innen sehen in Quotenregelungen ein weiterhin notwendiges und effektives Instrument, das Frauen den Zugang zu Ämtern und Mandaten erleichtert. Gleichzeitig sind sie jedoch überzeugt, dass Quotenregelungen allein noch keinen nachhaltigen Kulturwandel befördern, sondern weitere Instrumente und Maßnahmen erforderlich sind.

Diese Anregungen jenseits der Quote stehen daher im Mittelpunkt der Zusammenfassung. Sie lassen sich zu fünf Handlungsfeldern gruppieren:

- Gewinnung und Bindung von Frauen
- Verbesserung der Vereinbarkeit des politischen Engagements mit Beruf und Familien- bzw. Privatleben
- Bekämpfung von Diskriminierung und sexueller Belästigung
- Vernetzung von Frauen und Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit
- Gleichstellung als Führungsaufgabe und Einbeziehung von Männern

Gewinnung und Bindung von Frauen

Die Gewinnung von neuen Mitgliedern, vor allem von Frauen aus der jüngeren Generation, ist eine zentrale Aufgabe und Herausforderung für die Parteien, wenn sie einer Überalterung und dem Überhang an männlichen Mitgliedern entgegenwirken wollen.⁴⁰ Dabei darf nicht zu lange gezögert werden, denn dann wird es immer schwieriger, den Trend aufzuhalten bzw. umzudrehen.

- Im ersten Schritt gilt es, die Frauen überhaupt zu erreichen. Hier wird vor allem die **Vernetzung vor Ort** mit Frauenorganisationen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft angesprochen. Beispielsweise können über gemeinsame Veranstaltungen die Hemmschwellen gegenüber parteipolitischem Engagement abgebaut werden. Da die Parteiarbeit sich nicht ohne Weiteres erschließe, sei es umso wichtiger, „die Menschen abzuholen und einzubinden“, so eine Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen.
- Parteiübergreifend wird die Bedeutung von **weiblichen Vorbildern** betont, die deutlich sichtbar werden müssen, damit andere Frauen sich an ihnen orientieren können.
- Für die Orts- bzw. Kreisverbände wurden, so einige Befragte, Checklisten oder Toolboxes entwickelt mit Anregungen, wie eine aktive **Willkommenskultur** insbesondere mit Blick auf Frauen gestaltet werden kann. Da eine solche Toolbox nur gut ist, wenn sie tatsächlich genutzt wird, wird deren Wirksamkeit als relativ begrenzt eingeschätzt. Daher lautet ein weiterer Vorschlag, in den Kreisverbänden die Verantwortlichen zu diesen Fragen zu schulen und „**Botschafter**“ für die Mitgliederwerbung auszubilden. Bei den Jusos ist es seit einiger Zeit Praxis, weibliche Neumitglieder in der Regel von Frauen zu betreuen.
- Für die Gewinnung von weiblichen Mitgliedern wird es als lohnenswert beschrieben, über **neue Orte und Formate** nachzudenken und die klassische Ortsvereinsarbeit zu ergänzen bzw. zurückzudrängen. Mehrere Interviewte der CSU erwähnen zustimmend das neue Format „Lounge in the City“. Politikerinnen von SPD und Linke betonen, es sei wichtig, Orte zu wählen, die an die Lebensrealität von Frauen anknüpften. Warum statt eines Treffens im sprichwörtlichen Kneipenhinterzimmer nicht ein Treffen in einem Frauen- oder Kulturprojekt anbieten? Auch sollte auf ein angenehmes Umfeld, gute Erreichbarkeit und die Sicherheit des Heimwegs geachtet werden. Eine Politikerin der Linken berichtet, dass der Jugendverband einer linken Partei in Österreich erfolgreich begonnen habe, die Vereinslokale hell und freundlich zu gestalten, um das „harte und kämpferische“ Bild von Politik abzumildern.
- Die bessere **Vernetzung der Neumitglieder** untereinander wird ebenfalls als wichtig angesehen, unter anderem über digitale Formate, was vor allem von der jüngeren Generation eingefordert wird. Die verschiedenen **Social-Media-Kanäle** werden ohnehin eine zentrale Rolle für die Gewinnung von Mitgliedern, vor allem aus der jungen Generation, spielen.

40 Vgl. Niedermayer 2020.

- Für die Gewinnung von Frauen ist zudem entscheidend, welche **Themen** in den Blick genommen und priorisiert werden. Politikerinnen und Politiker von der CSU bis zur Linken geben an, in der programmatischen Ausrichtung künftig stärker darauf achten zu wollen bzw. zu müssen, welche Themen für Frauen von besonderem Interesse und/oder an ihre **Lebenspraxis** anschlussfähig sind. Beispiele aus ihrer jeweiligen politischen Arbeit reichen von der Aufwertung von Vereinbarkeitsthemen über die Situation von Pflegekräften bis hin zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Geschlechterrollen.

Vereinbarkeit des politischen Engagements mit Beruf und Familien- bzw. Privatleben

Unsere Studie zeigt sehr deutlich: Die Politikerinnen und Politiker wünschen sich parteiübergreifend eine bessere Vereinbarkeit des politischen Engagements mit dem Berufs- und dem Familien- bzw. Privatleben, insbesondere durch eine weniger zeitaufwendige Sitzungskultur. Hier gibt es ein erstaunlich hohes Maß an Übereinstimmung. Im Prinzip wissen die von uns interviewten Verantwortungsträgerinnen und -träger in den Parteien sehr wohl, was zu tun ist, und haben eine Fülle von Anregungen parat. Es stellt sich eher die Frage, was die Parteien davon abhält, diese tatsächlich flächendeckend umzusetzen – zumal viele der Vorschläge auch mit sehr überschaubarem finanziellem Aufwand realisiert werden könnten.

- Dazu gehören basale Dinge wie die **Einhaltung klarer Regeln**, wann eine Sitzung beginnt und vor allem wann sie endet. Denn „*elendslange Sitzungen*“, wie es eine CSU-Politikerin formuliert, wirken für die Mehrzahl der Mitglieder und vor allem für Frauen, die in der Regel mit einem knappen und daher kostbaren Zeitbudget umgehen müssen, abschreckend. Immer wieder ist von Interviewpartnerinnen zu hören, dass wichtige Punkte erst am oder sogar nach Ende der Sitzung besprochen würden.
- Mehrfach wird die Notwendigkeit einer **geschulten Sitzungsleitung** erwähnt, die entsprechende Moderationstechniken beherrscht. Sie sei für die Einhaltung von Redezeiten und -listen zuständig, habe aber auch dafür Sorge zu tragen, dass unsachliche wie auch alltagssexistische Bemerkungen nicht geduldet werden.
- Ein weiterer Punkt ist mehr **Flexibilität** bei den Sitzungsterminen. Da es die „*ideale*“ Sitzungszeit für alle Beteiligten nicht gebe, könnten Bedürfnisse eruiert und die Termine so gelegt werden, dass sie abwechselnd mal der einen und mal der anderen Gruppe entgegenkämen.

- Sehr häufig wird erwähnt, in Zukunft mehr **digitale Formate** anzubieten und damit den Zeitaufwand für An- und Abfahrt zu reduzieren und mehr Beteiligung zu ermöglichen. Die ersten Erfahrungen, die bedingt durch die Coronapandemie mit virtuellen Sitzungen gemacht wurden, werden als überwiegend positiv beschrieben; unter anderem wird berichtet, dass mehr junge Eltern bzw. junge Mütter an den Sitzungen per Videokonferenz teilgenommen hätten.
- Mehrfach wird darauf hingewiesen, auf Parteitagen bzw. für Sitzungen oder andere Veranstaltungen selbstverständlich **Betreuungsangebote** bereitzustellen bzw. Betreuungskosten zu erstatten und generell mehr Verständnis für Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern aufzubringen. Auch hier gehe es um einen Einstellungswandel: Kinder seien nicht „*als Störfaktor, sondern als etwas Schönes anzusehen*“, so eine FDP-Politikerin.
- Ein weiterer Punkt, auf den insbesondere von Kommunalpolitikerinnen und -politikern aufmerksam gemacht wird, sind **verbesserte Regelungen zum Mutterschutz sowie zu Elternzeit und Elternzeitvertretungen** für Amts- und Mandatsträger*innen. So wird unter anderem berichtet, dass ehrenamtliche Bürgermeisterinnen während des Mutterschutzes keine Aufwandsentschädigung erhielten.

Strukturen gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung

In unserer Studie wird nur über wenige Fälle sexueller Belästigung berichtet, in denen tatsächlich die entsprechenden Gremien eingeschaltet wurden und die Sanktionen nach sich zogen und von Haus- bzw. Verbot bis hin zu Parteiausschlüssen führten. Doch ist davon auszugehen, dass es weit mehr Vorfälle gibt, die betroffenen Frauen damit jedoch nicht an die Öffentlichkeit gehen. Die Studie macht sehr deutlich, wie wichtig geschützte Räume sind, in denen die Betroffenen über ihre Erfahrungen sprechen können. Ein wichtiger Punkt sind daher Anlaufstellen für Betroffene von sexueller Belästigung mit klaren Aufgaben und Rollen (siehe Kapitel 7 und 8).

- Einige Parteien haben zwischenzeitlich auf die Situation reagiert und **Ombudsstellen** eingerichtet. Sie sind eine Anlaufstelle für Betroffene und leiten gegebenenfalls weitere Schritte ein. Mehrfach wird ergänzt, dass eine zentrale Ombudsstelle zwar ein wichtiges Signal setze, angesichts der Mitgliederzahlen der Parteien und ihrer dezentralen Organisation jedoch nur ein erster Schritt sein könne und durch dezentrale Strukturen ergänzt werden sollte. Die Ombudsstellen gelten bzw. sollten für alle Geschlechter gelten, denn auch Männer und Transpersonen erleben sexuelle Belästigung, worauf in den Interviews gleichfalls hingewiesen wird.⁴¹

- In einigen Jugendorganisationen der Parteien werden auf (Partei-)Veranstaltungen **Awareness-Teams** benannt, an die sich Betroffene wenden können, wenn es zu sexueller Belästigung oder anderen Übergriffen kommt. Wie einige Interviewte betonen, hätten diese nicht zuletzt eine wichtige präventive Funktion. Awareness-Teams würden zu Beginn einer Veranstaltung allen Teilnehmer*innen vorgestellt. Das setze ein deutliches Signal, dass übergriffiges Verhalten nicht toleriert und auch öffentlich gemacht werde. Wie unter anderem ein junger Politiker aus der Linken betont, habe vor allem die Androhung, die Übergriffe öffentlich zu machen, eine „*abschreckende Wirkung*“; seine Empfehlung ist, Awareness-Teams möglichst flächendeckend bei Parteiveranstaltungen einzusetzen.
- Ein weiteres Instrument, das aktuell bereits genutzt wird, ist ein **Code of Conduct**, also Leitlinien für respektvollen Umgang untereinander. Die FDP hat als erste Partei einen parteiweit gültigen Code of Conduct verabschiedet. Der entsprechende Handlungsbedarf war im Rahmen einer parteiinternen Befragung aufgezeigt worden. Allgemein wird diese Form der Selbstverpflichtung positiv gesehen, wobei auch mehrfach angemerkt wird, dass man sie nicht überschätzen sollte, da Papier geduldig sei und es auf die Umsetzung vor Ort und im Alltag ankomme. Die Funktion eines Code of Conduct liegt nach Einschätzung einiger Interviewpartnerinnen vor allem darin, dass in der Erarbeitung solcher Leitlinien die Diskussion über diskriminierendes Verhalten in jeglicher und eben auch sexistischer Ausprägung überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.
- Schließlich wird ein deutlich besserer Schutz vor **sexistischen Angriffen** und anderen Bedrohungen und Beleidigungen in den **sozialen Netzwerken** genannt. Jenseits von verbesserten gesetzlichen Regelungen zur zivil- und strafrechtlichen Verfolgung sehen die Befragten ein breites parteiinternes **Aufklärungs-, Unterstützungs- und Schulungsangebot** zu diesem Thema als notwendig an. Das sei gerade dort relevant, wo es nicht – wie auf Landes- oder Bundesebene – eine entsprechende Infrastruktur, zum Beispiel Rechtsberatung, dazu gebe.

Vernetzung und Empowerment

Als ein zentrales Handlungsfeld für die Veränderung der Parteikulturen und der gleichberechtigten Teilhabe werden die Vernetzung und das Empowerment von Frauen genannt:

- Mit großer Übereinstimmung wird in unserer Studie für die **Fortführung** und den **Ausbau von Mentoringprogrammen**, also die Begleitung einer Nachwuchskraft durch eine erfahrene Person, plädiert. Allerdings sollten die Programme, die neben der bilateralen Beziehung in der Regel auch Trainings oder Schulungen umfassen, sich nicht allein auf Soft Skills, wie Rhetorik oder Auftrittskompetenzen beschränken, sondern auch Machtfragen einbeziehen und die Frauen darin unterstützen, sich auf „*Machtkämpfe*“ vorzubereiten. Dies betonen vor allem Politikerinnen aus der CDU. Auch der Umgang mit Sexismus sollte in den Programmen thematisiert werden, um Frauen den Rücken zu stärken und sie dazu zu befähigen, sich zur Wehr zu setzen. Frauen sollten auch ihre Niederlagen und ihren Umgang damit thematisieren, um sich darin zu ermutigen, „*dabeizubleiben und durchzuhalten*“, wie es eine Politikerin der Linken formuliert. Politikerinnen der SPD und vor allem der Grünen betonen, dass ihre Mentoringprogramme sich parteiintern ausgesprochen positiv auf das „*Standing*“ von Frauen ausgewirkt hätten.
- Mehrfach wird die Förderung jeglicher Form der **Selbstorganisation und Vernetzung** von Frauen genannt, ob als Mentoringprogramm, als Seminar, als Veranstaltung mit Netzwerkcharakter oder als informelle Treffen. Wie mehrere Interviewpartnerinnen betonen, sollten die Netzwerke unter Frauen den Aufbau generationsübergreifender Beziehungen im Blick haben, in denen Frauen in Machtpositionen ihre Möglichkeiten nutzen, um Nachfolgerinnen rechtzeitig aufzubauen und „*strategische Personalpolitik*“ zu betreiben.
- Mehrfach wird den Frauenorganisationen der Parteien empfohlen – dies kommt vor allem bei CDU/CSU und SPD zur Sprache –, spezifische **Angebote für die jüngere Generation** von Frauen zu schaffen.

41 Es wurden in der quantitativen Befragung keine Daten dazu erhoben, da im Mittelpunkt des Forschungsinteresses die Situation von Frauen stand.

Gleichstellung als Führungsaufgabe und Einbeziehung von Männern

Stark beschäftigt die Interviewten die Frage, wie die Führungsgremien auf Bundes- oder/und Landesebene besser auf die Ortsvereine bzw. die Kreisverbände einwirken und die gewünschten Veränderungsprozesse wirksamer in der Fläche begleiten und umsetzen können. Vielfach wird parteiübergreifend auch ein Gefälle zwischen den Großstädten und den ländlichen Regionen in Einstellung und Praxis zu gleichstellungspolitischen Fragen wahrgenommen.

- Häufiger wird empfohlen, den **Orts- bzw. Kreisverbänden** mehr Unterstützung anzubieten und/oder positive Anreize zu setzen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Checklisten oder Toolboxes für die Alltagsarbeit über **Coachingangebote** für interessierte Verbände bis hin zu **immateriellen wie materiellen Anreizen**, etwa innerparteilichen Wettbewerben oder finanzieller Unterstützung.
- Weitere Vorschläge beziehen sich auf **Leitlinien** mit klaren Kriterien für die Parteiarbeit vor Ort sowie ein diesbezügliches stärkeres „Durchgriffsrecht“ auf die Orts- bzw. Kreisebene, das gegebenenfalls mit Sanktionen kombiniert werden könnte. Eine FDP-Politikerin nennt die Reformen der Liberalen Partei in den Niederlanden als positives Beispiel. Ohnehin ist das Interesse groß, von den Erfahrungen der Parteien aus anderen europäischen Ländern zu profitieren.

Parteiübergreifend fordern Politikerinnen, dass gerade auch die Männer in Führungsrollen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst werden und den Einsatz für Gleichberechtigung als eine zentrale Führungsaufgabe begreifen sollten. Praktische Hinweise dazu kommen vor allem von Politikerinnen und Politikern der SPD und der Linken. Dazu zählen:

- **Selbstverpflichtungen zur Besetzung von Podien:** Politiker sollten es generell ablehnen, auf rein männlich besetzten Podien aufzutreten; für parteiinterne Podien sollte eine paritätische Besetzung die Norm sein.
 - Für die Jusos wird berichtet, dass es bereits heute im Rahmen von Veranstaltungen verpflichtende Angebote zu „**kritischen Männlichkeitsforen**“ existieren. Auch bei der Linken gibt es Überlegungen, spezifische Veranstaltungen für Männer anzubieten, um den Raum für Selbstreflexion zu öffnen.
 - Eine weitere Überlegung zielt darauf ab, für die Abgeordneten in den Parlamenten „**Anti-Sexismus-Trainings**“ anzubieten.
-

Handlungsoptionen der Parteien

Vor dem Erfahrungshintergrund der EAF Berlin sollen die Vorschläge und Empfehlungen der Politikerinnen nun kommentiert bzw. ergänzt werden.

Die oben aufgeführten Handlungsfelder und Maßnahmen verweisen aufeinander und sind miteinander verbunden. Aus organisationsbezogener Sicht ist daher ein systemischer Ansatz zu bevorzugen. Dennoch werden die Parteien angesichts begrenzter zeitlicher und materieller Ressourcen Priorisierungen vornehmen und entscheiden müssen, welche Maßnahmen schnell und ohne großen Aufwand umgesetzt werden können und welche nicht minder wichtig sind, aber einen längeren Atem und mehr Ressourcen benötigen. Doch bereits die Sichtbarkeit der Themen und die Diskussionen, die dazu geführt werden, würden einen großen Mehrwert für den angestrebten Kulturwandel bedeuten.

Gewinnung und Bindung von Frauen: Lebensverlaufsperspektive integrieren

Der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung macht auf die **Lebensverlaufsperspektive** aufmerksam, das heißt darauf, welche Bedeutung die „Schaltstellen“ im Lebensverlauf, wie Ausbildung, Berufswahl, Familiengründung, für die gelingende Gleichstellung von Frauen und Männern haben.⁴² In Unternehmen und anderen Organisationen werden diese Fragen bereits zunehmend in die Nachwuchsförderung bzw. in das Personalmanagement integriert.

Doch auch für die Politik ließe sich diese Perspektive fruchtbar machen. Denn während in der Lebensphase von Ausbildung oder Studium die jungen Männer und Frauen eine vergleichbare Ausgangslage für ihr politisches Engagement haben, fahren unter den gegebenen Bedingungen Frauen dieses in der Phase von Familiengründung und erster Berufstätigkeit tendenziell stärker zurück. Die „Delle“ in der Beteiligung von Frauen betrifft vor allem die Generation zwischen 30 und 45 Jahren.⁴³

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen aber auch, dass ein Quereinstieg, aber auch ein Wiedereinstieg in die parteipolitische Arbeit zum Beispiel nach einer Familienphase, in der Regel als schwierig eingeschätzt wird. Dagegen bleiben Männer, so sie denn Ambitionen auf eine politische Karriere hegen, in der Regel durchgängig am Ball. Sie können daher auch die Jugendorganisationen der Parteien viel stärker als Karrieresprungbrett nutzen und ihre Kontakte kontinuierlich pflegen. Der Übergang von der Jugendorganisation in die Partei selbst ist eine der zentralen Schaltstellen aus gleichstellungspolitischer Sicht.

Daher gilt es, Frauen künftig stärker **über die verschiedenen Lebensphasen hinweg zu begleiten** und sie nicht aus den Augen zu verlieren, um ihnen einen besseren Wiedereinstieg in das politische Engagement respektive die politische Karriere zu ermöglichen.

Viele Unternehmen bieten mittlerweile „Stay in Contact“-Programme an. Warum nicht Vergleichbares für die Parteien entwickeln? Denkbar sind zum Beispiel spezifische Mentoringprogramme für die Zielgruppe (in die auch junge Väter einbezogen werden könnten, wenn sie Elternzeit nehmen). Insbesondere die **Frauenorganisationen** der Parteien könnten hierzu ihre Erfahrungen und ihr Know-how einbringen. Ohnehin sind die Frauenorganisationen gefordert – auch dies ein wichtiges Ergebnis unserer Studie –, mehr attraktive Angebote speziell für die jüngere Frauengeneration zu entwickeln, die sie von den Themen, Formaten und Kommunikationskanälen her besser ansprechen.

Vereinbarkeit: Mit digitalen Formaten experimentieren

Digitale Formate ersparen Wegzeiten, lassen sich flexibler den verschiedenen Lebenssituationen anpassen, sind beteiligungsoffener und in der Regel von kürzerer Dauer. Es bleibt zu hoffen, dass die durch die Coronapandemie vorangetriebene Nutzung digitaler Formate beibehalten oder ausgebaut wird.

Dass (Partei-)Politik wie kaum ein anderer Bereich den persönlichen Austausch braucht, um Interessen und Standpunkte auszuloten und Kompromisse zu finden, steht außer Frage. Es lohnt sich aber, mit den neuen Möglichkeiten zu experimentieren und herauszufinden, wann, wo und zu welcher Aufgabe sie passen. Wünschenswert wäre daher ein **neuer Mix** zwischen persönlichen und virtuellen Treffen.

Doch auch und gerade die digitalen Formate bedürfen geschulter, **professioneller Leitung und Moderation**. Daher wäre ein möglichst flächendeckendes **Schulungsprogramm** für diejenigen, die Sitzungen zu leiten oder zu moderieren haben, auf jeden Fall eine lohnenswerte Investition. In solche Angebote könnten und sollten zudem die Standards zur Kommunikation und zum Umgang integriert werden, um ein wertschätzendes und einbeziehendes Diskussionsklima zu schaffen.

42 Vgl. BMFSFJ 2018.

43 Auf die Herausforderungen, die für diese mittlere Generation mit parteipolitischem Engagement verbunden sind, verweisen auch Haag/Kollmorgen 2020, S. 58.

Sexuelle Belästigung: Speak-up-Kultur verankern

Zu einer Haltung, die sexuelle Belästigung nicht toleriert, gehören in erster Linie das Wissen und die Einsicht, dass diese in unterschiedlichen Formen auftreten kann und ein Spektrum an Verhaltensweisen abdeckt, aber niemals harmlos ist. Selbst scheinbar „nett gemeinte“ Äußerungen zu Aussehen, Figur oder Kleidung einer Person haben, wenn es um die Sache und um politische Positionen in einer Auseinandersetzung oder Diskussion geht, nichts verloren. Unsere Studie belegt sehr eindrücklich, dass ein alltagssexistisches Klima Frauen, vor allem neu dazukommende jüngere Frauen, verunsichert und die Auseinandersetzung, wie sie mit sexistischen Vorfällen umgehen sollen, sie unnötig Zeit und Energie kostet. Gleichzeitig ist es unseres Erachtens wichtig, dass diese Angebote im Parteilalltag von einer „**Speak-up-Kultur**“ begleitet werden.

Alle, die sexuelle Belästigung beobachten und wahrnehmen, sind in der Verantwortung, deutlich zu machen, dass dieses Verhalten nicht akzeptiert wird. Vor allem sind Personen in den parteiinternen Führungspositionen gefragt. Hier ergibt sich ein lohnendes Feld zum Beispiel für die **Weiterbildungsangebote der parteinahen politischen Stiftungen** oder die **Kommunalakademien** der Parteien.

Empowerment: Netzwerke unter Frauen strategisch nutzen

Politikerinnen haben beim Thema Netzwerken aufgeholt, ihnen ist deren Bedeutung für die eigene politische Wirksamkeit und Karriere sehr wohl bewusst. Doch das Einfädeln in die männlich dominierten Netzwerke erfordert weiterhin hohe Anpassungsleistungen, die viele Frauen nicht leisten wollen oder können. Viele Politikerinnen wünschen sich eine **Veränderung der männlichen Netzwerkkultur**, die offener und einbeziehender werden sollte.

Der Aufbau eigener bzw. zusätzlicher Netzwerke unter Frauen ist gleichzeitig nicht immer Erfolg versprechend. Frauen haben weiterhin mit spezifischen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn es darum geht, das komplexe Verhältnis von Konkurrenz und Loyalität untereinander so auszubalancieren, wie es männliche Politiker in der Regel tun. Viele Politikerinnen sehen die Netzwerke unter Frauen als weniger belastbar und karrierefördernd an.

Aber dies muss nicht so bleiben: Denn je bewusster und besser Frauen sich ihrerseits fördern, Loyalitätsbeziehungen aufbauen und strategische Personalplanung betreiben, umso größer wird ihr Einfluss auf die Entwicklungen in ihrer gesamten Partei – programmatisch, kulturell, strukturell.

Unseres Erachtens liegt in der Förderung der Netzwerkkompetenz unter Frauen ein immens wichtiges **Betätigungsfeld für die Frauenorganisationen** bzw. die entsprechenden Arbeitskreise oder Gruppierungen in den Parteien, unter anderem auch hinsichtlich der Ausgestaltung von Mentoringprogrammen.

Diese Überlegungen sind nicht zuletzt ein wichtiges Argument für verbindliche **Quoten**, weil diese zuallererst die Voraussetzung dafür schaffen, dass überhaupt genügend Frauen in Ämtern und Mandaten mit Machtpotenzial vorhanden sind. Hier gibt es zwar keinen Automatismus, doch deutlich ist, dass es für die Frauen in den Parteien ohne Quoten ein ungleich längerer und hürdenreicher Prozess bleibt, der vor allem nicht vor Rückschlägen geschützt ist. Eine einzelne Frau in zentraler Machtposition wie dem Kanzleramt hat sicherlich eine wichtige und gesellschaftlich nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion, diese ändert die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern in der Partei aber nicht strukturell und nachhaltig.

Gleichstellung als Gesamtaufgabe: Männer als Verbündete gewinnen

Um Veränderungen in den Parteikulturen und eine bessere Machtbalance zwischen Frauen und Männern zu erreichen, ist es auf der einen Seite essenziell, den Einfluss und die Handlungsfähigkeit von Frauen zu stärken. Auf der anderen Seite wird das Ziel ohne den Beitrag und die Unterstützung eines relevanten Teils der Männer schwerlich zu erreichen sein.

Die Einbeziehung der Politiker und das Schmieden neuer Allianzen sind jedoch kein leichtes Unterfangen. Einerseits erkennen viele Männer den Wert und Nutzen von mehr Fairness und Gleichberechtigung; die Reduzierung der zeitlichen Belastungen und eine bessere Vereinbarkeit kommen auch ihnen zugute und werden vielfach unterstrichen bzw. eingefordert. Andererseits profitieren Männer in ihren politischen Karrieren und Ambitionen vom Status quo.

Die prinzipiell aufgeschlossenen Männer wiederum nehmen ihrerseits wahr, dass es für sie kein leichtes Terrain ist und Anstrengungen erfordert, denen sie unter Umständen lieber ganz ausweichen. Als Mann über Frauendiskriminierung zu reden, sei genauso schwierig wie als weißer Mensch über Rassismus zu reden, so ein Politiker.

Angesichts der Verunsicherung und Ausweichmanöver von Männern einerseits und der Sorge vor paternalistischer Vereinnahmung bei Frauen in den Parteien andererseits erscheint es umso wichtiger, Formate zu entwickeln, in denen sich Männer untereinander wie auch Frauen und Männer gemeinsam austauschen können. Wie kann auf der einen Seite der Einsatz von Männern für Gleichberechtigung und die Unterstützung von Frauen auf Augenhöhe aussehen? Wie können sie ihre Privilegien für Veränderung nutzen? Wie können auf der anderen Seite aber auch Frauen ihrerseits stereotype Einstellungen gegenüber Männern reflektieren? Unseres Erachtens würde es sich lohnen, für diese zentralen Fragen unterschiedliche, neue Austauschformate auszuprobieren.

Bündnispartner Männer

Die Politiker sind selbstredend kein homogener Block. Für unsere Studie ist zwar davon auszugehen, dass sich vor allem diejenigen Männer beteiligt haben, die ein gewisses Interesse und prinzipielle Aufgeschlossenheit mitbringen. Dies vorausgeschickt, lassen sich dennoch einige Tendenzen erkennen.

Ein Teil der Politiker erkennt vor allem aus machstrategischen Überlegungen heraus an, dass die Unterrepräsentanz von Frauen ein Problem darstellt und akuter Handlungsbedarf besteht. Inwieweit diese Haltung dazu beiträgt, Frauen nicht nur als Mitglieder und Wählerinnen gewinnen zu wollen, sondern auch grundsätzlichere Veränderungsprozesse mitzutragen, in denen sich die Machtbalance zwischen Frauen und Männern verschieben würde, bleibt offen. Diese Haltung findet sich in mehr oder minder starker Ausprägung in allen Parteien.

Bei einem weiteren Teil herrscht Übereinstimmung zu bestimmten Anliegen, etwa zur Vereinbarkeit und zur Akzeptanz familienbedingter Auszeiten, wobei vor allem kommunalpolitisch aktive Männer dies thematisieren. Sie können als pragmatische Unterstützer insbesondere für strukturelle Reformen, etwa in den Bereichen Sitzungsformate und Betreuungsangebote, gewonnen werden.

Ein weiterer Teil kritisiert grundsätzlich dominante Männlichkeitsnormen und sieht in der Bekämpfung von Sexismus und jeglicher Art von Diskriminierung sowie in der Wertschätzung von Vielfalt ein erstrebenswertes Ziel. Dies ist vor allem bei den jüngeren Männern aus dem linken Parteienspektrum der Fall. Sie sind aktive Befürworter und Unterstützer. Unter den Stichworten Diversity und Anti-Diskriminierung können jedoch auch Politiker aus dem liberalen Spektrum mobilisiert werden.

Mit den genannten Gruppen lassen sich daher taktische wie auch strategische Allianzen für eine „Kultur der Gleichberechtigung“ schließen. Anders sieht es bei zwei weiteren Gruppen aus.

Eine Gruppe ist überzeugt, dass Chancengleichheit bereits erreicht ist, und gibt mehr oder weniger offen zu verstehen, dass darüber lange genug debattiert worden sei. Vertreter dieser Gruppe sprechen sich mit unterschiedlicher Begründung gegen Quoten aus oder tolerieren sie bestenfalls als notwendiges Übel; gleichstellungspolitischen Themen messen sie generell wenig Bedeutung bei. Auch wenn dieser Teil vermutlich nicht als Unterstützung gewonnen werden kann, so sollte er doch zumindest nicht mehr Meinungsführerschaft innerhalb seiner Partei ausüben können.

Schließlich gibt es eine weitere Gruppe, die gleichstellungspolitische Anliegen sowohl aus Gründen des eigenen Machterhalts als auch aus ideologisch-programmatischen Gründen ablehnt oder bekämpft. Offensichtlich ist hier eine Zusammenarbeit nicht möglich, sondern eine klare Abgrenzung erforderlich.

Parteikulturen und alltäglicher Sexismus: Fazit und zentrale Ergebnisse



Wo stehen die Parteien heute? Unsere Studie zeigt: Sie haben ein erhebliches Stück des Weges noch vor sich. Bisher ist es ihnen nur teilweise geglückt, ihre organisationalen Strukturen wie ihre Kommunikations- und Umgangsformen nachhaltig so zu verändern, dass eine „Kultur der Gleichberechtigung“, wie es eine unserer Interviewpartnerinnen prägnant ausdrückt, selbstverständlich geworden wäre.

Der Prozess des notwendigen Kulturwandels verläuft keineswegs geradlinig, sondern wird von vielfältigen Einflüssen überlagert und verlangsamt. Wie in anderen gesellschaftlichen Organisationen auch gibt es in den Parteien unterschiedliche Interessen und Interessensgruppen, und es existieren, je nach Partei in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität, treibende Kräfte, die sogenannten Change Agents, aber auch beharrende Kräfte, die vom geschlechterpolitischen Status profitieren und wenig Interesse an dessen Veränderung zeigen.

Doch unsere Studie belegt auch: Die Sensibilität für Fragen der Geschlechterungleichheit und für die sie begünstigenden Faktoren steigt, und es wächst die Einsicht, weitere Schritte gehen zu müssen. Die Parteien agieren nicht jenseits gesellschaftlicher Entwicklungen, ganz im Gegenteil. Sie sind auf den Rückhalt bei ihren Mitgliedern und die Akzeptanz der Bevölkerung respektive der Wähler*innen angewiesen. Die Debatte um die gleichberechtigte Teilhabe in Entscheidungs- und Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und eben auch in der Politik ist aus der Öffentlichkeit nicht mehr wegzudenken. Der Erwartungs- und Handlungsdruck auf die Parteien wächst und führt ihnen nolens volens vor Augen, dass bereits im Interesse des eigenen Machterhalts gleichstellungspolitische Fortschritte notwendig sind.

Selbstverständlich starten die Parteien von einem unterschiedlichen Ausgangsniveau und verfolgen konzeptionell-programmatisch unterschiedliche Ansätze. Doch in grundlegenden Fragen stehen sie vor vergleichbaren Herausforderungen. Selbst Parteien mit Quotenregelungen erfahren, dass ein umfänglicher Kulturwandel nicht automatisch erfolgt, wenn der Anteil von Frauen steigt. Dies gilt insbesondere für die SPD und die Linke. Die Grünen wiederum spielen in der Parteienlandschaft eine Sonder- und Vorreiterrolle. Sie befinden sich an dem einen Ende des Spektrums, an dem anderen Ende wiederum lässt sich die AfD einordnen.

Es liegt auf der Hand, dass dieser Prozess nicht allein von Frauen bewerkstelligt werden kann, sondern es dafür neuer Allianzen bedarf. Was dabei helfen kann, ist, dass die Dysfunktionalitäten der parteipolitischen Praxis, die sich zuungunsten von Frauen auswirken, stärker als gemeinsame Probleme wahrgenommen werden. Dies belegt unsere Studie nachdrücklich. Dazu gehören in erster Linie der enorme Zeitaufwand und die damit verbundenen Einschränkungen für das Privat- und Familienleben, was von Frauen wie Männern gleichermaßen thematisiert und kritisiert wird. Dazu zählen Angriffe und Beleidigungen, mit denen sich Politiker*innen konfrontiert sehen, sowie ein verhärtetes, in den sozialen Netzwerken teilweise offen sexistisches Diskussionsniveau. Auch gibt es zunehmend ein geteiltes Unbehagen über traditionell männlich dominierte Netzwerke und eine personell wie kulturell zu

homogene Mitgliedschaft in den Parteien, die der Vielfalt und Pluralität der Gesellschaft entgegensteht.

All diese Kritikpunkte haben eine ausgeprägte gleichstellungspolitische Komponente. Zugleich bündeln sich in ihnen wie in einem Brennglas übergreifende Probleme der Parteien. Veränderungen der politischen Praxis, die die Partizipation von Frauen nachhaltig befördern, kämen daher weiteren Gruppen zugute und würden die Attraktivität des parteipolitischen Engagements insgesamt erhöhen.

Im Fazit möchten wir einige zentrale Aspekte hervorheben und zur Diskussion stellen.

1. Kommunikations- und Diskussionskultur

Was Frauen ebenso wie Männer motiviert und befriedigt, ist der inhaltliche Kern der politischen Arbeit und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit: sich für bestimmte Themen und Anliegen einzusetzen und etwas zu bewegen, spannenden Menschen zu begegnen, Einfluss zu nehmen, Entscheidungen zu treffen. Politik kann erhebliche Befriedigung bereiten und das Selbstwertgefühl steigern. Mit großer Mehrheit sagen die Politikerinnen (76 Prozent) wie die Politiker (80 Prozent), Politik mache ihnen große Freude. Dennoch ist man fast versucht zu sagen: trotz allem.

Die Kommunikations- und Diskussionskultur wird von der Hälfte der befragten Frauen weiterhin kritisch gesehen. Facettenreich zeigt unsere Studie die verbalen und nonverbalen Methoden, mit denen die Wortmeldungen und Äußerungen von Frauen weniger ernst genommen, zur Seite geschoben oder herabgesetzt werden. Es sind offene und subtile Formen einer diskursiven Machtausübung, die zu verstehen geben, wer buchstäblich das Sagen hat. Vor allem jüngere Frauen und/oder Frauen ohne gefestigte Machtposition sind davon betroffen. Selbstredend findet dies nicht immer und überall statt. Je klarer die Regeln und je professioneller der Umgang, desto weniger ist es der Fall. Auch liefert die Studie Hinweise, dass sich das Diskussionsklima positiv verändert, wenn Frauen nicht mehr in der Minderheit sind.

2. Instrumentalisierung und Tokenismus

Ein kritischer Punkt ist das Phänomen der Instrumentalisierung und des Tokenismus. Die Nominierung einer Frau dient dann in erster Linie dazu, sich als Partei nach außen ein aufgeschlossenes, positives Image zu geben, ohne jedoch substanziell an den ungleichen Geschlechterverhältnissen etwas zu ändern. Gerade weil der öffentliche Druck wächst, wird dieses Phänomen eher noch zunehmen, ebenso wie der doppelte Tokenismus bei Politikerinnen, die mehrere Merkmale auf sich vereinen. Indem zum Beispiel nicht zwei oder drei Frauen, sondern *eine* junge Frau mit Migrationsbiografie aufgestellt wird, kann die do-

minante Gruppe erfolgreich eine „Strategie der Verlustminderung“ verfolgen.⁴⁴ Dies gilt nicht nur, aber in besonderer Weise für die Parteien, die sich keine klaren Regeln für die Verteilung von Macht, also der entsprechenden Ämter und Mandate, gegeben haben.

3. Höherer Erwartungsdruck

65 Prozent der Politikerinnen sehen sich unter einem anderen und höheren Erwartungsdruck, was ihre Leistung, ihre äußere Erscheinung und ihr Auftreten sowie ihr Privat- und Familienleben betrifft. Sie vollbringen deutlich stärker als Männer, die sowohl zahlenmäßig als auch kulturell weiterhin dominieren, eine Gratwanderung zwischen Anpassung und „Auflehnung“, zwischen dem Mitspielen und dem Bestreben, die Spielregeln zu ändern, und dies meist aus einer weniger machtvollen Position heraus. Männer können sich unbefangener und mit größerer Selbstverständlichkeit in der Politik bewegen, während Frauen mehr Energie aufbringen müssen, ihren Platz zu finden und zu behaupten, und zum Teil sich widersprechende Erwartungen – zum Beispiel durchsetzungsstark und zugleich ausgleichend und zurückhaltend zu sein – ausbalancieren müssen.

4. Herausforderung Netzwerkkultur

Besondere Herausforderungen zeigen sich beim Thema Netzwerke. Frauen haben gegenüber früheren Zeiten deutlich aufgeholt, doch wie die Ergebnisse der Studie nahelegen, sind die informellen Netzwerke von Männern belastbarer und erfolgreicher: Weil Politiker zum Beispiel ihre Kontakte noch aus Zeiten der Jugendorganisationen kontinuierlich pflegen und Erfahrungen miteinander sammeln können, entwickeln sich ihre Netzwerke organisch. Viele Frauen haben oftmals andere politische Biografien mit mehr Pausen, Quer- und Wiedereinstiegen, die für die politische Karriere problematisch sind. Frauen fühlen sich zudem erst nach und nach angespornt, strategische Personalplanung zu entwickeln, beispielsweise für ihre Nachfolge in einem Mandat. Schließlich haben Männer über lange Zeit eingeübt, mit dem Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Loyalität untereinander umzugehen. Solange Frauen weiterhin einen deutlichen Minderheitenstatus in den Parteien haben, stehen sie vor einem Dilemma: In die von Männern dominierten Netzwerke kommen sie nur um den Preis der nahtlosen Anpassung hinein, ohne die Gewähr zu haben, jemals richtig dazuzugehören. Die von Frauen dominierten Netzwerke sind wiederum bislang nicht machtvoll genug.

5. Sexuelle Belästigung

Dass auch in der Politik Frauen sexueller Belästigung ausgesetzt sind, war angesichts der Medienberichterstattung und vorliegender Untersuchungen zu erwarten – nicht aber, wie stark das Phänomen verbreitet ist. In unserer Studie geben rund 40 Prozent der befragten Politikerinnen an, sexuelle Belästigung im Sinne unerwünschter und unangemessener Bemerkungen, Blicke oder Berührungen erlebt zu haben. Zwei Drittel der Politikerinnen unter 45 Jahren wurden laut unserer Studie schon sexuell belästigt, davon 7 Prozent häufiger und 22 Prozent ab und zu.

Männer, die solche Grenzüberschreitungen begehen, demonstrieren damit, dass Frauen in ihren Augen einen untergeordneten Status haben. Und sie testen damit mehr oder minder bewusst aus, wie weit sie gehen können, wie weit die betroffenen Frauen es erdulden bzw. erdulden müssen, weil es scheinbar in Ordnung ist und diejenigen, die sich wehren, als Spielverderberinnen gelten. Sexuelle Belästigung ist immer auch als eine Form der Machtausübung zu verstehen.⁴⁵ Offensichtlich wird die Machtkomponente, wenn direkte oder indirekte Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, wie zum Beispiel bei angestellten Mitarbeitenden in Fraktionen oder Geschäftsstellen.

Grundlegend ist, sich im ersten Schritt überhaupt bewusst zu werden, dass sexistische Einstellungen und Praktiken noch viel zu häufig auftreten und dass es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um strukturelle Probleme einer männlich imprägnierten Kultur handelt. Die Aufforderung zur Bewusstmachung ergeht dabei nicht nur an Männer, sondern auch an Frauen. Frauen wollen nicht als Opfer wahrgenommen werden, Männer nicht als Täter, vielfach greifen hier Mechanismen des Selbstschutzes. Für eine produktive Auseinandersetzung mit Sexismus stellt dies eine große Herausforderung dar.

6. Angriffe in den sozialen Netzwerken

Auch die Angriffe, Beleidigungen und Drohungen gegenüber Politikerinnen in den sozialen Netzwerken sind massiv, vor allem auf Landes- und Bundesebene, wo 77 bzw. 98 Prozent diese Erfahrung bereits gemacht haben. Frauen erleben dies stärker als Männer in sexualisierter Form. Erneut sind vor allem jüngere Frauen betroffen, überdurchschnittlich häufig auch Politikerinnen mit Migrationsbiografie. Frauen fühlen sich davon auch deutlich stärker belastet als Männer (41 gegenüber 26 Prozent).

7. Parteienklima: Gerüchte und Diskreditierung

Ein wenig thematisiertes Phänomen, das aber das parteiinterne Klima in vielfacher Hinsicht beeinträchtigt und vergiftet, sind Gerüchte, die mehr oder minder offen gestreut werden, um die betreffende Person zu diskreditieren. Zwar sind mehr Männer als Frauen von Gerüchten betroffen (42 vs. 29 Prozent), doch sind Gerüchte über Frauen in der Regel sexualisiert. Gerade weil dieses Phänomen schwer fassbar ist, entfaltet es negatives Potenzial. Vor allem gegenüber jüngeren Frauen entsteht so ein Gespinnst aus Vermutungen, das ihre Leistungen und Fähigkeiten abwertet und ihre Erfolge unter den Vorbehalt stellt, sie hätten diese vor allem aufgrund männlicher „Protektion“ erreicht.

8. Stand der Chancengleichheit: Der Gendergap

In vielen Fragen unserer Studie gleichen sich die Einschätzungen von Frauen und Männern. Doch bemerkenswert ist, wie stark sie voneinander abweichen, wenn es um die Erwartungen an Frauen und Männer und den Stand der Chancengleichheit in ihren jeweiligen Parteien geht. Bei allen Unterschieden zwischen den Parteien schätzen Politiker die Situation generell positiver ein und sehen Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern deutlich stärker als bereits erreicht an. Nur 13 Prozent der Politiker denken, dass Männer aktuell bessere Chancen haben, bei den Politikerinnen sind es dagegen 45 Prozent. 30 Prozent der Männer glauben, Frauen hätten bessere Chancen, davon gehen aber nur 4 Prozent der Frauen aus. Eine entscheidende Voraussetzung für kulturelle Veränderung ist es daher, die unterschiedlichen Erfahrungen und ungleichen Ausgangslagen zwischen den Geschlechtern überhaupt anzuerkennen und sich ihrer Ursachen und Erscheinungsformen stärker bewusst zu werden.

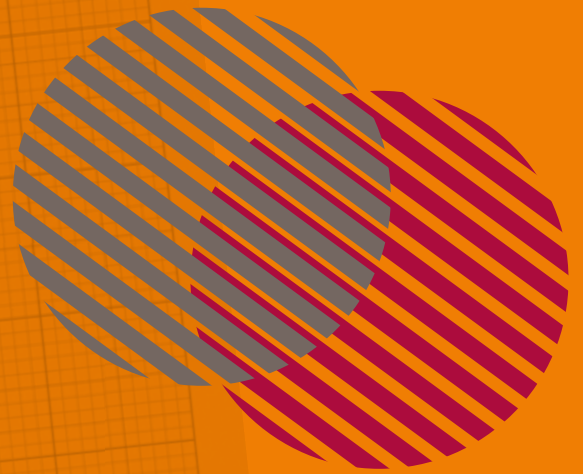
Ausblick

Die Strategien und Techniken der Marginalisierung und Herabwürdigung von Frauen, wie sie sich am deutlichsten in sexueller Belästigung zeigen, sind nicht immer und überall zu finden. Parteien sind große, vielfältige Organisationen und das Diskussions- und Arbeitsklima ist von Partei zu Partei und von Ortsverein zu Ortsverein unterschiedlich.

Sicherlich ist der Handlungsrahmen der Parteien auch davon beeinflusst, wie und in welchem Tempo sich die gesellschaftliche Geschlechterordnung und die damit verbundenen Rollenbilder und Verhaltenserwartungen insgesamt ändern – hinsichtlich einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung der Haus- und Sorgearbeit, die Frauen mehr zeitliche Ressourcen verschaffen würde, der Berufswahl, der gleichen Bezahlung und der Teilhabe an den Führungspositionen, um nur einige der zentralen Stellschrauben zu nennen. Auch ist die Überwindung von alltäglichem Sexismus selbstverständlich ebenso Aufgabe von Medien und Kultur, von Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialpartnern.

Doch erstens kann die Politik über die Gesetzgebung selbst die Weichen stellen und Entwicklungen befördern und zweitens gibt es zahlreiche konkrete Ansätze und gute Praktiken, die nur darauf warten, umgesetzt zu werden. Zudem haben die Parteien als verfassungsmäßig privilegierte Akteure der politischen Willensbildung eine Vorbildrolle für die Gesellschaft, der sie aktuell zu wenig gerecht werden (wollen). Eine Kultur der Gleichberechtigung bevorzugt oder benachteiligt weder Männer noch Frauen. Dies macht ihren Charme und ihre Anziehungskraft aus. Wer für klare Regeln und für von Respekt getragene Umgangsformen sorgt, erweitert für alle Gruppen Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten und trägt entscheidend dazu bei, die Probleme zu lösen, die heute für die Akzeptanz der Parteien und der Parteiendemokratie so hinderlich geworden sind.

Abbildungen, Quellen und Unter- suchungsdaten



13


Abbildungsverzeichnis


- Abb. 1: Entwicklung der Frauenanteile im Bundestag im Zeitverlauf
- Abb. 2: Frauenanteile in Parteimitgliedschaften
- Abb. 3: Frauenanteile in den Parlamenten: Bund, Länder, Kommunen
- Abb. 4: Frauenanteile im Bundestag nach Parteien
- Abb. 5: Frauenanteile in Landeslisten: Kandidatinnen vs. gewählte Frauen
- Abb. 6: Frauenanteile in Direktkandidaturen: Kandidatinnen vs. gewählte Frauen
- Abb. 7: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl nach Geschlecht
- Abb. 8: Motive und Auslöser für das eigene politische Engagement
- Abb. 9: Unterschiede in der Motivation nach Parteizugehörigkeit der Politikerinnen
- Abb. 10: Positive Erfahrungen in der Politik
- Abb. 11: Zeitpunkt des ersten politischen Amtes/Mandats
- Abb. 12: Andere Erwartungen an Politikerinnen
- Abb. 13: Andere Erwartungen an Politikerinnen nach Ebene und Alter
- Abb. 14: Negative Erfahrungen in der Politik
- Abb. 15: Negative Erfahrungen in der Politik nach politischer Ebene bei Politikerinnen
- Abb. 16: Barrieren für mehr Frauen in der Politik
- Abb. 17: Erfahrungen mit sexueller Belästigung
- Abb. 18: Belastung durch Auseinandersetzungen in der Politik
- Abb. 19: Unsachliche Angriffe in politischen Auseinandersetzungen
- Abb. 20: Anfeindungen in sozialen Netzwerken
- Abb. 21: Sexistische Angriffe in sozialen Netzwerken nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Alter
- Abb. 22: Sexistische Angriffe in sozialen Netzwerken (Frauen nach Parteizugehörigkeit)
- Abb. 23: Auswirkungen von Angriffen und Beleidigungen in sozialen Netzwerken
- Abb. 24: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien
- Abb. 25: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien nach politischer Ebene und Alter
- Abb. 26: Einschätzung der Karrierechancen auf verschiedenen politischen Ebenen nach Parteizugehörigkeit der befragten Politikerinnen
- Abb. 27: Einschätzung der Karrierechancen innerhalb der Parteien nach Parteizugehörigkeit und Geschlecht
- Abb. 28: Beurteilung der Wichtigkeit von Frauen in politischer Verantwortung
- Abb. 29: Einschätzung der Aktivitäten der eigenen Partei zur Erhöhung des Frauenanteils
- Abb. 30: Einschätzung der Aktivitäten der eigenen Partei zur Erhöhung des Frauenanteils (Frauen)
- Abb. 31: Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik
- Abb. 32: Einschätzung von Frauenquoten in Parteien
- Abb. 33: Einschätzung von Frauenquoten in Parteien nach Parteizugehörigkeit (Frauen)

Quellen und Literatur

Gesetzestexte


AGG, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006, BGBl. I, S. 1897.

Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes – Einführung der paritätischen Quotierung vom 5. Juli 2019, Drucksache 6/6964 des Landtags von Thüringen. → 


Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes – Parité-Gesetz vom 12. Februar 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 1]). → 

Zahlen


Deutscher Bundestag

Bundestahlleiter: Ergebnisse der Bundestagswahlen nach Jahren. Wiesbaden 2021. (Für die Bundestagswahl 2021 wurde das vorläufige Endergebnis ausgewertet.) → 


Landesparlamente

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Frauenanteil in den Länderparlamenten. (Stand: Oktober 2021) → 


Stadt- und Gemeinderäte

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin 2020, S. 10 (Stand: Oktober 2019). → 

Europäische Union: Nationale Parlamente

European Institute for Gender Equality: Gender Statistics Database. National parliaments: presidents and members (Stand: 17.09.2021). → 

Frauenanteile in den Parteimitgliedschaften

Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, Berlin 2020, S. 23 (Stand: 2019). → 

Wahlverhalten


Infratest dimap, zitiert nach: SPD, Bundestagswahl 26. September 2021. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Tabellenbänder und Abbildungen von Infratest-dimap für die SPD (Stand: 27.09.2021).


Literatur


Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung. Wien 2014. → 


Becker, Julia C.: Subtile Erscheinungsformen von Sexismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 64, Nr. 7, 2014, S. 29–34.

Bohnet, Iris: What Works. Wie Verhaltensdesign die Gleichstellung revolutionieren kann. München 2017.


Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Eine Zusammenfassung. Berlin 2018. → 


CDU Deutschlands: Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 14. September 2020. → 


Council of Europe: Recommendation of the Committee of Ministers to member States on preventing and combating sexism. Unofficial translation into German, Prävention und Bekämpfung von Sexismus, Empfehlung CM/Rec(2019)1, 2019. → 

Erhardt, Christian: Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung. In: Kommunal, 10.03.2020. → 

Foster, Helga/Lukoschat, Helga/Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik. Pfaffenweiler 1998.


Haag, Hanna/Kollmorgen, Raj: Demokratie braucht Demokratinnen. Barrieren der politischen Kultur für Frauenkarrieren in Politik und Gewerkschaften – und Ansätze für ihre Veränderung. Berlin 2020. → 

Inter-Parliamentary Union: Sexism, harassment and violence against women parliamentarians, 2016. → 

Inter-Parliamentary Union: Sexism, harassment and violence against women in parliaments in Europe, 2018. → 

Kanter, Rosabeth Moss: Men and Women of the Corporation. New York 1977.


Kletzing, Uta: Die ausgeschlossenen Eingeschlossenen. Wahlsituation und Regierungssituation von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Geschlechtervergleich. Fernuniversität Hagen, 2017.


Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Berlin 2010. → 

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt/New York 1995.


Lovenduski, Joni: The Institutionalisation of Sexism in Politics. In: Political Insight, Jg. 5, Nr. 2, 2014, S. 16–19.


Lukoschat, Helga: Austausch und Vernetzung. Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Politik. In: Foster, Helga/Lukoschat, Helga/Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, Pfaffenweiler 1998, S. 120–195.


Lukoschat, Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West. Berlin 2014. → 


Lukoschat, Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik. Berlin 2019. → 

Lünenborg, Margreth (Hrsg.): Politik auf dem Boulevard? Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft. Bielefeld 2009.


Mediendienst Integration: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 20. Deutschen Bundestag. Berlin 2021. → 

Müller, Pascale/Naumann, Annelie/Loeffler, Juliane: Wie der Deutsche Bundestag MeToo-Fälle im eigenen Haus ignoriert. In: BuzzFeed, 06.03.2019. → 

Neu, Viola/Henry-Huthmacher, Christine: Mehr Frauen in die Politik? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vom Herbst 2019. Berlin 2019. → 

Neue deutsche Medienmacher: Glossar – People of Color (PoC). → 

Pateman, Carole: *The Sexual Contract*. Cambridge 1988.


Pfahler, Lennart: 95 junge Politikerinnen berichten über Sexismus in ihren Parteien. In: Huffington Post, 27.01.2018. → 

Phillips, Anne: *The Politics of Presence*. Oxford 2004.

Schröttle, Monika/Meskova, Ksenia/Lehmann, Clara: Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz – Lösungsstrategien und Maßnahmen zur Intervention. Berlin 2019.

Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden 2017.

Swim, Janet K./Hyers, Lauri L./Cohen, Laurie L./Ferguson, Melissa J.: Everyday Sexism: Evidence for Its Incidence, Nature, and Psychological Impact – From Three Daily Diary Studies. In: *Journal of Social Issues*, Jg. 57, Nr. 1, 2001, S. 31–53.

Wippermann, Carsten: *Sexismus im Alltag. Wahrnehmungen und Haltungen der deutschen Bevölkerung*. Berlin 2020. → 

Untersuchungsdaten zum quantitativen Teil

Befragter Personenkreis (Grundgesamtheit)

- Bundespolitiker*innen: Abgeordnete des Deutschen Bundestages
- Landespolitiker*innen: Abgeordnete der deutschen Landesparlamente
- Kommunalpolitiker*innen: gewählte Mitglieder von Stadt- und Gemeinderäten einschließlich der Bürger- und Oberbürgermeister*innen sowie der Bezirks- und Stadtverordneten in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Stichprobenanlage/Anzahl der Befragten

Der Frauenanteil unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landesparlamente liegt bei knapp einem Drittel, auf kommunaler Ebene noch deutlich darunter. In der Stichprobe wurden die bei dieser Studie besonders interessierenden Frauen auf allen Ebenen erheblich stärker berücksichtigt.

	Frauen	Männer	Gesamt
Bundespolitiker*innen	42	27	69
Landespolitiker*innen	184	135	320
Kommunalpolitiker*innen	299	130	429
Gesamt	525	292	818

Auswahlverfahren

a/b) Vollerhebung (Frauen)/Einstufige geschichtete Zufallsauswahl (Männer)

Alle weiblichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landesparlamente wurden zur Teilnahme eingeladen. Bei den Männern erfolgte eine nach Parlamenten, Geschlecht und Parteien geschichtete Zufallsauswahl.

c) Zweistufige geschichtete Zufallsauswahl

Angestrebt wurde eine Stichprobe mit stark überproportionaler Berücksichtigung von Frauen, in der die Bundesländer und die Gemeindegrößenklassen durch eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Zahl von Politiker*innen vertreten sind.

Im ersten Schritt wurde dazu eine nach Bundesländern und Gemeindegrößenklassen geschichtete Zufallsauswahl aus den Städten und Gemeinden mit unter 500 000 Einwohner*innen in Deutschland getroffen, die 14 Städte mit über 500 000 Einwohner*innen wurden alle berücksichtigt.

Im zweiten Schritt wurden pro Kommune zunächst 5 Frauen und 3 Männer aus dem jeweiligen Stadt- bzw. Gemeinderat ausgewählt. Ausnahme bildeten die vier Millionenstädte, hier wurden jeweils 20 Frauen und 12 Männer berücksichtigt.

Falls es in einer Gemeinde nicht genügend weibliche Mitglieder im Gemeinderat gab, wurde eine weitere vergleichbar große Kommune aus demselben Bundesland berücksichtigt. Zur Kompensation von Interviewausfällen wurden weitere Personen aus bereits gezogenen oder weiteren Gemeinden ausgewählt.

Ausschöpfung (Beteiligungsrate)

Zur Teilnahme eingeladen

	Frauen	Männer	Gesamt
Bundespolitiker*innen	222	324	546
Landespolitiker*innen	578	853	1431
Kommunalpolitiker*innen	810	652	1462
Gesamt	1610	1829	3439

Antworten gegeben

	Frauen	Männer	Gesamt
Bundespolitiker*innen	42	27	69
Landespolitiker*innen	184	135	320
Kommunalpolitiker*innen	299	130	429
Gesamt	525	292	818

Ausschöpfung (in Prozent)

	Frauen	Männer	Gesamt
Bundespolitiker*innen	19	8	13
Landespolitiker*innen	32	16	22
Kommunalpolitiker*innen	37	20	29
Gesamt	33	16	24

Interviewmethode

Onlinebefragung. Die für die Befragung berücksichtigten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und konnten über einen darin enthaltenen Link zum Onlinefragebogen gelangen.

Befragungszeitraum

1. bis 22. Oktober 2020

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage

6156

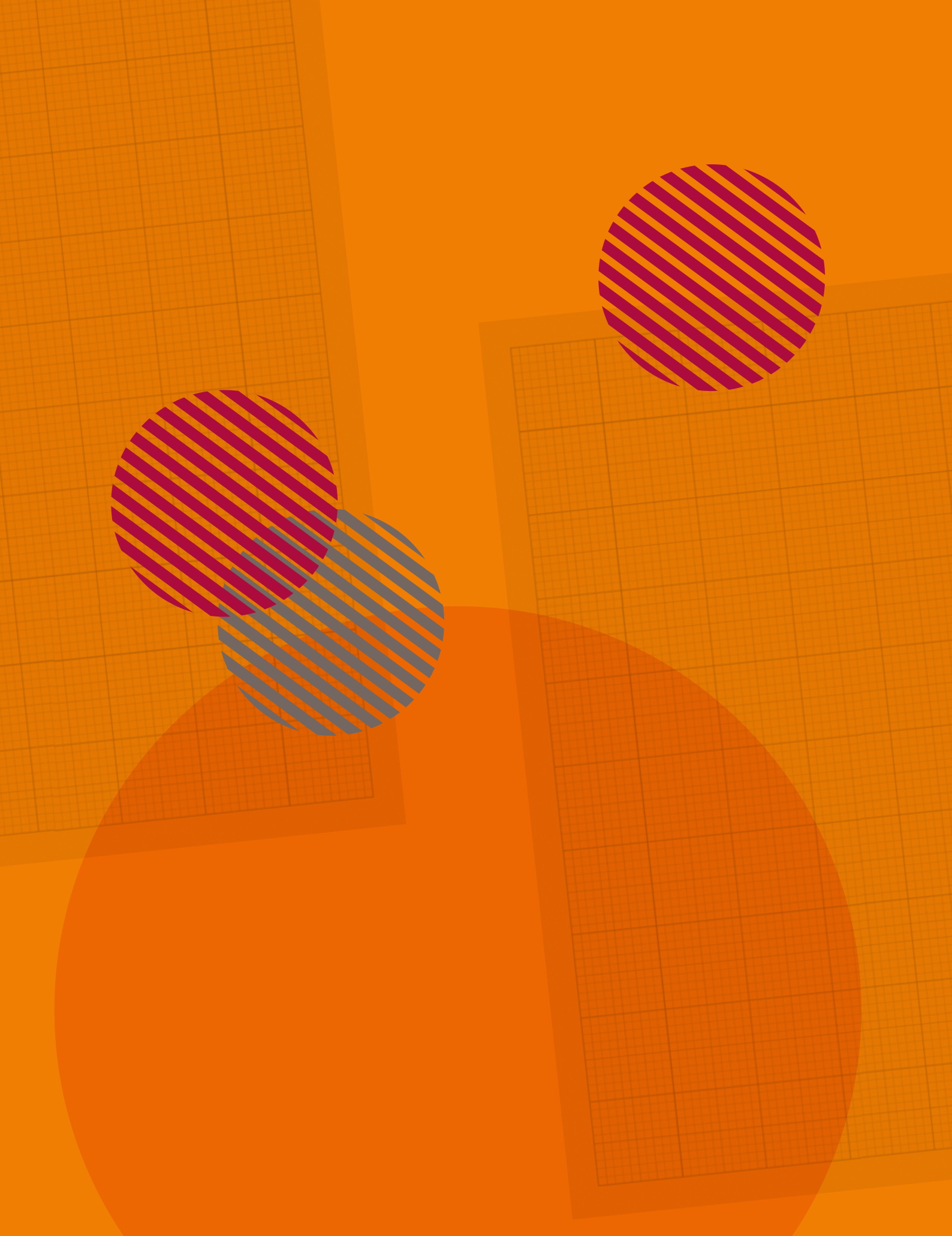
EAF Berlin

Die EAF Berlin arbeitet seit 1996 als unabhängige Non-Profit-Organisation an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit, Diversity Management und Frauen in Führungspositionen. Sie verfügt über wissenschaftliche Expertise und langjährige Erfahrung in Forschung, Beratung und Weiterbildung.

Die EAF Berlin ist parteiübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene tätig. Seit 2009 betreut die EAF Berlin für das Bundesfamilienministerium den Helene Weber Preis für herausragende Frauen in der Kommunalpolitik. 2011 entstand das Helene Weber Kolleg zur Förderung der Vernetzung, des Austauschs und der Qualifizierung von Frauen in der Politik.

Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD), gegründet 1947, ist eines der renommiertesten deutschen Meinungsforschungsinstitute. Das Institut hat ein breites Forschungsspektrum, das von der Marktforschung und Mediaanalysen über politische Umfragen und Gesellschaftsanalysen bis zu Umfragen für die Rechtspraxis reicht. Eigentümer des Instituts ist seit 1996 die gemeinnützige Stiftung Demoskopie Allensbach.



edf

Diversity in
Leadership

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach